

*Kurs ZukunftsPi*  | en

---

# **Soziale Bewegungen und politischer Wandel**

Felix Kolb

---

## Impressum

Herausgeber:  
Deutscher Naturschutzring e.V. – Kurs ZukunftsPiloten  
c/o Universität Lüneburg  
Scharnhorststr. 1/ Geb.16  
21335 Lüneburg

Deutscher Naturschutzring e.V.  
Am Michaelshof 8-10  
53177 Bonn

Mai 2002

Autor:  
Felix Kolb  
([f.kolb@oekozentrum.org](mailto:f.kolb@oekozentrum.org))

Konzeption und redaktionelle Bearbeitung:  
Rasmus Grobe  
Felix Kolb  
Imke Kreusel  
Dr. Angela Oels

Teile des dritten Kapitel des Studienbriefes basieren auf meiner englischsprachigen Diplom-Arbeit. Die Übersetzung vom Englischen ins Deutsche haben Ulrike Semmelmann, Carsten Kaven, Martina Brand, Paul Woods, Isabelle Obrist und Rasmus Grobe erledigt. Für Ihre Hilfe und wertvolle Kommentare danke ich auch Christina Deckwirth, Johanna Jäger, Heidi Klein, Cornelia Reetz und Rasmus Grobe.

Felix Kolb

Verden, Mai 2002

## **Autorenportrait**

### **Dipl.-Pol. Felix Kolb**

Felix Kolb ist Diplom-Politologe und derzeit Doktorand an der FU Berlin. Seit vielen Jahren beschäftigt er sich mit Theorien sozialer Bewegungen. Dabei gilt eines seiner Hauptinteressen dem Transfer der Erkenntnisse der Bewegungsforschung in die Praxis sozialer Bewegungen. Felix Kolb war viele Jahre in der Umwelt- und Anti-Atom-Bewegung aktiv, hat den Verlag „Tolstefanz“ mitgegründet und ist derzeit aktiv als Pressesprecher am Aufbau von Attac Deutschland sowie der „Bewegungsstiftung“ beteiligt.

# Inhaltsverzeichnis

Autorenportrait .....	3
Impressum .....	2
<b>Inhaltsverzeichnis .....</b>	<b>4</b>
Ziele des Studienbriefes.....	7
<b>1 Soziale Bewegungen .....</b>	<b>9</b>
1.1 Was ist eine soziale Bewegung?.....	9
1.1.1 Die Struktur der Anti-Atom-Bewegung .....	13
1.2 Der Castor-Konflikt oder das Comeback der Anti-Atom-Bewegung .....	16
<b>2 Die Entstehung sozialer Bewegungen .....</b>	<b>21</b>
2.1.1 Wieso engagieren sich Menschen gegen Atomenergie? .....	21
2.2 Politische Möglichkeitsstrukturen .....	22
2.2.1 Politische Möglichkeitsstruktur der Anti-Castor-Bewegung .....	23
2.3 Der Ressourcenmobilisierungs-Ansatz.....	25
2.3.1 Ressourcenmobilisierung in der Anti-Castor-Bewegung .....	29
2.4 Der Framing-Ansatz oder die soziale Konstruktion von Protest .....	31
2.4.1 Das Framing der Anti-Castor-Bewegung.....	35
<b>3 Die politischen Auswirkungen sozialer Bewegungen .....</b>	<b>39</b>
3.1 Macht als die Grundlage von Veränderung .....	39
3.2 Die politisch-strategischen Ressourcen sozialer Bewegungen .....	42
3.2.1 Kampagne „Stopp dem Mülltod“ .....	43
3.3 Formen politischer Auswirkungen sozialer Bewegungen .....	44
3.4 Mechanismen des politischen Einflusses .....	48
3.4.1 Zugang zum politischen Prozess.....	50
3.4.2 <i>Mobilisierung öffentlicher Unruhe</i> .....	51
3.4.3 Veränderung öffentlicher Meinung .....	54
3.4.4 Konstruktion von Problemen und Lösungen.....	57
3.4.5 Gerichtsentscheidungen.....	60
3.4.6 Bumerang-Muster.....	61
3.5 Der politische Kontext.....	62

---

3.5.1	Das Allianz- und Konfliktsystem sozialer Bewegungen.....	62
3.5.2	Politische Möglichkeitsstrukturen .....	63
3.5.3	„Windows for reform“ .....	65
3.6	Gewalt und politischer Wandel.....	66
3.7	Zusammenfassung.....	69
<b>Abkürzungsverzeichnis.....</b>		<b>71</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>		<b>72</b>
<b>Kommentierte weiterführende Literaturempfehlungen .....</b>		<b>77</b>
<b>Verzeichnis der Abbildungen</b>		
	Abbildung 1: Die soziale Konstruktion von Realität .....	32
	Abbildung 2: Einfaches Politik-Modell.....	41
	Abbildung 3: Politischer Einfluss der Umweltbewegung.....	70
<b>Verzeichnis der Tabellen</b>		
	Tabelle 1: Überblick über die Entwicklung des Castor-Konflikts.....	18



## Ziele des Studienbriefes

Heute gehört es zur Normalität, dass sich Menschen nicht nur in den Parteien, sondern auch in sozialen Bewegungen, Verbänden oder Bürgerinitiativen engagieren, um politischen Einfluss auszuüben. Unumstritten ist, dass diese Formen politischer Partizipation manchmal zu den erhofften Veränderungen führen, aber doch mindestens ebenso häufig hinter den Erwartungen zurückbleiben. Es ist ein tragischer und doch verbreiteter Trugschluss, dies als unabänderliche Tatsache zu begreifen – als bloßen Ausdruck politischer Strukturen oder ökonomischer Machtverhältnisse. Natürlich kann und will ich die generelle Ungleichverteilung politischer Macht nicht leugnen. Aber ich bin überzeugt, dass soziale Bewegungen, Verbände und Bürgerinitiativen über ein erhebliches Potential verfügen, ihren Einfluss zu vergrößern. Dieser Studienbrief soll helfen, dieses Potential in Zukunft zu erschließen.

Eine wichtige Grundlage für erfolgreiches umweltpolitisches Engagement ist das Vorhandensein von Wissen über die Ursachen und Bekämpfungsstrategien von Umweltzerstörung. Vermutlich lässt sich in der gesamten Umweltbewegung niemand finden, die bzw. der dieser Binsenweisheit widersprechen würde. Vor diesem Hintergrund hat mich immer wieder überrascht, wie wenigen der Aktiven der Umweltbewegung klar ist, dass neben diesem Fachwissen die Kenntnis und ein tiefes Verständnis der Funktionsweise unseres politischen Systems von ebenso großer Bedeutung ist. Denn aus diesem Wissen ergeben sich erst die Möglichkeiten und die Grenzen sozialer Bewegungen im Prozess politischen und gesellschaftlichen Wandels. Erschließen lässt sich diese Logik im weitesten Sinne aus der Politikwissenschaft – insbesondere der Bewegungsforschung – und angrenzenden Gebieten.

Ein Grund für diesen blinden Fleck mag sein, dass natürlich jede/-r, die/der sich politisch engagiert, zumindest über eine alltagsweltliche Vorstellung von der Funktionsweise des politischen Systems verfügt. Diese Alltagstheorien sind handlungsleitend, auch wenn sich Aktive vielfach darüber nicht bewusst sind. Das heißt, es wird in der Regel weder bei der Planung von politischen Kampagnen noch bei ihrer Auswertung auf wissenschaftliche Erkenntnisse zurückgegriffen. Kampagnen werden einfach aus dem Bauch heraus geplant und in der Auswertung werden die Gründe für Erfolg oder Misserfolg einer Kampagne – wenn überhaupt – mehr willkürlich als systematisch ermittelt. Ich nehme an, dass je erfahrener die beteiligten Menschen sind, desto mehr wird ihr Vorgehen mit Schlussfolgerungen aus der sozialwissenschaftlichen Bewegungs- und Protestforschung übereinstimmen. Aber natürlich würde auch für viele „alte Hasen“ die Beschäftigung mit diesen Theorien einen Gewinn bedeuten.

### Wissenschaft als politische Ressource

Der beste Beleg für den potentiellen Nutzen wissenschaftlicher Erkenntnisse für die Durchsetzung politischer Interessen ist das Ausmaß, in dem insbesondere Wirtschaft und Politik auf diese zurückgreifen. Während Unternehmen, Interessenverbände und Parteien die Wissenschaft zum Machterhalt und zur Durchsetzung ihrer Interessen nutzen, machen soziale Bewegungen nur sehr sporadisch davon Gebrauch. Damit versäumen es soziale Bewegungen unter anderem aus ihrer eigenen Geschichte zu lernen. Was im Jahre 1979 Frances Fox Piven und Richard A. Cloward im Hinblick auf soziale Bewegungen in den USA dargelegt haben, gilt auch heute noch unverändert für die meisten Bewegungen: Es geht darum zu verstehen, wie die Zusammenhänge zwischen den Strategien sozialer Bewegungen, dem politischen und gesellschaftlichen Kontext und den Reaktionen auf diese Bewegungen sind. Obwohl die Forschung über soziale Bewegungen die Grundlage für ein solches Unterfangen bieten würde, gibt es bisher kaum Versuche, dieses Potential zu nutzen. Somit fehlt

sozialen Bewegungen der Zugang zu den Erfahrungen und Einsichten, die die Analyse ihrer eigenen Geschichte hervorbringen würde.

Dieser Studienbrief ist daher ein erster Versuch, im Rahmen eines größeren Projekts, Teile der sozialwissenschaftlichen Literatur zu sozialen Bewegungen und Politikwandel so aufzuarbeiten, dass es Aktiven möglich ist, sich mit relativ geringem Aufwand die wichtigsten Einsichten und Theorien über den Erfolg bzw. das Scheitern sozialer Bewegungen anzueignen. Ziel dieses Studienbriefes ist damit, einen Beitrag zur Erhöhung der politischen Schlagkraft sozialer Bewegungen zu leisten. Dieser Studienbrief unterscheidet sich damit von einer ganzen Reihe von Handbüchern, die es zu vielen Aspekten politischen Engagements wie Pressearbeit, Seminarorganisation, Aktionsplanung oder Fundraising gibt. Der Vorteil dieser Handbücher ist zugleich ihre entscheidende Schwäche: Sie beschreiben detailliert, wie einzelne Elemente politischer Kampagnen aussehen, geplant und durchgeführt werden, aber meist ohne diese Elemente in einen umfassenderen theoretischen Kontext zu stellen, der erlaubt, die Sinnhaftigkeit einzelner Elemente in bestimmten Situationen zu beurteilen. Zum Beispiel ist es ohne Frage von Vorteil zu wissen, wie ein Lobbying-Gespräch durchgeführt werden sollte. Was aber hilft dies, wenn eine öffentlichkeitswirksame Demonstration das wirkungsvollere Mittel gewesen wäre?

Aber auch dieser, letztlich auf die Analyse demokratischer Einflussmöglichkeiten auf die politische Entscheidungsfindung ausgerichtete Blickwinkel, hat seine Schattenseiten. Das Potential der hier ausgeführten Gedanken kann erst durch deren Anwendung auf konkrete politische Situationen und gesellschaftliche Akteure ausgeschöpft werden. Zwar versuche ich, dieses Manko durch viele Beispiele auszugleichen, aber die Aufgabe, das theoretische Wissen in konkreten Situationen anzuwenden, kann der/dem Leser/-in dadurch nicht abgenommen werden.

## Die Nicht-Öffentlichkeit des Misserfolges

Die Notwendigkeit, ja Überfälligkeit, anwendungsorientierter Gesellschaftsanalyse, wie sie in diesem Studienbrief umgesetzt ist, wird durch die Tendenz verschleiert, dass im Mittelpunkt des öffentlichen wie des wissenschaftlichen Interesses fast nur erfolgreiche Kampagnen, Aktionen und Projekte stehen. Die Regel ist: Je erfolgreicher desto mehr Aufmerksamkeit. Dadurch wird verdeckt, dass diese Erfolge nur einen kleinen Teil der politischen Realität ausmachen. Viele Initiativen ersticken im Keim und treten nie in das Licht der Öffentlichkeit – teilweise weil den Menschen, die sich in diesen Projekten engagierten, grundlegendes Wissen fehlte, um politisch erfolgreich agieren zu können. So waren die Misserfolge der US-amerikanischen Umweltbewegung während der Präsidentschaft von Bill Clinton nicht unausweichlich, sondern resultierten aus fundamentalen taktischen Fehlern (Shaw 1996: 58-80). Mit der Wahl Clintons verband die Umweltbewegung die Hoffnung nach umweltpolitischem Fortschritt - eine Hoffnung, die bitter enttäuscht wurde. Denn die Regierung Clinton hat die meisten ihrer umweltpolitischen Wahlversprechen gebrochen. Nach Auffassung von Shaw war ein zentraler Grund dafür die Konfliktscheu der großen nationalen Umweltverbände in Washington, D.C. Statt die Clinton-Administration politisch für ihre Wahlversprechen in die Verantwortung zu nehmen, verzichteten die großen nationalen Umweltverbände auf öffentlichkeitswirksame Proteste, um sich den vermeintlichen Einfluss bei der Clinton-Administration nicht zu verscherzen. Damit verkannten sie, dass ihr Einfluss nicht aus persönlichem Wohlwollen, sondern aus der Abhängigkeit Clintons von ihrem Wählerpotential resultiert.



# 1 Soziale Bewegungen

Soziale Bewegungen – wie die Umwelt-, Frauen- oder Friedensbewegung - haben in der Vergangenheit mehrfach eindrucksvoll belegt, dass sie in der Lage sind weitreichende politische und gesellschaftliche Veränderungen durchzusetzen. Im zweiten Kapitel werde ich diese Fähigkeit sozialer Bewegungen ausführlich unter die Lupe nehmen und daraufhin analysieren, wie die politische Durchsetzungskraft sozialer Bewegungen weiter erhöht werden kann. Ich halte es als Grundlage dieser Überlegungen aber für unerlässlich, sich zunächst mit sozialen Bewegungen auf einer grundsätzlicheren Ebene zu beschäftigen. Mein Ziel in diesem Kapitel ist es deshalb, zunächst eine praxisnahe aber theoretisch fundierte Konzeption sozialer Bewegungen vorzuschlagen. Darauf aufbauend werde ich einen Überblick über die wichtigsten Theorien, die die Entstehung sozialer Bewegungen erklären, geben. Um bereits in diesem Kapitel den wissenschaftlichen Elfenbeinturm zu verlassen, werde ich darauf achten, dass deutlich wird, wie und warum diese Theorien Konsequenzen für die Praxis politischer Arbeit haben sollten. Zusätzlich werde ich, um die Darstellung so wenig abstrakt wie möglich zu halten, die bundesdeutsche Anti-Atom-Bewegung als Beispiel heranziehen.

Dieses Kapitel ist wie folgt gegliedert: Im *ersten* Abschnitt wird es um die Klärung der Frage gehen, was soziale Bewegungen überhaupt sind und wie sie sich von Bürgerinitiativen und Verbänden unterscheiden. Im *zweiten* Abschnitt werde ich das völlig überraschende Comeback einer sozialen Bewegung - der Anti-Atom-Bewegung Mitte der 90er Jahre – skizzieren (vgl. Kolb 1997). Um dieses ‚Puzzle‘ – so nennt man in den Sozialwissenschaften unerwartete Ereignisse, deren Auftreten im Rahmen bestehender Theorien (zumindest zunächst) unmöglich erscheint – aufzulösen, werde ich im *Kapitel 2* einige Theorien der Bewegungsforschung vorstellen, die alle Entstehung und Entwicklung sozialer Bewegungen thematisieren. Parallel dazu werde ich in grau hinterlegten Kästen zeigen, wie diese Theorien helfen, das Comeback der Anti-Atom-Bewegung zu erklären.

Die Struktur  
des 1. Kapitels

## 1.1 Was ist eine soziale Bewegung?<sup>1</sup>

Bevor es sinnvoll ist, die Entstehung und Entwicklung sozialer Bewegungen zu erklären, muss die Frage beantwortet sein, was mit dem Begriff „soziale Bewegung“ überhaupt gemeint ist. Eine eindeutige Antwort zu finden ist nicht einfach, denn in der einschlägigen Literatur gibt es eine ganze Reihe von teils sehr unterschiedlichen Definitionen (vgl. Ahlemeyer 1989, Goetze 1990, Raschke 1987). Dies ist nicht weiter verwunderlich, denn es liegt in der Natur sozialer Bewegungen, dass sie facettenreich und schwer zu greifen sind. Ich werde deshalb eine Definition des Begriffs „soziale Bewegung“ entwickeln, der sowohl den Gemeinsamkeiten als auch den Unterschieden Rechnung trägt. Ich möchte die Entwicklung meiner Definition damit beginnen, drei Merkmale herauszuarbeiten, die meines Erachtens nach alle sozialen Bewegung gemeinsam haben:

1. *Soziale Bewegungen sind immer in dem Sinn politisch, dass ihr Hauptanliegen darin besteht, grundlegenden sozialen, politischen, wirtschaftlichen oder kul-*

---

<sup>1</sup> Dieser Abschnitt basiert auf Teilen meiner Diplomarbeit (vgl. Kolb 2000).

turellen Wandel herbeizuführen, sich ihm zu widersetzen oder ihn rückgängig zu machen (vgl. Burstein et al. 1995: 277, Gusfield 1981: 318). Das Adjektiv *grundlegend* bedarf in diesem Kontext einer kurzen Erläuterung, um Missverständnisse auszuschließen. Es soll verdeutlichen, dass der Idee des Politischen der Gedanke zugrunde liegt, dass es einer sozialen Bewegung um mehr gehen muss, als um die Erlangung persönlicher Vorteile für ihre Mitglieder, um sich überhaupt als soziale Bewegung zu qualifizieren. Wenn Menschen sich in einer Bürger/-inneninitiative gegen eine geplante Müllverbrennungsanlage (MVA) engagieren, kann man sinnvoller Weise nur dann von einer sozialen Bewegung sprechen, wenn sich der Protest auch gegen die hinter der MVA stehende Abfallpolitik richtet. Das Adjektiv *grundlegend* zeigt somit an, dass es um die Ablehnung einer Politik und nicht eines einzelnen Projektes geht.

2. *Soziale Bewegungen sind Netzwerke von Organisationen bzw. Gruppen und Individuen, die durch eine gemeinsame kollektive Identität verbunden sind.* Davon abzugrenzen sind einzelne Organisationen – z.B. die oben bereits erwähnte Bürger/-inneninitiative oder ein einzelner Umweltverband – sie sind für sich genommen keine soziale Bewegung, obwohl sie Teil einer sozialen Bewegung sein können. Der Begriff kollektive Identität beschreibt das Vorhandensein von geteilten Symbolen und Bedeutungen, die das Selbstverständnis der sozialen Bewegung hinsichtlich ihres momentanen Zustandes, ihrer Ziele, ihres Charakters, ihrer Probleme, ihrer Errungenschaften, ihrer Geschichte und ihrer Zukunft definieren (vgl. Peters 1998: 4f.). Die Existenz einer kollektiven Identität hilft dabei, soziale Bewegungen von weniger dauerhaften Formen politischer Aktivität – wie spontanen Demonstrationen oder Ausschreitungen - zu unterscheiden.
3. *Soziale Bewegungen nutzen zum überwiegenden Teil nicht-institutionalisierte Taktiken, um ihre politischen Ziele zu verfolgen.* Nicht-institutionalisierte Taktiken werden durch zwei Eigenschaften charakterisiert: *Erstens* umfassen sie Aktivitäten, die nicht Teil des formalen politischen Prozesses sind. *Zweitens* sind sie darauf angelegt, eine disruptive Wirkung zu haben - unabhängig davon, ob sie legal oder illegal sind (Burstein et al. 1995: 278). Nach diesem Verständnis können daher politischer Protest, Selbsthilfe und Boykott Formen einer nicht-institutionalisierten Taktik sein. Trotzdem ist es möglich, dass einzelne Gruppen, die Teil einer Bewegung sind, doch überwiegend auf institutionalisierte Taktiken zurückgreifen. Die Rechtshilfe Gorleben (siehe 1.1 *Die Struktur der Anti-Atom-Bewegung*) greift nur auf das Instrument der Klage zurück. Trotzdem ist es sinnvoll, sie als Teil der Anti-Atom-Bewegung zu begreifen.

Integriert man diese drei konstitutiven Elemente sozialer Bewegungen, ergibt sich folgende Definition:

Eine Definition sozialer Bewegungen

*Eine soziale Bewegung ist ein Netzwerk bestehend aus Organisationen und Individuen, das auf Basis einer geteilten kollektiven Identität mit Hilfe von überwiegend nicht-institutionalisierten Taktiken versucht, sozialen, politischen, ökonomischen oder kulturellen Wandel herbeizuführen, sich ihm zu widersetzen oder ihn rückgängig zu machen.*

Mit dieser Definition möchte ich aber nicht den Blick darauf verstellen, dass soziale Bewegungen in der Realität demnach sehr verschiedene Formen annehmen können. Zur Illustration möchte ich drei wichtige Dimensionen, in denen sich soziale Bewegungen unterscheiden, auführen:

Die Klassifikation von Unterschieden zwischen sozialen Bewegungen

- *Die Struktur sozialer Bewegungen:* Die amerikanische Frauenbewegung wird von Jo Freeman (1979) als aus zwei Zweigen, einem älteren und einem jüngeren, bestehend beschrieben, die jeweils eine unterschiedliche Form interner Bewegungsstruktur widerspiegeln. Der „ältere Zweig“ besteht aus formalen Organisationen mit lokalen Gruppen, nationalen Büros mit gewählten Vorstandsmitgliedern, Aufsichtsrat und festgelegten Statuten. Dagegen kann der jüngere Zweig bestenfalls als ein dezentralisiertes, segmentiertes Netzwerk von autonomen Gruppen gesehen werden, denen oft eine formale Organisation fehlt und die Wert auf die Teilnahme von allen Aktiven legen. Dieses Nebeneinander beider Modelle innerhalb einer sozialen Bewegung ist aber eher die Ausnahme. So entspricht die bundesdeutsche Umweltbewegung weitgehend dem formalen Modell, während die Anti-Atom-Bewegung überwiegend den lockeren Netzwerkcharakter widerspiegelt.
- *Der Institutionalierungsgrad sozialer Bewegungen:* Soziale Bewegungen kämpfen nicht nur für Veränderung, sie verändern sich auch selbst durch die politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, in die sie verwickelt sind (Roth 1989). Während erhebliche Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen, wie man diese Veränderungen bewerten soll, besteht doch ein Konsens darüber, dass es wichtig ist, sie zu verstehen. Ich denke, dass zwei unterschiedliche Prozesse, die beide mit Institutionalisierung bezeichnet und deshalb oft durcheinander gebracht werden, klar unterschieden werden sollten: In seiner *ersten* Bedeutung bezieht sich Institutionalisierung auf den Prozess, durch den soziale Bewegungen von einer Randerscheinung des demokratischen Prozesses zu einem beständigen und wichtigen Element desselben werden (Meyer/Tarrow 1998). In seiner *zweiten* Bedeutung bezieht sich Institutionalisierung auf den Prozess durch den eine soziale Bewegung selbst zu einer Institution wird. Rucht et al. (1997: 54f.) unterscheidet in dieser Hinsicht zwischen zwei Formen von Institutionalisierung - nämlich zwischen Differenzierung und Formalisierung. *Differenzierung* bedeutet, dass eine Bewegung eine Arbeitsteilung entwickelt, um mit den komplexen Anforderungen fertig zu werden, die aus interner und externer Kommunikation und Interaktion entstehen. *Formalisierung* bedeutet, dass für spezielle Problemgruppen und Vorgehensweisen eindeutige Regeln entwickelt und angewendet werden (Rucht et al. 1997: 55).
- *Konsens- oder Konfliktbewegung:* Die öffentliche Unterstützung für die zentralen Forderungen sozialer Bewegungen ist sehr unterschiedlich stark ausgeprägt. Während beispielsweise die Umweltbewegung sich großer Zustimmung zu ihrer generellen Zielsetzung sicher sein kann – wenn auch nicht bei jeder einzelnen Forderung – trifft dies auf die rechtsextreme Bewegung sicherlich nicht zu. Entsprechend bezeichnet der Begriff *Konsensbewegung* eine soziale Mobilisierung, die einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung genießt und die wenig oder keinen organisierten Widerstand findet (Schwartz/Shuva 1992: 205). Im Gegensatz dazu werden *Konfliktbewegungen* definiert als Formen sozialer Mobilisierung, die bei dem Versuch, die soziale Struktur oder die Machtverteilung zwischen Gruppen zu verändern, auf organisierten Wider-

stand stoßen (Schwartz/Shuva 1992: 206). Es ist durchaus möglich, dass sich durch den Erfolg einer sozialen Bewegung ihr Charakter von einer Konfliktbewegung hin zu einer Konsensbewegung wandelt. Dies lässt sich beispielsweise im Fall der Umweltbewegung beobachten (vgl. Opp 1996).

Wie oben ausgeführt, betrachte ich soziale Bewegungen als Netzwerke bestehend aus Gruppen und Individuen. Die Gruppen werden in der Fachliteratur als soziale Bewegungsorganisationen (SBO) bezeichnet (McCarthy and Zald 1977). Ein Begriff, den ich dem inhaltlich völlig unbestimmten NGO-Begriff vorziehe, da letzterer von der katholischen Kirche, über Daimler Chrysler bis hin zu Greenpeace die verschiedensten gesellschaftlichen Akteure in eine Kategorie zwingt (zur Kritik des NGO-Begriffs vgl. Rucht 1996). Diese Bewegungsorganisationen verfügen zwar über eine eigene Identität als Gruppe, müssen aber nicht notwendigerweise formal z.B. in Form eines eingetragenen Vereins, organisiert sein. Gemeinsam ist ihnen, dass sie in dem Bewusstsein handeln, die Ziele und Interessen der Bewegung voran zu bringen (vgl. Tarrow 1995: 229). Damit umfasst selbst diese im Vergleich zum Konzept der NGO enge Definition unterschiedliche Typen von Gruppen, die von der Schul-Umwelt-AG, über die lokale Bürgerinitiative bis hin zu Greenpeace reichen. Um etwas Systematik in die sich daraus erschließende Vielzahl unterschiedlichster Bewegungsorganisationen zu bringen, möchte ich zwischen vier unterschiedlichen Idealtypen unterscheiden:

#### Typen von Bewegungsorganisationen

1. *Aktionsgruppen* sind der am wenigsten dauerhafte Typ von Bewegungsorganisationen. Sie entstehen vor allem in der Hochzeit von Mobilisierungsphasen und sind oft nur sehr kurzlebig. Gewöhnlich gibt es keine formelle Mitgliedschaft und u.U. treffen sich diese Aktionsgruppen nur selten. Im Fall der Anti-Atom-Bewegung nehmen sie an großen landesweiten Protestaktionen teil, machen für diese Veranstaltungen in ihren Städten mobil und organisieren schließlich eigene Demonstrationen, kleinere direkte Aktionen und Informationsveranstaltungen.
2. *Bürgerinitiativen* haben oft den gesetzlichen Status eines eingetragenen Vereines. So verfügen sie über eine formelle Mitgliedschaft und ebenso über eine formale Führung. Sie entstehen oft im Kielwasser eines Protestzyklus der sozialen Bewegung als direkte Reaktion auf eine Bedrohung in der weiteren Umgebung. Daher haben sie oft einen starken „Not in my Backyard“-Aspekt, entwickeln aber ein umfassenderes Spektrum von Aktionsformen als Aktionsgruppen, z.B. Rechtsstreite und Petitionen. Dafür greifen sie oft weniger auf direkte Aktionen und zivilen Ungehorsam zurück wie Aktionsgruppen. Einige Bürgerinitiativen in der deutschen Anti-Atom-Bewegung sind älter als 20 Jahre und bilden immer noch die Basis für die Mobilisierungsstruktur der Bewegung.
3. *Public Interest Groups* sind relativ große Organisationen mit zur Beitragszahlung verpflichteten Mitgliedern, einer demokratisch gewählten Leitung, einer starken hauptamtlichen Geschäftsstelle sowie oft auch lokalen und regionalen Gruppen. Sie engagieren sich meistens in den mehr institutionalisierten Formen der Interessenrepräsentation und der Steigerung des öffentlichen Bewusstseins. Organisationsinteressen spielen eine viel größere Rolle, als es bei Aktionsgruppen und Bürgerinitiativen der Fall ist. Wie beispielsweise BUND und Naturschutzbund im Fall der deutschen Anti-Atom-Bewegung demonstrieren, neigen sie daher dazu, um ihr öffentliches Ansehen besorgt zu sein und

sind deswegen vorsichtig bei der Unterstützung konfrontierender Aktivitäten sozialer Bewegungen. Dennoch können sie mächtige, wenngleich nicht sehr festgelegte Teile einer sozialen Bewegung werden. Im Zuge des Castor-Skandals begannen 1998 zwei der größten Umweltschutzgruppen, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und der Naturschutzbund Deutschland (NaBu) damit, die Anti-Atom-Bewegung aktiver zu unterstützen.

4. *Lobby-Gruppen und „Think Tanks“* sind Bewegungsorganisationen, die von Hauptamtlichen vollständig kontrolliert werden und daher nicht so gut ins Bild einer sozialen Bewegung passen. Diese Interessensgruppen haben keinen Massenzulauf, und ihre Leitung rekrutiert sich de facto oft selbst. Diese Organisationen leben von ihrem Kern bezahlter Angestellter. Oft sind sie stark abhängig von staatlichen Zuschüssen oder Stiftungsgeldern und neigen daher dazu, keine sehr radikalen Positionen zu vertreten. Ihre Hauptaktivitäten bestehen in Forschung, gezielter Öffentlichkeitsarbeit und Lobby-Aktivitäten. Mehr noch als *„Public Interest Groups“* neigen sie dazu, die konfrontativeren Taktiken der sozialen Bewegung zu meiden. Dass dies aber nicht sein muss, zeigt das Beispiel des entwicklungspolitischen Think Tanks WEED e.V., der mit zu den Gründungsorganisationen von Attac Deutschland gehörte (vgl. Eskola/Kolb 2002). In jedem Fall versorgen sie die Bewegungen aber mit wichtiger Sachkenntnis und fundierter Expertise.

Obwohl ich hier nur das Beispiel der deutschen Anti-Atom-Bewegung angeführt habe, möchte ich doch argumentieren, dass in den meisten sozialen Bewegungen eine Mischung aus diesen Typen von Gruppen gefunden werden kann. Dies trifft in jedem Fall für die globalisierungskritische Bewegung zu (vgl. Wahl 2000). Manchmal dominieren jedoch ein oder zwei Typen dieser Gruppen in einer bestimmten sozialen Bewegung.

### 1.1.1 Die Struktur der Anti-Atom-Bewegung<sup>2</sup>

Die Struktur der Anti-Atom-Bewegung ist gekennzeichnet von einer großen Vielfalt und Heterogenität. Von den großen Umweltverbänden über Bürger/-inneninitiativen bis zu kleinen und sich spontan zusammenschließenden Aktionsgruppen ist eine große Bandbreite von Organisationsformen zu beobachten. Ich unterscheide im Folgenden zunächst zwischen den Strukturen im Wendland, die zu einem großen Teil bereits vor 1994, d.h. vor dem Comeback der Anti-Atom-Bewegung, existiert haben, und den bundesweiten Strukturen. Für die oben genannten Kategorien werde ich versuchen, typische Beispiele zu nennen. In vielen Fällen stellen die Gruppen jedoch Mischformen dar, die sich nicht eindeutig zu einer der Kategorien zuordnen lassen.

#### a) Die Strukturen im Wendland

Die sicherlich wichtigste Organisation im Wendland stellt die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. dar, die schon seit 20 Jahren den Widerstand gegen die Gorlebener Atomanlagen koordiniert. Die Arbeit der Bürgerinitiative (kurz BI) wird im wesentlichen vom ehrenamtlichen Vorstand und dem BI-

<sup>2</sup> Dieser Abschnitt und die Abschnitte 1.2, 2.1.1, 2.2.1, 2.3.1 und 2.4.1 basieren auf einer erweiterten und aktualisierten Fassung von Kolb 1997. Die Überarbeitung hat Heidi Klein erledigt.

Büro in Lüchow getragen, in dem zwei Hauptamtliche arbeiten. Neben dem e.V. gibt es in vielen Dörfern des Wendlandes Castor-Gruppen, die zum Teil aus Ortsgruppen der BI hervorgegangen sind. Viele dieser Gruppen können nicht direkt als Aktionsgruppen charakterisiert werden. Vielmehr unterstützen sie den Widerstand häufig durch Öffentlichkeitsarbeit, Bereitstellung von Infrastruktur wie Verpflegung, Fahrdienste, Übernachtungsmöglichkeiten oder beteiligen sich an der Organisation von Demonstrationen und Treckerparaden. Im Laufe der Jahre haben sich aber noch eine ganze Reihe weiterer Organisationen herausgebildet, die alle mehr oder weniger eigenständig ihren Beitrag zum Widerstand leisten. Das sind u.a. die Bäuerliche Notgemeinschaft - ein Zusammenschluss der Bauern und Bäuerinnen, die eindrucksvolle Demonstrationen mit geschmückten Landmaschinen veranstalten oder auch die Castor-Strecke mit in einander verkeilten Treckern blockieren -, die Rechtshilfe Gorleben - die den juristischen Widerstand koordiniert und Geld für Klagen gegen Genehmigungen der Atomanlagen sammelt -, der Ermittlungsausschuss Gorleben - der sich während großer Aktionen um Festgenommene kümmert und Prozesse gegen Atomkraftgegner/-innen begleitet -, die Initiative 60 - ein Zusammenschluss „älterer“ Atomkraftgegner/-innen - und die GorlebenFrauen - eine Frauen-Aktionsgruppe. Typisch für die Wendländische Widerstandskultur ist es, dass neue Ideen nicht einfach an bereits etablierte Akteur/-innen wie die BI herangetragen werden, sondern aus dem Freund/-innen- oder Nachbarschaftskreis Mitstreiter/-innen gesucht und eine neue Gruppe initiiert wird. Auf diese Weise ist auch die bundesweite Kampagne „X-tausendmal quer“ im Wendland „geboren“ worden, die 1997 und im Frühjahr und Herbst 2001 große gewaltfreie Sitzblockaden organisierte. Während die bisher genannten Gruppen recht kontinuierlich arbeiten, gibt es natürlich auch noch eine ganze Reihe von Gruppen – typisch für die Kategorie „Aktionsgruppen“ - , die sich mehr oder weniger kurzfristig für eine Aktion, zum Beispiel ein Anketten auf dem Castorgleis, zusammenfinden und sich nach der Aktion wieder auflösen. Zu erwähnen sind an dieser Stelle auch die Schüler/-innengruppen, die bei Castortransporten z.B. durch Besetzungen ihrer Schul-Turnhalle deren Inanspruchnahme durch die Polizei verhindern.

Die Struktur der koordinierenden Treffen ist noch schwieriger zu beschreiben. „Im Prinzip wird sie jedes halbe Jahr neu erfunden“, sagt Jochen Stay, langjähriger Anti-Atom-Aktivist aus dem Wendland. Seit Jahren gibt es in unregelmäßigen Abständen den von der BI organisierten so genannten „Ratschlag“, ein für alle Interessierten offenes Treffen, das in seinem Charakter über die Zeit schwankt zwischen einem Entscheidungsgremium und einer Informationsveranstaltung. Weiterhin finden Delegiertentreffen statt, bei denen Vertreter/-innen der einzelnen Gruppen zusammenkommen, um gemeinsam Strategien zu entwickeln und Aktionen zu koordinieren, damit es nicht zu gegenseitigen Behinderungen oder Überschneidungen kommt.

Zur Bewegungsstruktur gehören auch die bewegungsinternen Medien. Für das Wendland ist hier insbesondere die monatlich erscheinende „Gorleben-Rundschau“ von Bedeutung, die von der BI Lüchow-Dannenberg herausgegeben wird.

### **b) Die bundesweiten Strukturen**

Die bundesweiten Strukturen der Anti-Atom-Bewegung sind noch komplexer und damit schwieriger zu analysieren. Am kontinuierlichsten ist hier sicherlich die Arbeit der Standortinitiativen, also der Bürger/-innen-Initiativen in der Nähe von

Atomkraftwerken, Zwischenlagern oder anderen Atomanlagen. Seit langem hat auch Greenpeace einen seiner Aktions- und Kampagnenschwerpunkte auf dem Thema Atom, während sich der BUND erst zögerlich ab 1997 dieses Thema mehr zu eigen machte. Ebenfalls langjährig und kontinuierlich ist das Engagement der Ärzt/-innenvereinigung IPPNW (International Physicians for the Prevention of Nuclear War), deren deutsche Sektion 1982 gegründet wurde. Ihr Schwerpunkt liegt auf Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit. Wie der BUND ist IPPNW eine typische Vertreterin der Kategorie „Public Interest Groups“. In den letzten Jahren ist auch Robin Wood vor allem durch spektakuläre Ankettaktionen zu einem wichtigen Akteur in der Anti-Atom-Bewegung geworden. Seit 1997 spielt außerdem die Kampagne „X-tausendmal quer“ eine wichtige Rolle im Atomwiderstand. Beim dritten Castortransport ins Wendland (1997) beteiligten sich bis zu 9000 Menschen an der gewaltfreien Sitzblockade. „X-tausendmal quer“ hat bundesweit über 70 Regionalkontaktgruppen, koordiniert sich in bundesweiten Treffen und gibt regelmäßig einen Rundbrief heraus, der an alle verschickt wird, die in einer so genannten „Solidaritäts- oder Absichtserklärung“ im Vorfeld eines Transportes ihren Widerstand angekündigt haben.

Weiterhin beteiligen sich insbesondere in den „heißen Phasen“ kurz vor und während der Castortransporte Jugendumweltgruppen, Umwelt- und Projektwerkstätten, autonome Zusammenhänge, gewaltfreie Aktionsgruppen und spezielle Anti-Castor-Gruppen am Widerstand.

In die Kategorie der „Lobby-Gruppen“ bzw. „Think Tanks“ könnte man die bis zur Bundestagswahl 1998 der Bewegung nahestehenden Forschungsinstitute wie z.B. das Ökoinstitut Darmstadt oder die Gruppe Ökologie Hannover rechnen, die durch Gutachten die Argumente der Anti-Atom-Bewegung wissenschaftlich untermauerten. Viele Wissenschaftler/-innen aus diesen Instituten arbeiten allerdings inzwischen in Gremien der rot-grünen Bundesregierung wie z.B. dem AKEnd (Arbeitskreis zur Entwicklung eines Auswahlverfahrens für Endlagerstandorte im Auftrag des Bundesumweltministeriums) oder der Reaktorsicherheitskommission (vgl. <http://www.bmu.de/fset1024.php>). Nicht zuletzt profitiert die Anti-Atom-Bewegung von einer teilweise jahrelangen Zusammenarbeit mit Rechtsanwält/-innen, die spezialisiert auf die jeweiligen Rechtsbereiche Atomkraftgegner/-innen in ihren Prozessen begleiten, gegen Versammlungsverbote juristisch vorgehen oder gegen Atomanlagen klagen.

Als bewegungsinternes Medium ist insbesondere die anti-atom-aktuell von großer Bedeutung, eine über 50 Seiten starke und seit über 10 Jahren monatlich erscheinende Zeitschrift. Als Mobilisierungszeitung spielte außerdem die bis zum Frühjahr 2001 gemeinsam von der BI Lüchow-Dannenberg und der Verdener Umweltwerkstatt herausgegebene „RestRisiko“, die vor großen Protestereignissen als Beilage der taz erschien, eine wichtige Rolle. Auch das Internet ist in der Anti-Atom-Bewegung zu einem vielgenutzten Medium geworden: Fast alle Initiativen haben eigene Internetseiten, die oft untereinander verlinkt sind. Die Kampagne „X-tausendmal quer“ nutzt außerdem sehr intensiv die Möglichkeit, über verschiedene Mailinglisten mit unterschiedlichen Personenkreisen Diskussionen zu führen, Informationen auszutauschen oder einen „Castor-Alarm“ schnell zu verbreiten.

Die verschiedenen Gruppen in der Anti-Atom-Bewegung koordinieren sich über regionale und bundesweite Strukturen. So finden zum Beispiel regelmäßig Ver-

netzungstreffen der Regionen „Süd-West“, „Nord-West“ und „Ost“ statt. Weiterhin fungiert das unzutreffender Weise so genannte „Standorttreffen“ als bundesweites Koordinierungstreffen, bei dem Delegierte der verschiedenen Standorte-Initiativen mit Vertreter/-innen von Städteplena und einzelnen Aktionsgruppen zusammentreffen, um Strategien und Aktionen zu diskutieren und aufeinander abzustimmen. Wichtig für die bundesweite Vernetzung sind insbesondere auch die Anti-Atom-Konferenzen, die im Frühjahr und im Herbst jeden Jahres jeweils an unterschiedlichen Orten abgehalten werden. Hier treffen häufig mehr als 200 Einzelpersonen und Gruppendelegierte zusammen, um Informationen weiterzugeben, Erfahrungen auszutauschen und zu diskutieren. Neben diesen räumlich orientierten Vernetzungen gibt es auch themenspezifische Koordination, z.B. aller Gruppen, die zum Thema „Uran“ arbeiten.

## 1.2 Der Castor-Konflikt oder das Comeback der Anti-Atom-Bewegung

Der massenhafte Widerstand gegen die Atomenergie hat in Deutschland Anfang der 70er Jahre mit dem Protest der Bevölkerung gegen das geplante AKW Wyhl bei Freiburg begonnen. Auch ihren ersten Erfolg konnte die Anti-Atom-Bewegung in Wyhl verbuchen: Das AKW ist nie gebaut worden. In den darauf folgenden Jahren konzentrierten sich die Aktionen auf die geplanten AKWs in Brokdorf, Grohnde und Kalkar - allerdings ohne ihren Bau verhindern zu können. 1979/80 erreichte die Anti-Atom-Bewegung mit dem Treck nach Hannover mit über 100.000 Teilnehmer/-innen, der verbotenen Brokdorf-Demo mit ebenfalls über 100.000 Teilnehmer/-innen und der Besetzung des Bohrlochs 1004 durch mehrere tausend AKW-Gegner/-innen ihren ersten Höhepunkt. In den darauf folgenden Jahren kam es kaum zu großen Aktionen. Erst im Sommer 1985 kam es durch die Pläne, in Wackersdorf eine Wiederaufarbeitungsanlage zu bauen, und verstärkt durch die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, zu einem erneuten Aufschwung der Anti-Atom-Bewegung. Nach dem „Aus“ für die Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Wackersdorf verlor die Bewegung allmählich ihren überregionalen Charakter, so dass sich Anfang der neunziger Jahre lediglich noch an den Atomstandorten Widerstand regte (vgl. Ralf 1997). Anzeichen dieser Flaute der Anti-Atom-Bewegung waren in den Jahren 1990-1994 u.a. das Ende der Bewegungszeitschrift „atom“, der massenhafte Rückzug von Bewegungsaktivist/-innen aus der politischen Arbeit, Aktionen mit selten mehr als einigen Dutzend Teilnehmer/-innen und wenige Teilnehmer/-innen auf den Herbstkonferenzen.

Das Comeback der Anti-Atom-Bewegung

Um es auf den Punkt zu bringen: die Anti-Atom-Bewegung schien noch Anfang 1994 am Ende zu sein. Umso überraschender war es für die verbliebenen Aktivist/-innen ebenso wie für Beobachter/-innen im Sommer 1994 und den folgenden Monaten die Wiederauferstehung der Anti-Atom-Bewegung zu erleben: überall im Bundesgebiet entstanden neue Gruppen und lokale Netzwerke, zu Aktionen kamen wieder Hunderte und Tausende, auf den halbjährlichen Konferenzen tummelten sich wieder weit über hundert Bewegungsaktivist/-innen. Um die entstandene Dynamik zu verdeutlichen, habe ich eine Chronik des Protestes gegen die Castor-Transporte ins Wendland zusammengestellt (vgl. Tempel/Stay 1995: 140f., Tempel/Stay 1997: 170ff., Paul 1997a, Gorleben-Rundschau 5/94-2/2002):



<b>1994</b>	
9.7.	In Gorleben findet eine Großdemonstration mit 1.000 Menschen statt. Anschließend beziehen einige hundert Atomkraftgegner/-innen das Hüttendorf „Castornix“.
15.7.	Der niedersächsische Innenminister Glogowski kündigt an, dass der Transport erst nach Ende der Schulferien stattfinden kann.
9.8.	Das niedersächsische Umweltministerium veröffentlicht einen Bericht des TÜV Südwestdeutschland, nachdem es bei der Beladung des Castor-Behälters im AKW Philippsburg zu erheblichen Pannen gekommen ist.
5.11.	Unter dem Motto „Wir machen den Landkreis dicht!“ beteiligen sich über 1.000 Menschen an Blockaden der wichtigsten Zufahrtsstraßen ins Wendland.
14.11.	Castor-Gegner/-innen legen mit Wurfankern 5 Bahnstrecken lahm. In den nächsten Monaten und Jahren kommt es immer wieder zu dieser Art von Sabotage.
19.11.	Trotz Versammlungsverbotes demonstrieren über 2.000 Menschen auf den Schienen zwischen Pudripp und Dannenberg, um gegen den geplanten Castor-Transport zu protestieren.
21.11.	Das VG Lüneburg hebt den Sofortvollzug der Einlagerungsgenehmigung auf: Das hat zur Folge, dass der Transport wenige Stunden vor der geplanten Abfahrt abgesagt werden muss.
<b>1995</b>	
23.1.	Das OVG Lüneburg hebt die Entscheidung des VG Lüneburg auf; damit steht dem Castor-Transport prinzipiell wieder nichts mehr im Wege.
12.3.	Am Dannenberger Castor-Verladekran findet unter dem Namen „Ausrangiert“ eine öffentlich angekündigte, gewaltfreie Schienendemontage statt, an der sich über 800 Menschen beteiligen.
15.-17.4.	Im Wendland finden während der Ostertage vielfältige Protestaktionen statt.
22.4.	In Dannenberg findet eine Großkundgebung mit 4.000 Teilnehmer/-innen gegen den unmittelbar bevorstehenden Castor-Transport statt.
25.4.	Unter dem Einsatz von ca. 6.000 Beamt/-innen von Polizei und Bundesgrenzschutz und gegen den Widerstand von ca. 3.000 Castor-Gegner/-innen wird der 1. Castor-Behälter eingelagert.
<b>1996</b>	
6.4.	3.000 Menschen beteiligen sich am Aktionstag „Frühjahrsputz“.
14.4.	Zum zweitenmal findet die Aktion „Ausrangiert“ statt, diesmal mit ca. 2.000 Teilnehmer/-innen.
20.4.	Am „Tag B“ beteiligen sich ca. 1.000 Menschen an Aktionen, um auf den maroden Zustand der Brücken an der Bahnstrecke Uelzen-Dannenberg aufmerksam zu machen.
4.5.	10.000 Menschen nehmen in Dannenberg an der Auftaktkundgebung teil. Anschließend bilden sie auf der Umgehungsstraße den Schriftzug „Wir stellen uns quer“.
8.5.	6.000 Castor-Gegner/-innen behindern den Transport auf seinen letzten Kilometern zum Zwischenlager. 9.000 Beamt/-innen von Polizei und Bundesgrenzschutz bahnen mit Hilfe von Wasserwerfern und Schlagstöcken dem Castor seinen Weg.
7.9.	An einem großen Aktionstag unter dem Motto „Spiel ohne Grenzen“ beteiligen sich fast 3.000 Menschen.
22.10.	Die Niedersächsische Landesregierung erklärt, dass sie dieses Jahr keinen weiteren Castor-Transport nach Gorleben schützen kann.
<b>1997</b>	
15.2.	2.000 Menschen beteiligen sich an einem Aktionstag am „Rückbau“ der Bahnstrecke Uelzen-Dannenberg.
28.2	Auf der ersten Etappe des Castor-Transportes vom AKW Neckarwestheim zum Verladebahnhof Wahlheim behindern ca. 600 Castor-Gegner/-innen die drei Castor-Behälter.
1.3.	In Lüneburg findet eine Großdemonstration mit ca. 20.000 Teilnehmer/-innen statt.
2.3.	Unter dem Titel „Stunkparade“ führt die Bäuerliche Notgemeinschaft einen Protestumzug mit über 600 Treckern durch.
4.3.	Castor-Gegner/-innen gelingt es durch Unterhöhlen der Straße eine der beiden Straßenrouten von Dannenberg nach Gorleben unpassierbar zu machen.
5.3.	Neun Stunden braucht die Polizei um die Sitzblockade der ca. 9.000 Teilnehmer/-innen an der Aktion „X-tausendmal quer“ zu räumen. Insgesamt sind ca. 15.000 Menschen gegen den Castor aktiv.
24.-26.5.	In Münster findet die Anti-Atom-Frühjahrskonferenz mit 200 Deligierten statt.
18.10	Etwa 1000 Atomkraftgegner/-innen beteiligen sich am "Schienenaktionstag" in Ahaus
19.10.; 16.11.; 18.1.98	Jeweils etwa 1000 Personen und bis zu 30 Trecker beteiligen sich an den monatlichen "Sonntagsspaziergängen" am Zwischenlager Ahaus.

Eine Chronologie der Anti-Castor-Proteste seit 1994

<b>1998</b>	
15.2.	Mit 4000 Teilnehmer/-innen und 75 Treckern findet der bisher größte Sonntagsspaziergang in Ahaus statt.
15.3.	Beim letzten "regulären" Sonntagsspaziergang vor dem Transporttag demonstrieren 6000 Menschen und 300 Trecker in Ahaus.
19./20.3.	Aus Gundremmingen und Neckarwestheim wird der erste Transport von sechs Castorbehältern unter Einsatz von 30.000 Polizeibeamt/-innen ins Zwischenlager Ahaus gebracht. Obwohl die Einsatzleitung den Transporttermin unter Geheimhaltung um fünf Tage vorverlegt hat, demonstrieren und blockieren in verschiedenen Aktionen knapp 10.000 Atomkraftgegner/-innen auf der Strecke und in Ahaus.
21.3.	Die ursprünglich als Auftakt geplante Demonstration in Münster findet mit 12000 Teilnehmer/-innen als Abschluss-Demo statt.
22.3.	Am Sonntagsspaziergang nach dem Transport beteiligen sich 4000 Menschen.
21.5.	Bundesumweltministerin Angela Merkel (CDU) spricht einen Transportestopp für alle Castorbehälter aus, nachdem bekannt geworden ist, dass Transportbehälter z.T. eine um bis zu 3000fache Überschreitung der Strahlen-Grenzwerte aufgewiesen hatten. Der Transportestopp bleibt zwei Jahre bestehen.
<b>1999</b>	
26.1.99	Knapp 500 Menschen mahnen mit einer "Störfallprozession" in Bonn zum Auftakt der Konsensgespräche einen schnellen Atomausstieg an.
28.2.99	1500 Atomkraftgegner/-innen protestieren im wendländischen Gorleben gegen die Genehmigung der PKA (Pilotkonditionierungsanlage)
13.8.99	30 Atomkraftgegner/-innen aus dem Wendland blockieren die Anlieferung eines Excellor-Behälters zum AKW Neckarwestheim.
13.11.99	Über 5000 Menschen und 100 Trecker aus dem Wendland demonstrieren in Berlin gegen die Konsensgespräche zwischen Bundesregierung und Atomindustrie.
<b>2000</b>	
27.1.	Der seit Frühjahr 1998 geltende Transportestopp wird aufgehoben.
15.6.	Bundesregierung und Stromkonzerne einigen sich auf den so genannten "Atomkonsens", in dem eine Restlaufzeit von bis zu 35 Jahren festgelegt wird.
23.9.	Mehr als 5000 Menschen nehmen an der bundesweiten Demonstration in Gorleben als Reaktion auf den "Atomkonsens" teil.
<b>2001</b>	
24.3.	Zur Auftaktdemonstration gegen den bevorstehenden Castortransport nach Gorleben – den ersten Atommülltransport nach dem Castorskandal - kommen über 16.000 Menschen nach Lüneburg.
26.-28.3.	Unter Einsatz von fast 30.000 Polizist/-innen, davon allein 18.000 im Wendland, wird der vierte Castortransport nach Gorleben gegen den Widerstand von über 10.000 Atomkraftgegner/-innen durchgesetzt. Mit 120 Millionen Mark ist der Transport der bisher teuerste.
10.11.	Die Auftaktdemo gegen den zweiten Castortransport nach Gorleben in diesem Jahr findet mit etwa 8000 Teilnehmer/-innen in Lüneburg statt. Zeitgleich demonstrieren 700 Atomkraftgegner/-innen in Karlsruhe.
12.11. / 13.11.	Unter massivem Polizeischutz und umfangreichen Demonstrationsverboten rollt der bisher fünfte Castortransport nach Gorleben. Auf der Strecke und im Wendland protestieren und blockieren in verschiedenen Aktionen etwa 3000 Menschen.

**Tabelle 1: Überblick über die Entwicklung des Castor-Konflikts**

Der politische Kontext der Anti-Castor-Bewegung

Das Ziel des nächsten Kapitels ist, die Frage zu beantworten, wieso es innerhalb weniger Monate zur Entstehung einer großen und anhaltenden sozialen Bewegung gekommen ist. Bevor ich zeige, wie viele der einschlägigen Theorien ihren Erklärungsbeitrag zu diesem Puzzle leisten, ist es notwendig, zwei Aspekte des politischen Kontextes dieses Konfliktes näher zu beleuchten:

1. Um die Anti-Castor-Bewegung verstehen zu können, ist es notwendig zumindest kurz einen Blick auf Geschichte und Gegenwart des Atomstandortes Gorleben zu werfen, denn im Wendland<sup>3</sup> hat die Bewegung ihre historischen

<sup>3</sup> Zum Wendland gehört der Landkreis Lüchow-Dannenberg, sowie Teile der angrenzenden Landkreise Uelzen und Lüneburg.

Wurzeln. Die Geschichte des Atomstandortes Gorleben beginnt am 22.2.1977 mit der Nominierung als Standort für eine Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) durch den niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht. Aufgrund heftiger Proteste im Landkreis Lüchow-Dannenberg und der bis dahin größten Anti-Atom-Demonstration in der Bundesrepublik mit über 140.000 Teilnehmer/-innen, erklärte Ernst Albrecht die WAA in Gorleben für politisch nicht durchsetzbar (vgl. Hirsch 1984: 22-28).

Somit blieb der Landkreis Lüchow-Dannenberg zwar von der WAA verschont, aber die Absage an die WAA wurde genutzt, um andere Atomanlagen politisch durchzusetzen, die heute in Gorleben in Bau oder Betrieb sind. In Betrieb befinden sich zwei Zwischenlager: ein Fasslager für schwach- und mittlerradioaktiven Müll und die Castor-Lagerhalle, sowie die sogenannte Pilot-Konditionierungsanlage (PKA), in der auch Castor-Behälter repariert werden sollen. Die Arbeiten im Erkundungsbergwerk für ein atomares Endlager im Salzstock von Gorleben sind im Rahmen eines Moratoriums, das die rot-grüne Bundesregierung verhängt hat, zur Zeit ausgesetzt. Die Geschichte dieser Atomanlagen ist verbunden mit einem kontinuierlichen lokalen Widerstand gegen diese Anlagen (vgl. Ehmke 1991).

2. Während sich in der Vergangenheit die Proteste der Anti-Atom-Bewegung gegen den Bau von Atomkraftwerken oder anderen Atomanlagen richteten, entzündete sich der Protest jetzt an sogenannten Castor-Transporten. Bei oberflächlicher Betrachtung ging es lediglich um Transporte abgebrannter Brennelemente aus deutschen AKWs zur so genannten „direkten Endlagerung“ zum Zwischenlager Gorleben und Transporte mit hochradioaktiven Abfällen aus der Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente von der WAA in La Hague (Frankreich) ebenfalls zum Zwischenlager Gorleben und später auch zum Zwischenlager Ahaus. Der erste von bisher fünf Transporten dieser Art nach Gorleben hat am 25.4.95 stattgefunden. Der erste und bisher einzige Transport nach Ahaus hat am 20.03.98 stattgefunden. Aus Sicht von Bundesregierung und der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS), die für die Abwicklung der Transporte zuständig ist, alles ganz normale Vorgänge - ohne irgend eine besondere politische Bedeutung. Aus der Sicht der Castor-Gegner/-innen stellte sich die Situation freilich erheblich anders dar.

Im Frühsommer 1994, als die Pläne für den ersten Transport bekannt wurden, stand die Castor-Lagerhalle in Gorleben bereits seit 10 Jahren leer – vier Mal konnte die bevorstehende Einlagerung eines Castor-Behälters bereits verhindert werden. Laut vertraglichen Vereinbarungen zwischen den deutschen AKW-Betreibern und den Betreibern der WAAs – der französischen Cogema und der britischen BNFL – sollten ab 1994 Rücktransporte von hochradioaktiven Abfällen aus der Wiederaufarbeitung stattfinden. Ein Antrag der BLG zur sogenannten Nutzungserweiterung des Zwischenlagers Gorleben lag seit 1993 beim Bundesamt für Strahlenschutz vor und wurde im Juni 1995 genehmigt (vgl. taz vom 27.07.94). Die Nutzungserweiterung war notwendig geworden, um überhaupt die speziellen Castor-Behälter für Abfälle aus der Wiederaufarbeitung in Gorleben einlagern zu dürfen.

Vor diesen Hintergründen wird der hohe Symbolwert - insbesondere auch des ersten Transportes - klar: Es ging um die Frage, ob die Castor-Gegner/-innen ihren 10jährigen Erfolg gegen die Einlagerung von Castor-Behältern würden

Die symbolische Bedeutung der Castor-Transporte

fortsetzen können oder ob mit einem ersten Transport zugleich die Lagerhalle ihre Einweihung finden und damit weiteren Transporten Tür und Tor geöffnet würden. Denn mit der Änderung des Atomgesetzes im Mai 1994 wurde die „direkte Endlagerung“ als alleiniger Entsorgungsnachweis akzeptiert. Solange es noch kein Endlager gibt, reicht damit auch die Zwischenlagerung aus, wenn es Fortschritte bei der Erkundung eines möglichen Endlagers gibt. Diese Änderung des Atomgesetzes schuf die rechtliche Grundlage für den Ausstieg der AKW-Betreiber aus den Verträgen mit den Wiederaufarbeitungsanlagen (vgl. taz vom 16.12.94, 24.12.94 und 20.04.95). In den Augen der Castor-Gegner/-innen dienten folglich die geplanten Transporte zum Zwischenlager der Vertuschung der ungelösten Entsorgungsproblematik und damit der rechtlichen Sicherung des Weiterbetriebs der AKWs, denn ohne Entsorgungsnachweis dürfen die Energieversorgungsunternehmen kein AKW betreiben. (vgl. taz vom 17.11.94 und 10.12.94).

#### Zusammenfassung

Die Anti-Atom-Bewegung war Mitte der 90ziger Jahre fast tot. Die Pläne, das Zwischenlager Gorleben in Betrieb zu nehmen, hat zu einer neuen Mobilisierungswelle geführt. Dass die schon tot geglaubte Anti-Atom-Bewegung gerade durch die Inbetriebnahme einer weiteren Atomanlage - des Brennelementezwischenlagers Gorleben - wiederbelebt wurde, mag paradox klingen (vgl. Paul 1997: 29). Und trotzdem ist es so: *„Die monatelange Castor-Debatte hat bundesweit zu einer Renaissance der Anti-AKW-Bewegung beigetragen. (...) Gab es früher symbolträchtige Orte wie Whyl und Wackersdorf, formiert sich der Protest heute gegen einen Transport- und Lagerbehälter.“* (Ehmke 1995)

## 2 Die Entstehung sozialer Bewegungen

Angesichts der Tatsache, dass Proteste und soziale Bewegungen zum Alltag moderner Gesellschaften gehören, überrascht es nicht, dass sich in den letzten Jahrzehnten eine eigene Fachdisziplin entwickelt hat, die sich dieser Phänomene annimmt (Meyer/Tarrow 1998). Diese innerhalb der Sozialwissenschaften - und dort vor allem innerhalb von Soziologie und Politikwissenschaft - beheimatete Fachdisziplin firmiert unter dem Label ‚Bewegungsforschung‘ (vgl. Hellmann 1998). Kurz gefasst: Die Bewegungsforschung versucht Entstehung, Formen, Dynamik und Auswirkungen sozialer Bewegungen mit Hilfe unterschiedlicher sozialwissenschaftlicher Theorien zu erklären. In diesem Kapitel werde ich die drei zentralen theoretischen Ansätze der Bewegungsforschung vorstellen (vgl. McAdam et al. 1996) und zeigen, wie jede dieser Theorien hilft zu verstehen, wieso es zum plötzlichen Comeback der Anti-Atom-Bewegung kommen konnte, das ich im vorangegangenen Kapitel skizziert habe.

Drei zentrale Paradigmen der Bewegungsforschung

Obwohl jedes der drei Paradigmen gänzlich andere Faktoren für die Erklärung sozialer Bewegungen heranzieht, haben alle einen gemeinsamen Ausgangspunkt: Die Abgrenzung vom bis dato dominanten relativen Deprivations-Ansatz, die sich am besten mit Japps Diktum „Grievances are everywhere, movements not“ illustrieren lässt (Japp 1984: 316). Der relative Deprivations-Ansatz geht vereinfacht ausgedrückt davon aus, dass soziale Bewegungen aus der Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit sozialer Realitäten entstehen, die in kollektive Unzufriedenheiten münden. Kollektive Unzufriedenheit wird auch heute in der Bewegungsforschung als notwendige aber eben nicht als hinreichende Bedingung für die Entstehung sozialer Bewegungen angesehen.

### 2.1.1 Wieso engagieren sich Menschen gegen Atomenergie?

Die Motivation der Bewohner/-innen des Wendlandes, an Aktionen zu partizipieren, resultiert aus der Unzufriedenheit und der Angst über/vor der Atomenergie und insbesondere den Gorleben Atomanlagen, sowie dem Gefühl, stellvertretend für die bundesdeutsche Bevölkerung die Folgen des ungelösten Atomüllprogramms tragen zu müssen. Gestützt wird diese Motivation durch die Erfahrung, dass Widerstand die Inbetriebnahme von Atomanlagen verzögern oder wie im Falle des Zwischenlagers über mehrere Jahre ganz verhindern kann. Die Teilnehmer/-innen aus dem Rest des Bundesgebietes motiviert dagegen in stärkerem Maß die kollektive Unzufriedenheit über die Nutzung der Atomenergie und die in ihren Augen an kapitalistischen Imperativen ausgerichteten Struktur von Wirtschaft und Staat, als dessen Produkt sie die Atomkraft ansehen (vgl. Republik 1996). Dass es sich bei relativer Deprivation und kollektiver Unzufriedenheit nur um notwendige Bedingung für Protestmobilisierung handelt, zeigt sich auch an der Entwicklung der Anti-Atom-Bewegung. Abgesehen von den Auswirkungen des Super-GAU im ukrainischen Tschernobyl lassen sich die Veränderungen der Protestmobilisierung der Anti-Atom-Bewegung nicht plausibel mit diesen Faktoren erklären.

## 2.2 Politische Möglichkeitsstrukturen

Peter Eisinger führte 1973 den Begriff „Politische Möglichkeitsstruktur“ (im engl. Original: „structure of political opportunity“) ein. In einem Artikel untersuchte er die Unterschiede im Auftreten von Protesten in 43 amerikanischen Städten. Er kam dabei zu dem Ergebnis, dass die Wahrscheinlichkeit von Protest vom Grad der Offenheit bzw. Geschlossenheit des lokalen politischen Systems für die Anliegen politischer Gruppen abhängt. Während in sehr geschlossenen und in sehr offenen Systemen eine geringe Häufigkeit von Protesten stattfand, war die Anzahl in Städten mit einer Mischung aus einem offenen und geschlossenen System am höchsten. Als offen werden politische Systeme bezeichnet, die über Kanäle und Mechanismen verfügen, sich neu formierende gesellschaftliche Interessen in den Prozess der politischen Entscheidungsfindung zu integrieren. Als geschlossen werden die politischen Systeme bezeichnet, denen solche Kanäle und Mechanismen fehlen und deshalb neue gesellschaftliche Interessen nicht in den Prozess politischer Entscheidungsfindung integrieren können. Eisinger erklärt dies damit, dass in sehr offenen Systemen keine Notwendigkeit für Protest besteht, während in sehr geschlossenen Systemen auch von Protest keine Veränderungen erhofft wird. Die relative Offen- oder Geschlossenheit des institutionalisierten politischen Systems, die Stabilität oder Instabilität von Elitennetzwerken und die Anwesenheit oder Abwesenheit von Verbündeten für soziale Bewegungen unter den Eliten sind einige der Variablen, die verwendet werden, um die politische Möglichkeitsstruktur eines gegebenen Staates zu operationalisieren (McAdam 1996). Von diesen Charakteristika und Veränderungen in der politischen Möglichkeitsstruktur wird angenommen, dass sie einen Einfluss auf Bewegungsentstehung, -erfolge, -mobilisierung und -entwicklung haben. In den folgenden Jahrzehnten haben eine Reihe von Forscher/-innen diese Grundidee, dass politische Strukturen und die Veränderung von politischen Strukturen direkte Auswirkungen auf soziale Bewegungen haben, aufgegriffen und weiterentwickelt (vgl. Tarrow 1998). Bei der Konzeptionalisierung dieser politischen Möglichkeitsstruktur hat es sich als sehr sinnvoll erwiesen, dem Vorschlag von Herbert Kitschelt (1986) zu folgen und zwischen der Input- und der Output-Seite der politischen Systeme zu unterscheiden. Da diese Unterscheidung insbesondere für den Einfluss der Möglichkeitsstruktur auf die politischen Auswirkungen sozialer Bewegungen bedeutsam ist, werde ich sie im *Abschnitt 3.5.2* ausführlicher behandeln. Des Weiteren können zwei Varianten der Anwendung des politischen Möglichkeitsstruktur-Ansatzes unterschieden werden. In der *ersten*, etwas statischeren Variante werden Unterschiede in der politischen Möglichkeitsstruktur herangezogen, um Unterschiede im Entstehen oder der Ausrichtung sozialer Bewegungen in unterschiedlichen politischen Systemen zu erklären (z.B. Eisinger 1975, Kitschelt 1986). In der *zweiten*, dynamischeren Variante – die manchmal auch „Politischer Prozess-Ansatz“ genannt wird – werden Veränderungen in der politischen Möglichkeitsstruktur eines Landes im Zeitverlauf benutzt, um die Entstehung bzw. Entwicklung einer sozialen Bewegung in diesem Land zu erklären (z.B. Tarrow 1989, Rucht 1998).

Strukturen begrenzen die Möglichkeiten sozialer Bewegungen

Trotz der Varianz in Operationalisierung und Anwendung denke ich, dass es möglich ist, einen kleinsten gemeinsamen Nenner des POS-Ansatzes zu formulieren. Dies ist die einfache strukturalistische Annahme, dass politische Strukturen, wie auch immer sie gemessen werden, das Verhalten von Individuen und Organisationen beeinflussen. Es kann daher angenommen werden, dass Veränderungen im

Vorhandensein politischer Möglichkeiten im Zeitverlauf oder Unterschiede zwischen politischen Systemen Veränderungen in der Mobilisierung sozialer Bewegungen auslösen. Dies ist der Grund für Unterschiede in der Bewegungsmobilisierung in unterschiedlichen politischen Systemen, weil sie die Bewegung behindern oder fördern. Dieser strukturelle Kern des POS-Ansatzes hat direkte Konsequenzen für soziale Bewegungen. Das Entstehen – und letztlich auch der Erfolg sozialer Bewegungen in jeder denkbaren Hinsicht – hängt nicht allein vom Bemühen, Können und Geschick der beteiligten Menschen und Bewegungsorganisationen ab, sondern auch von Faktoren, die weitgehend und insbesondere kurzfristig betrachtet, außerhalb der Einflussmöglichkeiten sozialer Bewegungen liegen. Daraus folgt, dass Aktivist/-innen gut beraten sind, diese Möglichkeitsstrukturen nicht zu ignorieren, sondern bei der Wahl ihrer Themen, Aktionsformen und Zieldefinitionen zu berücksichtigen. Allerdings zwingt auch hier die Realität zu einer Einschränkung und weiteren Komplizierung der Situation: Entscheidend für das Verhalten von Menschen und Bewegungsorganisationen ist nicht die reale politische Möglichkeitsstruktur, sondern die Art und Weise, wie soziale Bewegungen diese wahrnehmen (vgl. Banaszak 1996). Damit will ich natürlich nicht behaupten, dass die Wahrnehmung nicht im Wesentlichen durch die Realität bestimmt wird, sondern darauf, dass es durchaus zu u.U. erheblich Diskrepanzen zwischen Realität und Wahrnehmung kommen kann. So zeigt Kurzman (1996) am Beispiel der Iranischen Revolution, welche Konsequenzen eine Unstimmigkeit in der Wahrnehmung politischer Möglichkeitsstrukturen und der realen politischen Möglichkeitsstruktur haben kann. Er argumentiert, dass sich nach objektiven Kriterien 1978, zu Beginn der massiven Proteste, die schließlich in die Iranische Revolution mündeten, keine Anzeichen für neue Möglichkeiten in der politischen Möglichkeitsstruktur zu finden sind. Nach seiner Interpretation waren die Proteste Resultat einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung. Denn nach seiner Ansicht betrachteten viele Iraner/-innen die Oppositionsbewegung als im Aufwind und schlossen sich dementsprechend den Protesten an.

### **2.2.1 Politische Möglichkeitsstruktur der Anti-Castor-Bewegung**

Die Entwicklung der politischen Möglichkeitsstruktur seit Mitte der neunziger Jahre, in der die Anti-Atom-Bewegung agiert, lässt sich in zwei Phasen gliedern: Während sich in der ersten Phase die strukturellen Einflussbedingungen für die Anti-Atom-Bewegung günstig entwickelten, sind diese Rahmenbedingungen nach der Bundestagswahl 1998 und der Konsensvereinbarung zwischen der rot-grünen Bundesregierung und der Atomwirtschaft für die Atomkraftgegner/-innen schwieriger geworden.

#### **a) 1994 – 1998: Aus Sicht der Anti-Atom-Bewegung günstige Aspekte in der politischen Möglichkeitsstruktur**

Auf der Input-Seite, d.h. in der Frage, welchen Zugang das politische System für die Forderungen der Bewegung ermöglicht, konnte die Anti-Atom-Bewegung von ihrem „parlamentarischen Arm“, den Grünen, profitieren. Als Oppositionspartei im Bund und teilweise als Regierungspartner in einzelnen Bundesländern konnten sie eine atomkritische Haltung in den politischen Prozesse einbringen und helfen, das Thema auf die politische Tagesordnung zu bringen. Außerdem dienten sie als Quelle für Ressourcen und Informationen. Auf der Output-Seite, also in der Frage, welche Kapazitäten das politische System für die Umsetzung von politischen Ent-

scheidungen bereitstellt, kamen der Anti-Atom-Bewegung vor allem zwei Faktoren zugute: Die föderale Ordnung, d.h. die Doppelstrukturen von Bund und Ländern, ermöglichte Behinderungen bei der Umsetzung atompolitischer Entscheidungen durch einzelne Länder. Niedersachsen zum Beispiel versucht immer wieder, sich dagegen zu wehren, zum „Atomklo der Nation“ zu werden (vgl. Ehmke 2001: 530). Weiterhin verfügt das politische System in Deutschland über eine starke eigenständige Judikative (vgl. Kitschelt 1986). Im Fall der Atomenergie führt das dazu, dass jede Atomanlage und Veränderung daran der Genehmigung bedarf, und sich damit auch jeweils die Möglichkeit der juristischen Einflussnahme bietet. 1994 musste der erste Transport ins Zwischenlager Gorleben wenige Stunden vor dem geplanten Abfahrtszeitpunkt abgesagt werden, da das Verwaltungsgericht Lüneburg den Sofortvollzug der Einlagerungsgenehmigung zurückzog. Erst vier Monate später konnte der Transport durchgeführt werden, nachdem das Urteil durch das Obergericht wieder aufgehoben worden war.

Neben diesen grundlegenden Bedingungen des politischen Systems spielte für das Comeback der Anti-Atom-Bewegung ein weiterer struktureller Faktor eine Rolle: Im Atomgesetz ist festgelegt, dass der Betreiber eines AKWs einen Entsorgungsnachweis für die entstehenden radioaktiven Abfälle zu erbringen hat, um eine Betriebsgenehmigung zu erhalten (§ 9a (1) AtG). Nachdem zunächst nur die so genannte Wiederaufarbeitung als Entsorgungsnachweis galt, wurde in einer Novelle des Atomgesetzes 1994 beschlossen, die „direkte Endlagerung“ als alleinigen Entsorgungsnachweis anzuerkennen. In Ermangelung eines Endlagers wurde damit die Einlagerung abgebrannter Brennstäbe in Zwischenlager zum Entsorgungsnachweis. Durch diese Entscheidung kam dem Zwischenlager Gorleben plötzliche eine neue Bedeutung zu: Atommülltransporte aus AKWs dorthin sollten die Grundlage für die Betriebsgenehmigungen der AKWs werden. Ein Blockieren der Transporte konnte damit durch die Anti-Atom-Bewegung als Mittel zum Erzwingen eines Atomausstieges hochstilisiert werden. Mit diesem neuen „Frame“ (vgl. *Abschnitt 2.4.1*) verlor der Widerstand im Wendland einen Teil des ihm anhaftenden „Not in my backyard“- Charakters.

#### **b) Veränderungen in der politischen Möglichkeitsstruktur nach 1998**

Bei der Bundestagswahl im September 1998 wurde die seit 1982 regierende schwarz-gelbe Koalition durch eine Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelöst. Erstmals gelangten damit die Grünen auf Bundesebene in die Regierungsposition. Mit SPD und Grünen kamen zwei Parteien an die Regierung, die in ihren Parteiprogrammen einen Ausstieg aus der Atomenergienutzung festgeschrieben hatten (bei den Grünen war es ein Sofortausstieg, das SPD-Programm sprach von einer Frist von 10 Jahren). Im Koalitionsvertrag war denn auch festgelegt, dass „der Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie [...] innerhalb dieser Legislaturperiode umfassend und unumkehrbar gesetzlich geregelt“ werde. Wie dieser „Ausstieg“ aussehen sollte, wurde schnell deutlich, als in den Konsensverhandlungen mit der Atomindustrie um Restlaufzeiten von 30 Jahren und mehr gefeilscht wurde. Damit verlor die Anti-Atom-Bewegung ihren parlamentarischen Mitstreiter für die Forderung nach größtmöglicher Müllvermeidung durch einen Sofortausstieg. In ihrer neuen Regierungsverantwortung versuchten die Grünen eher, die Anti-Atom-Bewegung zu schwächen: Vor dem Castortransport nach Gorleben im Frühjahr 2001 forderte Umweltminister Jürgen Trittin in einem Brief alle niedersächsischen Kreisverbände dazu auf, sich nicht an den Protesten zu beteiligen, an denen er selbst 1997 noch an exponierter Stelle teilgenommen hatte (vgl. Ehmke 2001: 531).



Der „Ausstiegskonsens“, den die rot-grüne Regierung mit der Atomindustrie ausgehandelt hat, erschwerte die Arbeit der Anti-Atom-Bewegung in einem weiteren Punkt: Der „Atomkonsens“ wird in weiten Teilen der Bevölkerung akzeptiert, wenn auch viele ihn nicht unbedingt für die beste Lösung halten mögen. Er wird u.a. deshalb akzeptiert, weil er zumindest oberflächlich dem in der bundesdeutschen Demokratie üblichen Prozess zur Produktion demokratisch legitimierter Lösungen gefolgt ist – und es ist ein Grundbaustein von Demokratien, dass durch demokratische Prozesse zustande gekommene Ergebnisse auch von denen akzeptiert werden, die mit dem Ergebnis nicht zufrieden sind. Wenn die Anti-Atom-Bewegung jedoch ihre gesellschaftliche Verwurzelung und Breite verliert, läuft sie Gefahr, zu einer marginalisierten Gruppe „ewig Gestriger“ zu schrumpfen.

Ein weiteres Erschwernis für Anti-Atom-Bewegte ist die neue Strategie der Exekutive: Verglichen mit dem Beginn der Anti-Castor-Proteste wird mit deutlich verschärften Repressionsmaßnahmen gegen die Protestierenden vorgegangen. Seit dem kurzfristig abgesagten Transport aus dem AKW Philippsburg im Herbst 2000 ist es zu einer üblichen Taktik geworden, jegliche Campstrukturen selbst bei Regenwetter und Minusgraden zu verbieten, was den „Preis“ der Teilnahme an Protesten für die Demonstrant/-innen enorm erhöht. Vor allem bei dem bisher letzten Castortransport nach Gorleben im Herbst 2001 kamen zudem weitreichende Demonstrations- und Versammlungsverbote hinzu, die Massenaktionen deutlich erschwerten und die Schwelle zur Teilnahme an Protesten erhöhten.

## 2.3 Der Ressourcenmobilisierungs-Ansatz

Der Ressourcenmobilisierungs-Ansatz (RM-Ansatz) wurde erstmals explizit von McCarthy und Zald (1977) in ihrem bahnbrechenden Artikel *Resource Mobilization and Social Movements: A Partial Theory* formuliert. Ebenso wie der Framing-Ansatz (vgl. Abschnitt 2.4) und der POS-Ansatz (vgl. Abschnitt 2.2) relativiert er die Bedeutung von Deprivation und kollektiver Unzufriedenheit für die Entstehung sozialer Bewegungen. Er ist auch in einer weiteren Hinsicht als Antwort auf die bisher vorherrschenden Theorien sozialer Bewegungen zu verstehen: Während diese soziale Bewegungen tendenziell als unstrukturierte und irrationale Phänomene betrachteten, basiert der RM-Ansatz auf der Annahme der politischen Rationalität von Protest. Ich werde zuerst die Grundidee des RM-Ansatzes in einigen Sätzen zusammenfassen und anschließend auf seine bedeutendsten Aspekte und ihre praktische Relevanz für die Arbeit von Bewegungsorganisationen eingehen.

Der RM-Ansatz betrachtet das Vorhandensein von Ressourcen als eine unabdingbare Voraussetzung für die Entstehung, das Wachstum und das Fortbestehen sozialer Bewegungen (McCarthy/Zald 1977). Denn für jede Aktivität einer sozialen Bewegung – egal ob Infostand, Protestbrief oder Demonstration – ist ein gewisses Mindestmaß an Ressourcen nötig. Bei diesen Ressourcen handelt es sich in einer ersten grundlegenden Unterscheidung einerseits um Zeit und andererseits um Geld. Und über beide verfügen soziale Bewegungen nicht von selbst, sondern müssen sie von ihren Anhänger/-innen und Sympathisant/-innen zur Verfügung gestellt bekommen. Dazu wiederum müssen diese – so die zentrale Annahme des RM-Ansatzes – erst motiviert werden, denn Anhänger/-innen und Sympathisant/-innen bringen sich nicht von selbst in dem Maße in eine soziale Bewegung ein, zu

Ressourcen als zentrale Bedingung für die Entstehung sozialer Bewegungen

dem sie eigentlich fähig wären. Dieser Prozess des Werbens und Überzeugens heißt in der Sprache des RM-Ansatzes Ressourcenmobilisierung. Die zentralen Akteure der Ressourcenmobilisierung sind nicht Individuen, sondern soziale Bewegungsorganisationen, die sich dazu eines Sets ausgearbeiteter Mobilisierungstechnologien bedienen können. Ressourcenmobilisierung muss aber nicht unbedingt auf Individuen ausgerichtet sein, denkbar sind auch Versuche, von anderen Bewegungsorganisationen oder Institutionen – wie privaten Stiftungen oder staatlichen Stellen – Ressourcen zur Verfügung gestellt zu bekommen (Oliver/Marwell 1992). Die Gesamtheit dieser möglichen Ziele der Ressourcenmobilisierung, die sich unter anderem in der Wahrscheinlichkeit Erfolg zu haben unterscheiden, wird als die Mobilisierungsstruktur einer sozialen Bewegung bezeichnet (vgl. McCarthy 1996).

Zeit und Geld  
als grundlegende  
Typen von Ressourcen

Bereits die Kategorisierung von Ressourcen ist schon zu einer Wissenschaft für sich geworden (vgl. McCarthy/Zald 1977, Freeman 1979). Für den Zweck dieses Studienbriefes ist es aber ausreichend, im Wesentlichen zwischen Geld und Zeit als den zentralen Ressourcen sozialer Bewegungen zu unterscheiden. Zunächst mag sogar diese Unterscheidung Verwunderung hervorrufen, werden doch in der Ökonomie Geld und Zeit als äquivalent angesehen. Und in der Tat lässt sich auch in der Arbeit sozialer Bewegungen manchmal Zeit durch Geld ersetzen und umgekehrt. So lässt sich die Verschickung eines Rundbriefes mit Hilfe vieler Helfer/innen bewerkstelligen oder mit Hilfe von Geld durch einen Lettershop. Aber es lassen sich mindestens ebenso viele Beispiele finden, wo dies nicht möglich ist. Um eine Massendemonstration durchzuführen, bedarf es der Zeit vieler Menschen, und die lässt sich nicht kaufen – zumindest nicht, ohne dass die Wirkung der Demonstration eingeschränkt wird (Oliver/Marwell 1992: 258). So wurde 1999 eine Demonstration gegen Sparpläne im öffentlichen Dienst diskreditiert, weil der Deutsche Beamtenbund den Protestierenden nicht nur die Fahrt nach Berlin, sondern auch ein Tagegeld von 50 DM bezahlt hatte (FR vom 30.10.1999).

Die Unterschiede zwischen Geld und Zeit werden schnell klar, wenn man sich die Eigenschaften dieser beiden Ressourcen verdeutlicht. Geld ist total austauschbar. Um es auszugeben, spielt es keine Rolle von wem es kam oder in welchen Beträgen es gespendet wurde. Und ebenso kann man es für alles ausgeben. So macht es weder einen Unterschied, ob 1.000 Euro von einer oder von hundert Personen gespendet wurden, noch ob dieses Geld für einen Rundbrief oder für Miete ausgegeben werden (Oliver/Marwell 1992: 257f.). Bei Zeit sieht die Sache komplett anders aus. Das fängt schon damit an, dass es Zeit zwar in der Theorie, aber nicht in der Praxis als abstraktes Konzept gibt. Es spielt immer eine Rolle, wer Zeit einbringt, weil sie sich nicht trennen lässt von dem, der sie einbringt. So haben Menschen unterschiedliche Fähigkeiten, Bekanntschaften und Erfahrungen. Ob und wie gut jemand eine Aufgabe erfüllen kann, hängt genau von diesen Eigenschaften ab. Dazu kommt, dass für manche Aufgaben relativ viel Zeit einer Person notwendig ist (z.B. Lobbying), während bei anderen Aufgaben relativ wenig Zeit von vielen Menschen benötigt wird (z.B. Massendemonstrationen). Wenn wir also davon ausgehen, dass es sich bei Geld und Zeit wirklich um Ressourcen mit unterschiedlichen Eigenschaften handelt, dann ist es aus drei Gründen sinnvoll, sich dieser einfachen Typologisierung bewusst zu sein. *Erstens* weil verschiedene Zielgruppen unterschiedliche Ressourcen zur Verfügung stellen können. *Zweitens* weil für die Aktivitäten sozialer Bewegungen ein jeweils spezieller Mix aus Geld und Zeit benötigt wird. *Drittens* weil zur Mobilisierung von Geld und Zeit auch je unterschiedliche Mobilisierungstechnologien zum Einsatz kommen.

Wie ich schon eingangs ausgeführt habe, erfordert es gezielte Anstrengungen sozialer Bewegungen, die Ressourcen, auf die sie so dringend angewiesen sind, auch wirklich zu erlangen bzw. zu mobilisieren – um der Sprache des RM-Ansatzes treu zu bleiben. Dazu wiederum ist natürlich Wissen über Formen und Konsequenzen unterschiedlicher Mobilisierungsaktivitäten notwendig. Olivier und Marwell (1992) schlagen vor, dieses Wissens als „*Mobilization technologies*“ – also als Mobilisierungstechnologien – zu bezeichnen. Technologie hat in diesem Sinne eine kulturelle Bedeutung, die hervorheben soll, dass dieses Wissen nicht allgemein verfügbar ist. In einer ähnlichen Richtung geht die von Charles Tilly (1995) entwickelte Idee, dass soziale Bewegungen zu einer gegebenen Zeit ihre Aktionsformen aus einem begrenzten und fest umrissenen „*repertoire of contention*“ auswählen. Ab und an entwickeln Bewegungsakteure aber neue Protestformen, die dann der Bewegung neue Dynamik verleihen können (vgl. Traugott 1995). Im Rahmen dieses Kapitels kann ich allerdings weder einen Überblick über das große Spektrum vorhandener Mobilisierungstechnologien geben, noch diese im Detail auf ihre Vor- und Nachteile hin diskutieren. Stattdessen werde ich mich auf die Darstellung einiger grundlegender Unterschiede zwischen Mobilisierungstechnologien beschränken.

Mobilisierungstechnologien als der Schlüssel zu Ressourcen

Innerhalb der auf die Mobilisierung von Geld ausgerichteten Techniken ist zwischen zwei Untergruppen zu unterscheiden – nämlich zwischen professionellen Technologien und mehr grass-roots orientierten Techniken (Oliver/Marwell 1992: 259ff.). Innerhalb der professionellen Technologien gibt es grundsätzlich zwei verschiedene Ausrichtungen. Die *erste* zielt auf die Mobilisierung großer Summen von Geld durch relativ wenige Geber/-innen. Bei diesen Gebern kann es sich entweder um wohlhabende Individuen oder Institutionen in Form von privaten Stiftungen oder Regierungsstellen handeln. Diese Form der Ressourcenmobilisierung erfordert die Arbeit spezialisierter Fundraiser/-innen und weist in der Regel einen niedrigen Anteil Verwaltungskosten auf – also an Mitteln, die zur Ressourcenmobilisierung selbst benötigt werden. Dafür sind diese Mittel oft damit verbunden, dass der Geber einen gewissen Einfluss auf die Aktivitäten behalten will, die mit seinem Geld finanziert werden. Konkrete Technologien sind das Stellen von Finanzanträgen und so genanntes „*major donor work*“ - die Arbeit mit relativ wenigen aber dafür großen Spender/-innen, die im bundesdeutschen Kontext kaum von Bewegungsorganisationen eingesetzt wird. Die *zweite* Ausrichtung professionellen Fundraisings zielt dagegen auf die Mobilisierung relativ kleiner Beiträge von möglichst vielen Spendern. Direktmailing, Anzeigen und ähnliches sind hier die häufigsten Technologien. Während die Geber/-innen keinen direkten Einfluss auf die inhaltliche Arbeit der Bewegungsorganisation nehmen wollen, ist der Verwaltungskostenanteil dieser Form der Ressourcenmobilisierung relativ hoch. Große Bewegungsorganisationen, die sich Expert/-innen für beide Strategien beschäftigen können, wenden daher in der Regel einen Mix beider Technologien an.

Grass-roots-orientierte Technologien setzen dagegen darauf, lokale Gruppen und einfache Mitglieder dazu zu motivieren eine aktive Rolle beim Fundraising zu übernehmen. In Deutschland gehören dazu die jährlich von der Deutschen Umwelthilfe organisierten Sammlungen oder Benefiz-Veranstaltungen, die sich auch in Deutschland gelegentlich finden lassen.

Hindernisse  
und Schwierig-  
keiten bei der  
Ressourcen-  
mobilisierung

Auch wenn innerhalb einer Bewegungsorganisation bestimmte Mobilisierungstechnologien bekannt sind, kann es sein, dass diese nicht systematisch zum Einsatz kommen. Denn es existieren eine Reihe von Mechanismen, die den Einsatz von Mobilisierungstechnologien – und damit die Mobilisierung von Ressourcen – be- oder sogar verhindern können (vgl. im folgenden Freeman 1979).

1. Innerhalb jeder Bewegungsorganisation dominiert ein bestimmtes Bündel von Normen und Werten, das hilft, angesichts der Komplexität der Realität Entscheidungen zu treffen und damit handlungsfähig zu bleiben (vgl. Brunsson 1982). Nicht selten werden diese Normen und Werte durch die Verabsolutierung einiger und die Ausblendung anderer zu Ideologien, die dann mehr schaden als helfen. Statt eine Hilfe zur Entscheidung zu geben, schränken sie den Bereich der Handlungsoptionen so ein, dass das Ziel, Politik und Gesellschaft zu verändern, aus dem Blick gerät. Diese Form der Selbstbeschränkung durch Ideologie ist leider weit verbreitet und ist nicht nur ein Hindernis für erfolgreiche Ressourcenmobilisierung.
2. Ebenso bestehen innerhalb jeder Bewegungsorganisation Erfahrungen mit dem Einsatz bestimmter Mobilisierungstechnologien. Diese Erfahrungen bestimmen auch die zukünftige Vorgehensweise, wobei sich häufig zwei potentiell negative Muster zeigen, die beide aus der Verabsolutierung von Erfahrungen mit Mobilisierungstechnologien resultieren: 1) Mobilisierungstechnologien, mit denen einmal negative Erfahrungen gemacht wurden, werden oft für alle Ewigkeit ausgeschlossen, obwohl die Ursache für den Misserfolg oft ein ungünstiger Kontext oder die schlechte Ausführung waren. 2) Mobilisierungstechnologien, mit denen längere Zeit gute Erfahrungen gemacht wurden, werden immer wieder angewendet, auch wenn sie schon länger keine Erfolge mehr erzielen. Aus beiden Sackgassen führt nur ein gesundes Maß an Risikobereitschaft und ein gutes Controlling, das die Grundlage für eine Diskussion über Ursachen von Erfolgen und Misserfolgen bildet.
3. Bewegungsorganisationen agieren, wie wir gesehen haben, nicht im luftleeren Raum, sondern müssen ihr Handeln auf bestimmte Referenzgruppen hin ausrichten. Referenzgruppen verkörpern damit die Maßstäbe und Standards, anhand derer das eigene Handeln und Denken bewertet werden kann. Zu den wichtigsten Referenzgruppen einer Bewegungsorganisation gehören die eigenen Mitglieder, andere Bewegungsorganisationen und die allgemeine Öffentlichkeit. So kann es auch dazu kommen, dass bestimmte Mobilisierungstechniken nicht, nur eingeschränkt oder verspätet eingesetzt werden, weil negative Reaktionen von Referenzgruppen befürchtet werden.

Ressourcen-  
mobilisierung  
ist immer auch  
eine politische  
Frage

Nachdem ich beschrieben habe, durch welche Faktoren die Ressourcenmobilisierung von Bewegungsorganisationen eingeschränkt werden kann, will ich auch den gegenteiligen Fall skizzieren. Der Einsatz von bestimmten Mobilisierungstechnologien kann Bewegungsorganisationen auch in ihrer politischen Arbeit einschränken, wenn er zur Entstehung von Abhängigkeiten führt. Am offensichtlichsten ist diese Abhängigkeit, wenn eine Bewegungsorganisation vor allem von Zuschüssen staatlicher Stellen und privater Stiftungen angewiesen ist (Jenkins 1998). Weniger offensichtlich aber nicht weniger schädlich, kann es sein, sich von vielen Kleinspendern abhängig zu machen, die die Forderungen der Organisation nicht voll mittragen und so eine Verwässerung der Positionen herbeiführen. Deutlich machen will ich, dass der Einsatz ebenso wie der Nicht-Einsatz von bestimm-

ten Mobilisierungstechnologien immer auch als politische Frage betrachtet werden muss, weil sie politische Konsequenzen hat.

### 2.3.1 Ressourcenmobilisierung in der Anti-Castor-Bewegung

Bei ihrem Comeback in der Mitte der neunziger Jahre hatte die Anti-Atom-Bewegung den typischen Vorteil einer Nachfolgebewegung (vgl. Freeman 1979), auf bereits einmal erschlossene Ressourcen zurückgreifen zu können. So bestanden sowohl bereits intensive Kontakte zu Fachleuten wie Juristen/-innen und Wissenschaftler/-innen, als auch über das soziale Netzwerk und die vor allem im Wendland kontinuierlich weitergeführte Arbeit Kontakte zu vielen potentiellen Anhänger/-innen. Durch die Erfahrungen aus vorangegangenen Kampagnen im Anti-Atom-Bereich aber auch aus anderen Bewegungen wie z.B. der Friedensbewegung und durch die ideologische Vielfalt, die von christlichen Motiven bis zu links-autonomen und anarchistischen Orientierungen reicht, erfüllte die Bewegung gute Voraussetzungen zur effektiven Nutzung der Ressourcen. Weiterhin existierte bereits eine gewisse Arbeitsteilung bei der Ressourcenmobilisierung: Im Wendland fungiert in erster Linie die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg als zentraler Akteur, der zum einen die Mobilisierung zwischen den verschiedenen Gruppen koordiniert und zum anderen selbst Einzelpersonen und Gruppen zu Protestaktionen mobilisiert. Zielgruppenspezifisch sprechen Initiativen wie die Bäuerliche Notgemeinschaft eine ganz spezielle „Klientel“ an. Auf der bundesweiten Ebene spielte bis 2001 die seit 1993 existierende Verdener Umweltwerkstatt (VUW) eine wichtige Rolle, u.a. durch die gemeinsam mit der BI Lüchow-Dannenberg herausgegebene Mobilisierungszeitung „RestRisiko“, die bis zum Frühjahr 2001 mit insgesamt 15 Ausgaben vor großen Protestereignissen als Beilage der taz erschien. Die Projektwerkstatt übernahm eine wichtige Funktion bei der bundesweiten Mobilisierung der Ressourcen Zeit (in Form von Protestteilnahme) und Geld (in Form von Spenden). Durch Kontakte in die Jugendumweltbewegung mobilisierte die VUW insbesondere auch die Zielgruppe engagierter Jugendlicher.

Auf regionaler Ebene sind die Initiativen an den Atomstandorten und die städtischen Gruppen wichtige Mobilisierungsakteure. Das Anti-Atom-Plenum in Göttingen bringt beispielsweise seit Jahren so viele Aktivist/-innen auf die Beine, dass Castortransporte ins Wendland diese Stadt regelmäßig umfahren.

1996 kam mit der Kampagne „X-tausendmal quer“ ein weiterer wichtiger Akteur hinzu, den ich im Folgenden näher auf seine Mobilisierungsstrukturen beleuchten werde<sup>4</sup>. Im Wesentlichen werde ich mich dabei auf die Mobilisierung und Verwendung der Ressourcen „Zeit“ und „Geld“, beziehen, zusätzlich jedoch auch stellenweise auf weitere Ressourcen wie Know-How verweisen. Zunächst fällt bei

---

<sup>4</sup> Aus zwei Gründen habe ich „X-tausendmal quer“ als Beispiel zur näheren Betrachtung ausgewählt: Zum einen ist mir diese Kampagne durch mehrjährige Mitarbeit auch in ihren internen Strukturen und Eigenheiten sehr gut bekannt, zum anderen aber hat „X-tausendmal quer“ eine Ressourcenmobilisierungsstrategie verwandt, die in ihrem Charakter in der Anti-Atom-Bewegung neu und m.E. vielfach erfolgreich, wenn auch nicht unumstritten, war.

„X-tausendmal quer“<sup>5</sup> die differenzierte Arbeitsteilung auf: Die Kampagne ist in verschiedene Arbeitsbereiche – z.B. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Fundraising und Mobilisierung, Material- und Camporganisation, Teilnehmer/-innen-Betreuung - untergliedert, in denen die Aktiven teilweise über mehrere Jahre mitarbeiten. Dadurch ist es möglich, dass zum einen die Aktiven sich entsprechend ihren Fähigkeiten und Vorkenntnissen einem Arbeitsbereich anschließen und zum anderen Erfahrungen und Fachwissen in den Arbeitsbereichen sammeln und damit zu „Expert/-innen“ in ihrem Aufgabenfeld werden. Durch diese Spezialisierung können Ressourcen, v.a. Zeit, sehr effizient genutzt werden. Auf der anderen Seite besteht jedoch auch die Gefahr, dass die Kampagne von einzelnen Personen abhängig wird, wenn das Wissen nicht auch an Unerfahrene weitergegeben und ihnen die Chance gegeben wird, eigene Erfahrungen zu sammeln, auch wenn dies kurzfristig einen Effizienzverlust bedeutet.

Zwei weitere Punkte sind von Bedeutung: die für eine selbstverwaltete, nicht profitorientierte und meistens ausschließlich ehrenamtlich arbeitende Initiative ausgesprochen große Professionalität der Arbeit sowie die Risikobereitschaft. Nach der oben genannten Kategorisierung der Mobilisierungstechniken sind diejenigen von X-tausendmal quer auf der Seite der professionellen und auf viele Geber/-innen ausgerichteten Techniken einzuordnen. Dabei – wie auch schon der Name des Arbeitsbereiches „Fundraising und Mobilisierung“ sagt – geht es immer um beide Ressourcen gleichzeitig: Spenden zur Finanzierung der Aktion (v.a. Geld, aber auch Sachwerte), sowie Zeit zum einen zur Mitorganisation, vor allem aber zur Teilnahme an der Aktion. Über Direktmailings an unterschiedliche Verteiler, Beilage des Aufrufflugblatts in verschiedenen Zeitungen (von kleinen Mitgliederzeitschriften bis zur taz), große und kleine Anzeigen in Tages- und Wochenzeitungen oder den Versand von Aufruf-Theken-Aufstellern an über 4000 Bioläden wurde vor den letzten Castortransporten für Unterstützung und Teilnahme geworben. Diese Mobilisierungsmaßnahmen waren nur möglich durch das große zeitliche Engagement vieler Ehrenamtlicher sowie die finanzielle Risikobereitschaft privater Einzelpersonen, die der Kampagne Darlehen in bis zu fünfstelliger Höhe zur Verfügung stellten. Zudem scheute sich die Kampagne nicht – obwohl es darüber lange und von verschiedenen Ideologien geprägte Diskussionen gab – in Einzelfällen die Ressource Zeit durch Geld zu ersetzen: Als es nicht mehr möglich war, die im Büro anfallenden Arbeiten (z.B. den Materialversand oder die Dateneingabe) ehrenamtlich abzudecken, übernahmen Helfer/-innen gegen Bezahlung diese Arbeit. Zeitweise wurde der Arbeitsbereich Fundraising und Mobilisierung auch durch einen halbtags bezahlten Fundraiser unterstützt. Natürlich profitiert X-tausendmal quer auch von Ressourcen, die sich nicht mit Geld erkaufen lassen: Neben dem unverzichtbaren Engagement einer großen Zahl Ehrenamtlicher und der Teilnahme mehrerer Tausend Sitzblockierer/-innen spielen Ressourcen wie Insiderwissen, vertrauensvolle Kontakte, die Fähigkeit andere zu begeistern oder in Konflikten zu vermitteln eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Für die regionale Mobilisierung baute X-tausendmal quer mit der Zeit ein Netz von inzwischen über 70 „Regionalkontakten“ auf. Diese Gruppen veranstalten eigene kleine Aktionen, sammeln weitere Unterzeichner/-innen, schalten Anzeigen in ihren Regionalzeitungen, organisieren Trainings in Gewaltfreier Aktion

<sup>5</sup> Ich verwende für die Kampagne „X-tausendmal quer“ (1997) und die Nachfolgekampagne „X-tausendmal quer – überall“ (ab 1998) synonym den Namen „X-tausendmal quer“.

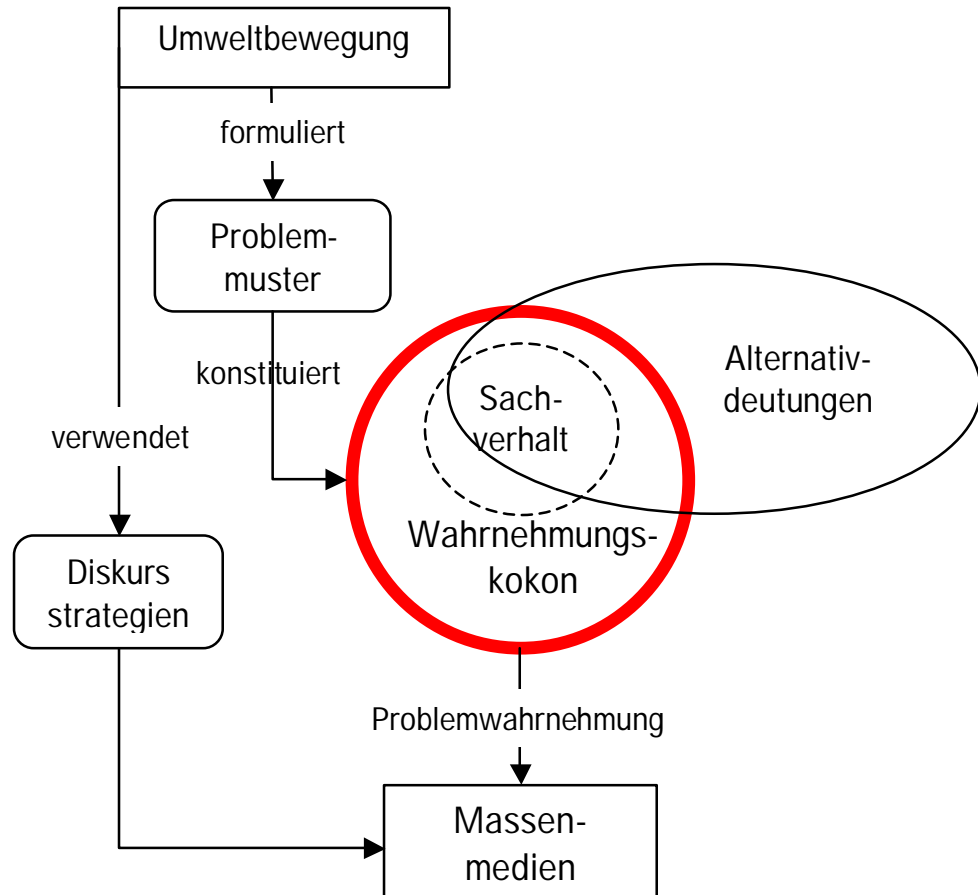
und reisen z.T. als gut vorbereitete Bezugsgruppen zum Tag X an. X-tausendmal quer profitiert sicherlich auch von ihrer Offenheit für Innovationen: Neben dem intensiven Einsatz von Internet, e-mail und Mailinglisten begann die Kampagne als erste in der Anti-Atom-Bewegung die Möglichkeiten von SMS systematisch zu nutzen, indem sie Alarm-Listen, Info-Listen für Teilnehmer/-innen am Aktionsort sowie eine Presse-Informations-Liste einrichteten. Vor allem für letztere gab es mehrfach begeistertes Feed-Back, da die Journalist/-innen vor Ort nun direkt und sehr zeitnah informiert werden konnten. Auch das Medium „Telefonkonferenzen“ wurde in den letzten Jahren zunehmend eingesetzt, um häufige bundesweite „Treffen“ zu ermöglichen ohne dafür durch die halbe Republik reisen zu müssen. Natürlich können und sollen „richtige“ Treffen dadurch nicht ersetzt werden.

Eine weitere Besonderheit von X-tausendmal quer, die in diesem Zusammenhang eine Rolle spielt, möchte ich erwähnen: Die Kampagne arbeitet mit so genannten „Absichts- und Solidaritäts-Erklärungen“, mit denen die Unterzeichner/-innen erklären, dass sie sich an der nächsten gewaltfreien Sitzblockade von X-tausendmal quer beteiligen bzw. diese unterstützen werden. Ziel dieser Unterschriften ist es, schon im Vorfeld eines Transportes politischen Druck auszuüben, indem eine möglichst hohe Zahl an Blockierer/-innen angekündigt wird. Die Sammlung der Adressen von Unterstützer/-innen hat jedoch den weiteren Vorteil, dass es möglich ist, sowohl vor als auch nach einem Transport mit den Unterzeichner/-innen in Kontakt zu bleiben. Über einen regelmäßigen Rundbrief können die Unterzeichner/-innen über aktuelle Entwicklungen informiert und für weitere Aktionen mobilisiert werden. Außerdem stellt der Kreis der Unterzeichner/-innen den wertvollsten Adresspool an potentiellen Spender/-innen.

## 2.4 Der Framing-Ansatz oder die soziale Konstruktion von Protest

Wenn von der sozialen Konstruktion von Protest die Rede ist, dann wird damit der Umstand thematisiert, dass soziale Missstände oder, neutraler ausgedrückt, soziale Sachverhalte nicht automatisch Protest nach sich ziehen. Kollektive Akteure – in unserem Fall soziale Bewegungen – sind es, die soziale Probleme kreieren, indem sie eine bestimmte Problemdeutung eines sozialen Sachverhaltes entwickeln (Schetsche 1996). Wenn diese erfolgreich durchgesetzt ist, wird sie die gesellschaftliche Wahrnehmung des sozialen Sachverhaltes bestimmen und ihn somit wie einen Konkon umgeben (siehe *Abbildung 1*). Nicht mehr der Sachverhalt selbst ist Ausgangspunkt für Handeln oder Protest, sondern dessen Wahrnehmung. Manche AutorInnen gehen deshalb soweit zu argumentieren, dass sich letztlich jeder soziale Sachverhalt in ein soziales Problem umdeuten lässt. In dieser Lesart wird durch die soziale Konstruktion von Protest nicht nur eine Sprache entwickelt, die einen gesellschaftlichen Missstand fassbar macht, sondern das soziale Problem selbst wird durch diesen Prozess erst erfunden. Auch das „Framing“-Konzept aus der Bewegungsforschung versucht dem Umstand Rechnung zu tragen, dass Realität in einem kontinuierlichen sozialen Prozess konstruiert wird. Es geht auf die Arbeiten von Snow u.a. (1986) zurück. Mit „Framing“ ist die Entwicklung und Propagierung eines Deutungs- und Erklärungsmusters gemeint, in dessen Rahmen die Kampagne den Konflikt, ihre Ziele und ihr Vorgehen in einer bestimmten Weise definiert, interpretiert und rechtfertigt. Zentrale These des Framing-Ansatzes ist es, dass die Mobilisierungsfähigkeit einer sozialer Bewe-

gung entscheidend von der Qualität ihres Framings abhängt. Während also der RM-Ansatz thematisiert, dass Geld und Zeit unerlässliche Ressourcen für alle Aktivitäten sind, postuliert der Framing-Ansatz, dass ein gutes Framing wiederum auch eine Voraussetzung für erfolgreiche Ressourcenmobilisierung ist.



**Abbildung 1: Die soziale Konstruktion von Realität**  
(vgl. Schetsche 1996)

Der Atomenergiekonflikt als Beispiel für die soziale Konstruktion von Protesten

Ich will diesen Prozess sozialer Konstruktion am Beispiel des Anti-Atom-Konflikts verdeutlichen: Atomkraftwerke sind nicht per se eine Bedrohung und wurden zu Beginn der Atomkraftnutzung auch nur von wenigen Menschen als eine solche wahrgenommen (Rucht 1990: 206). Einzelne Individuen und Gruppen und später die Anti-AKW-Bewegung propagierten dagegen die Auffassung, dass Atomkraftwerke eine lebensbedrohende und unbeherrschbare Technologie seien und zudem energiepolitisch überflüssig. Diese Sichtweise hat sich allmählich auch in den Massenmedien durchgesetzt. Entsprechend wird sie heute von einem Großteil der bundesdeutschen Bevölkerung geteilt. Damit sind Atomkraftwerke in der Realität vieler Menschen zu einer Bedrohung geworden. Somit ist nicht das Vorhandensein von Atomkraftwerken, sondern diese Sichtweise eine notwendige aber keine hinreichende Bedingung dafür, dass sich Menschen in der Anti-Atom-Bewegung engagieren und für den Ausstieg aus der Atomenergie protestieren.



Außerordentlich wichtig ist es zu betonen, dass diese sozialen Konstruktionen keine stabilen Einstellungsmuster sind, sondern sehr veränderliche Konstrukte, die einem Prozess des Wandels unterliegen. Eine bestimmte Problemdeutung muss gegen Alternativdeutungen und Gegendiskurse mit der Hilfe von Diskursstrategien und den Massenmedien durchgesetzt und verteidigt werden. Während eine politische Kampagne eine Situation zu definieren versuchen wird, in der ein unverantwortlicher Missstand besteht, der unverzüglich beseitigt werden muss, werden ihre Gegner/-innen die Situation gegenteilig zu definieren versuchen. Somit ist ein erfolgreiches Framing nicht eine einmalige Herausforderung, sondern eine ständige Aufgabe. Es hat sich gezeigt, dass viele grundlegende Veränderungen solcher Deutungsmuster oft dann passieren, wenn es zu einem Wechselspiel zwischen kritischen Wissenschaftler/-innen und einer sozialen Bewegung kommt. Die sogenannten „critical communities“ entwickeln gleichsam das Rohmaterial einer neuen Problemdeutung. Soziale Bewegungen greifen diese auf, modifizieren sie und tragen durch ihre Mobilisierung zu ihrer Durchsetzung bei (Rochon 1998). Diese „critical communities“ sind wechselseitig Voraussetzung und Ergebnis des in *Abschnitt 2.2* erwähnten Splits innerhalb gesellschaftlicher Eliten als eine Form politischer Möglichkeitsstrukturen. Dieses Wechselspiel hat bei der Entstehung der Anti-Atom-Bewegung (Baumgartner/Jones 1993) ebenso eine wichtige Rolle gespielt wie drei Jahrzehnte später bei der Entstehung der globalisierungskritischen Bewegung (Eskola/Kolb 2002).

Problemdeutungen sind gesellschaftlich umkämpft und deshalb nicht stabil

Wie aber muss ein Deutungsmuster aussehen, damit es die gewünschte große Mobilisierungswirkung hat? Ich argumentiere, dass zwei Faktoren dies beeinflussen: die interne Konstruktion und die gesellschaftliche Anschlussfähigkeit.

Das Framing einer sozialen Bewegung lässt sich in einem so genannten „Master-Frame“ zusammenfassen (vgl. Gerhards/Rucht 1992). Dieses „Master-Frame“ setzt sich in der Regel aus drei unterschiedlichen Elementen zusammen, die sich analytisch wie folgt charakterisieren lassen (vgl. auch Schetsche 1996: 68ff.):

Der interne Aufbau von „Master-Frames“

1. Das „Diagnostic framing“ enthält die Problemdefinition. In ihm wird festgelegt, welche Umstände, aus welchen Gründen und aufgrund wessen Verschuldens nicht akzeptabel sind. Teil des „Diagnostic Framing“ sollten insbesondere sein: ein griffiger Name, ein Identifizierungsschema und die Problembeschreibung, Bewertungsmaßstab und Bewertung.
2. Das „Prognostic Framing“ entwickelt eine Vorstellung davon, wie, von wem und mit welchen Mitteln das identifizierte Problem behoben werden kann. Wichtig sind hier sowohl eine abstrakte Problemlösung als auch konkrete Handlungsanleitungen.
3. Das „Motivational Framing“ schafft die Verbindung zwischen dem Problem und jeder/jedem einzelnen und gibt Anreize bzw. Motive, sich an den Aktivitäten der Kampagne zu beteiligen oder diese zu unterstützen.

Die Mobilisierungskraft des Frames hängt von diesen drei Komponenten und ihrem Zusammenspiel ab. Das heißt, in jedem „Master-Frame“ müssen Teile, die das Problem identifizieren, analysieren und in einen politischen Kontext stellen, Teile, die eine Lösung des Problems vorschlagen und Teile, die explizit oder implizit zur Teilnahme an Kampagnenaktivitäten motivieren, integriert sein. Im Fol-

genden stelle ich sieben Hypothesen vor, die Anhaltspunkte über die Durchsetzungsfähigkeit – die Wahrscheinlichkeit, dass viele Menschen die im „Master-Frame“ propagierte Sichtweise übernehmen – bzw. die Mobilisierungskraft von „Master-Frames“ geben (vgl. Gerhards/Rucht 1992: 580-583):

Die Mobilisierungsfähigkeit von „Master-Frames“

1. Je größer die Reichweite des durch das „Master-Frame“ abgedeckten Problems ist, desto größer ist die gesellschaftliche Gruppe, die mit dem „Master-Frame“ angesprochen werden kann und desto größer ist die Mobilisierungskapazität des „Master-Frames“.
2. Je besser die einzelnen benannten Probleme im „Master-Frame“ argumentativ miteinander verbunden werden können, desto plausibler erscheint das „Master-Frame“ und desto größer ist seine Mobilisierungskapazität.
3. Je mehr individuelle Problemdefinitionen in eine allgemeine Weltsicht integriert werden können und um so plausibler die Problemdefinitionen sind, desto höher ist die Mobilisierungskapazität des „Master-Frames“.
4. Wenn die Gründe des benannten Problems ebenfalls im „Master-Frame“ definiert und gleichzeitig mit konkreten Personen verknüpft werden können, erhöht dies die Mobilisierungskapazität des „Master-Frames“.
5. Je mehr das „Master-Frame“ es schafft, Lösungen für die benannten Probleme anzugeben und Wege, diese Lösungen zu erreichen, desto größer ist die Mobilisierungskapazität des „Master-Frames“.
6. Die Mobilisierungskapazität des „Master-Frames“ erhöht sich in dem Ausmaß, in dem es explizite oder implizite Motivationselemente enthält, wie den Appell an allgemein anerkannte moralische Normen.
7. Je besser die drei Dimensionen des „Master-Frames“ integriert sind und je größer der Grad ihrer Verbundenheit ist, desto höher ist die Mobilisierungskapazität.

Die gesellschaftliche Anschlussfähigkeit von „Master-Frames“

Es wäre eine irreleitende Vereinfachung so zu tun, als würde die Mobilisierungskraft eines „Master-Frames“ ausschließlich durch seine interne Konsistenz bestimmt. Dies würde ja gleichwohl bedeuten, dass jedes konsistente „Master-Frame“ einen Erfolg garantieren und zudem in jedem Land der Erde eine identische Wirkung erzielen würde. Koopmans und Statham (1999) begegnen diesem Problem, indem sie vorschlagen das Konzept einer „discursive opportunity structure“ einzuführen. Diese diskursive Möglichkeitsstruktur beschreibt, bezogen auf ein politisches System, welche Idee als ‚vernünftig‘, welche Konstruktionen der Wirklichkeit als ‚realistisch‘ und welche Forderungen als ‚legitim‘ betrachtet werden (Koopmans/Statham 1999: 228). Für die Arbeit von Bewegungsakteuren bedeutet dies, dass die Übernahme von erfolgreichen „Framings“ aus anderen Ländern nicht automatisch die erhoffte Wirkung erzielen wird, sondern dass Modifikationen nötig sein können. Es gibt kein einfaches Rezept, um die diskursive Möglichkeitsstruktur hinsichtlich eines bestimmten Themas identifizieren zu können. Die Antwort auf diese Frage lässt sich allenfalls in vergleichenden Analysen des öffentlichen Diskurses eines Themas finden.

Neben dieser grundsätzlichen Abhängigkeit von seiner kulturellen Resonanz innerhalb eines politischen Systems wird der Erfolg eines „Master-Frames“ auch

von seiner medialen Verwertbarkeit beeinflusst. Denn ihre Mobilisierungskraft entfalten „Master-Frames“ nur sehr eingeschränkt durch die unmittelbare Kommunikation zwischen sozialer Bewegung und Bevölkerung, sondern vor allem durch ihre Rezeption in den Massenmedien (Rucht 1994). Die Auswahl von Themen und Nachrichten in den Massenmedien wiederum folgt eigenen Regeln – u.a. so genannten Nachrichten- oder Publizitätsfaktoren (vgl. Ryan 1991). Soziale Bewegungen erfüllen in der Regel zwei dieser Publizitätsfaktoren quasi von allein: *Einerseits* durch ihre Fokussierung auf nicht-institutionalisierte Aktionsformen und *andererseits* durch ihre Thematisierung gesellschaftlicher Normverletzungen. Doch es lassen sich eine ganz Reihe spezifischere Publizitätsfaktoren nennen (Schetsche 1996: 116ff.):

1. der Anschluss der Problemwahrnehmung an Alltagsmythen und von der Bevölkerung geteilte Werte
2. die Individualisierbarkeit und Personalisierbarkeit des Problems und seiner schädlichen Folgen
3. die Identifizierung von Schuldigen
4. die personale Nähe zu den Rezipienten
5. Vor allem bei Fernsehen und Zeitschriften die Visualisierbarkeit des Problems, der Betroffenen und ihres Schicksals

### 2.4.1 Das Framing der Anti-Castor-Bewegung

Nachdem sich die deutsche Anti-Atom-Bewegung in ihrer Anfangsphase in erster Linie gegen den Bau von Atomanlagen richtete, werden mit dem Comeback Mitte der 90er Jahre die Atomtransporte zum primären Ziel der Proteste. Im Folgenden stelle ich das Framing vor, das diese „Anti-Castor-Bewegung“ in ihren Flugblättern, Zeitungen und ihrer Öffentlichkeitsarbeit nutzt. Ich nenne dieses Masterframe „Der Castor als Symbol“ (vgl. Gerhards/Rucht 1992: 572ff.). Aus Platzgründen kann ich hier nicht auf die von Transport zu Transport variierenden Einzelheiten in den Argumenten und Deutungsmustern eingehen. Das Masterframe ist aber in seinen Grundzügen über die Jahre unverkennbar, auch wenn nach dem „Atomkonsens“ zu dem ursprünglichen Framing eine weitere Komponente hinzukommt, die die weitere Gültigkeit des bisherigen Frames herleitet.

1. Ein (zumindest formaler) Entsorgungsnachweis ist für den Betrieb von Atomkraftwerken notwendig (vgl. § 9a (1) AtG und *Abschnitt 2.2.1*). Wichtiger Bestandteil eines solchen Entsorgungsnachweises ist ein funktionsfähiges Zwischenlager. Deshalb wollen Bundesregierung und Atomwirtschaft Castor-Transporte durchsetzen. Folglich ist der Widerstand gegen den Castor immer auch Widerstand gegen das gesamte Atomprogramm und den Atomstaat. *Wir fordern den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie!*
2. Castor-Transporte sind unnötig, weil in den AKWs noch ausreichend Zwischenlagerkapazitäten vorhanden sind. Atomtransporte sind gefährlich, weil die Transportbehälter strahlen und unzureichend für schwere Unfälle konzi-

piert sind. *Mit diesen provokativen und unnötigen Transporten werden Menschenleben gefährdet.*

3. Die langjährige Zwischenlagerung in Castor-Behältern ist nicht erprobt. Die Lagerhalle ist gegen mögliche Unglücke, wie Erdbeben und Flugzeugabstürze unzureichend gesichert. Zudem ist der Salzstock Gorleben, in dem der Atom- müll später eingelagert werden soll, für eine Endlagerung völlig ungeeignet. *Der Transport und die anschließende langjährige Zwischenlagerung ist unsinnig und gefährlich und dient nur der Vertuschung des Atommüllsasters.*
4. Nur unser Widerstand kann diesen Wahnsinn verhindern. Wenn wir gemeinsam unsere größte Stärke – unsere Vielfalt – nutzen, können wir zukünftige Transporte verhindern, indem wir die Transporte politisch und finanziell unbezahlbar machen. Für jede und jeden gibt es passende Aktionsformen, denn Mahnwachen sind ebenso wichtig wie Sabotage. *Selbst wenn wir diesen Castor nicht verhindern, verhindern wir damit vielleicht den nächsten oder übernächsten.*

Soweit das ursprüngliche Framing der „Anti-Castor-Bewegung“. Als die rot-grüne Bundesregierung Mitte Juni 1999 den mit der Atomwirtschaft ausgehandelten „Atomkonsens“ als Ende der Auseinandersetzung um die Atomkraft zu verkaufen suchte, geriet die Anti-Atom-Bewegung unter Druck, ihr Framing der neuen politischen Situation anzupassen. „Es wird [in den kommenden Monaten] entscheidend darauf ankommen, wer im Atomkonflikt die Definitionsmacht erobert, wer also bestimmt, was ein 'Atomausstieg' ist.“, schreibt Wolfgang Ehmke (2000: 287) von der BI Lüchow-Dannenberg in einem Kommentar. Die Anti-Atom-Bewegung reagierte, indem sie ihr Framing um eine Komponente erweiterte:

5. Die Aussagen 1. bis 4. sind auch nach dem euphemistisch so genannten „Atomkonsens“ unverändert gültig, denn die zwischen Atomindustrie und Bundesregierung ausgekungelte Vereinbarung hat mit einem wirklichen Atomausstieg nichts zu tun. „Es ist nichts übriggeblieben von den rot-grünen atompolitischen Bekenntnissen der Wahlkampfzeit, kein einziger Spatz in der Hand, von dem uns immer erzählt wurde, er sei so viel mehr wert, als die Sofortausstiegs-Taube auf dem Dach. 'Die Bundesregierung gewährleistet den ungestörten Betrieb der Kernkraftwerke wie auch deren Entsorgung' ist der zentrale Satz in der gemeinsamen Vereinbarung“ (X-tausendmal quer - Rundbrief im August 2000). *Der „Atomkonsens“ ist kein Ausstieg, sondern eine Bestandsgarantie für die Atomkraftwerke bis zu einem Zeitpunkt, an dem sie sich sowieso wirtschaftlich nicht mehr rentieren. Es gibt also jetzt keinen einzigen Grund weniger für unseren Protest als vor dem „Konsens“.*

Ich möchte noch auf eine Besonderheit in dem Framing zum ersten Castor nach Aufhebung des Transportestopps eingehen. Dieser Transport war ein Rücktransport deutschen Atommülls aus der Wiederaufarbeitungsanlage im französischen La Hague. Die Bundesregierung argumentierte in ihrer Öffentlichkeitsarbeit massiv, es sei die „nationale Verantwortung“ der Deutschen, „ihren“ Atommüll zurückzunehmen und appellierte an ihre Parteimitglieder, sich nicht an den Protestaktionen zu beteiligen (vgl. Ehmke 2001: 530). Wieder war die Anti-Atom-Bewegung gefordert, mit ihrer Interpretation der Situation zu überzeugen:

- Dieser Rücktransport nach Gorleben dient als Türöffner für Hunderte von Castortransporten nach Frankreich in die Wiederaufarbeitungsanlage. Denn Frankreich weigert sich derzeit, neuen Atommüll aus Deutschland anzunehmen, bevor nicht der erste Castor-Zug nach Gorleben gerollt ist. *Indem wir diesen Rücktransport blockieren, wollen wir auch die Hintransporte in die schmutzige „Wiederaufarbeitung“ verhindern – und übernehmen so unsere nationale Verantwortung.*

Zwei wichtige aber innerhalb der Bewegung umstritten Versuche in den letzten Jahren das Framing zu verändern, möchte ich noch erwähnen:

1. Durch den im Frühjahr 1998 verhängten und fast zwei Jahre andauernden Transportestopp ergab sich ein zunehmender Entsorgungsnotstand in einigen Atomkraftwerken. In dieser Situation versuchte vor allem X-tausendmal quer möglichst viele Menschen für ihre „Verstopfungsstrategie“ zu begeistern: *„Wenn wir es schaffen, weiterhin die Abtransporte von hochradioaktivem Müll [aus den AKWs] zu verhindern, müssen viele Reaktoren demnächst abgeschaltet werden“* (aus dem zentralen Mobilisierungsflugblatt der Kampagne, 3. Auflage, Nov. 1998). Deshalb rief X-tausendmal quer zur massenhaften Blockade des ersten Castortransportes nach der Aufhebung des Transportestopps auf, „egal von wo nach wo er rollt.“ Diese Idee war auch innerhalb der Bewegung nicht unumstritten und wurde zum Teil als „naiv“ kritisiert (vgl. Ehmke 2000: 286).
2. Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 brachten vor allem die Umweltverbände verstärkt ein Argument in das Framing ein, das zuvor kaum Gewichtung hatte: Die Atomkraftwerke und Zwischenlager sind nicht in ausreichendem Maße gegen Flugzeugabstürze – egal ob Unfälle oder Terroranschläge – gesichert. *Der Absturz eines Flugzeuges auf ein AKW oder Zwischenlager hätte unabsehbare Folgen. Die Atomanlagen stellen somit ein unzumutbares Risiko für das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung dar und müssen deshalb abgeschaltet werden.* Die Verwendung dieser Argumentation war innerhalb der Anti-Atom-Bewegung strittig, die Auseinandersetzung darüber ideologisch geprägt: Wenn Terrorismus als ein Produkt der Ungleichheit und Ungerechtigkeit auf der Welt interpretiert wird, muss dieses Problem durch Umverteilung und mehr Gerechtigkeit gelöst werden und nicht dadurch, dass sich einzelne Industrieländer möglichst „unverletzlich“ machen. Diese Diskussion wurde weitgehend bewegungsintern geführt; in der Öffentlichkeit wurde das Argument der Sicherheit vor Terroranschlägen von weiten Teilen der Anti-Atom-Bewegung nicht verwendet.

In meinen Ausführungen wird deutlich, dass das Framing einer Bewegung – oder im Kleineren auch einer einzelnen Kampagne – sich politischen Veränderungen anpassen und auf Infragestellungen reagieren muss. Letztlich geht es darum, in der öffentlichen Wahrnehmung eine bestimmte Problemdeutung zu etablieren und zu „verteidigen“.

Die Mobilisierungskapazität des Master-Frames hängt, wie oben ausgeführt, von einer Reihe Faktoren ab. Sie steigt mit dem Umfang und der Reichweite der definierten Probleme, dem Grad ihrer logischen Verbundenheit und mit der Intensität, in der die Problemdefinition kompatibel mit individuellen Problemsichten ist. Außerdem wird die Mobilisierungskapazität durch die Identifizierung von Ursa-

chen und der dafür Verantwortlichen sowie durch Anreize zur Partizipation weiter erhöht (vgl. Gerhards/Rucht 1992: 580ff.). Das Master-Frame „Der Castor als Symbol“ erfüllt diese Bedingungen weitgehend: Die *Probleme* sind die unnötigen und gefährlichen Castor-Transporte, die ungelöste Entsorgungsfrage und die unbeherrschbaren Risiken der Atomenergie. Den Castor-Transporten kommt dabei die verbindende Funktion zu: Durch sie wird das Atommüllsdesaster verdeckt und der Weiterbetrieb der Atomanlagen gesichert. *Ursache* und *Schuldige* sind die Atomindustrie und die Bundesregierung, die aus Profitinteresse an der Weiternutzung der Atomkraft festhalten. *Alternativen* und *Handlungsmöglichkeiten* zur Problemlösung werden ebenfalls aufgezeigt: Durch den Abbau bestehender Überkapazitäten, Anwendung und Entwicklung neuer Energiespartechnologien sowie die Förderung und Weiterentwicklung von Technologien zur Nutzung regenerativer Energieträger wäre es möglich, in kürzester Zeit aus der Atomenergienutzung auszusteigen. Die *Betroffenheit* jedes/r einzelnen und damit seine/ihre Bereitschaft zur Partizipation wird durch das Bedrohungsszenario hergestellt, das die unfassbaren Folgen eines möglichen GAU ebenso herausstellt, wie die von heute nicht absehbaren Risiken, die der über Jahrtausende strahlende Müll für kommende Generationen birgt. An den Standorten wird die unmittelbare Betroffenheit der dortigen Bevölkerung durch Untersuchungen über erhöhte Leukämieraten oder die möglichen Folgen auch „kleiner“ Störfälle deutlich.

## 3 Die politischen Auswirkungen sozialer Bewegungen

Soziale Bewegungen besitzen die weithin unbestrittene Fähigkeit, gesellschaftliche und politische Veränderungen zu bewirken (vgl. Giugni 1998). Aber warum eigentlich? Dass diese vielleicht verblüffende Frage weder überflüssig noch einfach zu beantworten ist, zeigt sich bereits darin, dass soziale Bewegungen sehr unterschiedlich erfolgreich in diesen Unterfangen sind (Gamson 1975). Und da diese Fähigkeit nicht eine bloße Funktion gesellschaftlicher Machtverhältnisse ist, sondern ebenso eine Funktion der Strategien sozialer Bewegungen, erlangt diese Frage eine zentrale Bedeutung. Wer sie beantworten kann, hat die Möglichkeit darauf Einfluss zu nehmen, ob eine soziale Bewegung ihr Ziel gesellschaftlicher Veränderung erreicht oder nicht. Zudem kann diese Antwort auch vor zu hohen Erwartungen an die Möglichkeiten sozialer Bewegungen bewahren – ein Problem, das oftmals übersehen wird. Denn die Motivation von Menschen, die sich in soz. Bewegungen engagieren basiert offensichtlich auf ihrer Einschätzung Veränderungen bewirken zu können. Und wo durch überzogene Hoffnungen die Erwartungen enttäuscht werden, schwindet auch die Bewegung selbst und damit die Chance zur Veränderung. Ziel dieses Kapitels ist es aus diesen Gründen, eine Antwort auf die Frage der politischen Wirksamkeit sozialer Bewegungen zu entwickeln.

Das Kapitel ist wie folgt gegliedert. Im *ersten* Abschnitt werde ich die Konzeption von Macht und Politik skizzieren, auf der mein Erklärungsmodell der politischen Auswirkungen sozialer Bewegungen beruht. Ebenso werde ich die Grundzüge dieses Modells darlegen, das ich dann in den folgenden Abschnitten ausführlich vorstellen werde. Im *zweiten* Abschnitt werde ich zeigen, dass soziale Bewegungen mit ihren Aktivitäten auf drei politisch-strategische Ressourcen abzielen müssen, um die Macht zur Durchsetzung politischer Veränderungen zu erlangen. Im *dritten* Abschnitt werde ich erläutern, welche Formen politischer Auswirkungen soziale Bewegungen erzeugen können oder, anders ausgedrückt, was sie mit ihrer Macht im politischen Prozess bewirken können. Im *vierten* Abschnitt werde ich im Detail untersuchen, wie die politisch-strategischen Ressourcen sozialer Bewegungen ihre Macht entfalten. Dazu werde ich sechs kausale Mechanismen darstellen, die zeigen, wie der Einfluss sozialer Bewegungen auf den Politikprozess funktioniert. Im *fünften* Abschnitt werde ich auf die Bedeutung des jeweiligen politischen Kontextes eingehen und zeigen, dass verschiedene strukturelle Faktoren die politische Macht sozialer Bewegungen beeinflussen. Im *sechsten* Abschnitt werde ich mich der umstrittenen Frage widmen, welche Bedeutung Gewalt für den politischen Einfluss sozialer Bewegungen hat. Im *siebten* und letzten Abschnitt werde ich das Modell abschließend zusammenfassen.

Die Struktur  
des 3. Kapitels

### 3.1 Macht als die Grundlage von Veränderung

Es bedarf sicherlich keiner ausführlichen Erklärung, warum eine gute Antwort auf die Frage nach den Gründen für die Fähigkeit sozialer Bewegungen, gesellschaftliche und politische Veränderung herbeizuführen, komplex sein muss und damit immer eine gewisse Unbestimmtheit aufweisen wird (vgl. Esser 1993). Meine Antwort ist der Vorschlag eines Modells der politischen Auswirkungen sozialer

Bewegungen (Kolb 2000). Das Adjektiv „politisch“ zeigt schon, dass ich, um überhaupt zu einer Antwort zu kommen, die Frage etwas verändert habe. Mein Modell ist „nur“ eine Antwort auf die Frage, warum soziale Bewegungen politische Veränderungen bewirken können. Das Modell basiert, obwohl es sich nicht aus einer einzigen theoretischen Tradition speist, auf einer bestimmten Konzeption von Politik und des politischen Systems. Unter Politik verstehe ich dabei den Prozess, durch den, vor dem Hintergrund bestimmter politischer Institutionen, für gesellschaftliche Akteure verbindliche Regeln – in Form von Gesetzen, Verordnungen, Regierungsentscheidungen, etc. – festgelegt werden. Die Ergebnisse dieses Prozesses sind im Wesentlichen nicht bestimmt durch die besseren Argumente oder das Interesse des Allgemeinwohls, sondern durch Macht.

Drei Formen von Macht als Grundlage politischen Handelns

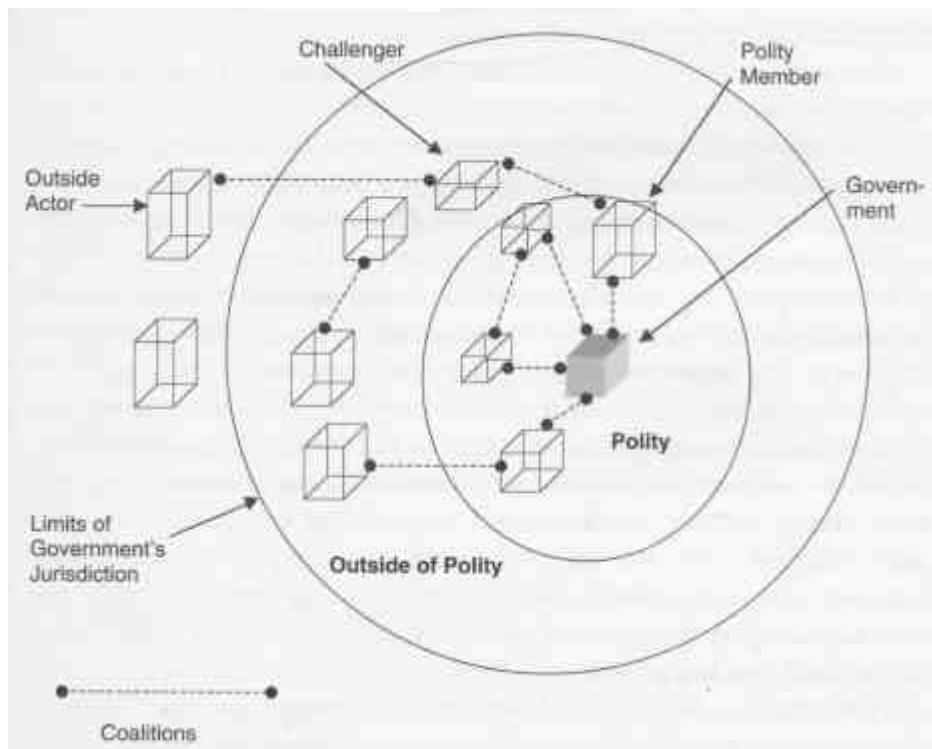
Auch Macht ist ein Begriff, der der Erklärung bedarf. Mein Begriff von Macht basiert auf den Ausführungen von Steven Lukes (1974), der eine dreidimensionale Konzeption von Macht entworfen hat – die ich hier nur kurz anreißen und nicht mit allen Implikationen vorstellen kann. Nach Auffassung von Lukes manifestiert sich Macht in drei unterschiedlichen Formen:

- Macht manifestiert sich *erstens* in der Fähigkeit eines Akteurs, einen anderen Akteur entgegen seiner Interessen dazu zu bewegen, etwas zu tun, was er sonst nicht tun würde. Eine Analyse von politischen Machtverhältnissen, die dieser Konzeption folgt, muss untersuchen, welche Akteure ihre Interessen bei den Entscheidungen von Regierung, Parlament, etc. durchsetzen können und welche Akteure nicht.
- Macht manifestiert sich *zweitens* in der Fähigkeit eines Akteurs gesellschaftliche Werte und institutionelle Routinen so zu reproduzieren, dass der Zugang zum politischen Prozess auf bestimmte Themen und Akteure beschränkt und damit die politische Thematisierung bestimmter Interessen verhindert wird. Aus dieser Perspektive folgt, dass eine Analyse von politischen Machtverhältnissen sich nicht auf die Untersuchung von Entscheidungen beschränken kann, sondern auch die Fälle von „Nicht-Entscheidungen“ untersuchen muss.
- Macht manifestiert sich *drittens* in der Fähigkeit eines Akteurs, die Wünsche eines anderen Akteurs zu beeinflussen und damit bestimmen zu können, was dieser als in seinem Interesse liegend definiert.

Ein einfaches und statisches Politik-Modell

Als weitere Grundlage für mein Modell der politischen Auswirkungen sozialer Bewegungen will ich noch ein Modell des politischen Systems einführen. Es handelt sich dabei um ein einfaches und statisches Politik-Modell, wie es McAdam et al. skizzieren (2001: 11f.).





**Abbildung 2: Einfaches Politik-Modell**

(Quelle: McAdam et al. 2001: 11)

Die einzelnen Bestandteile dieses Modells sind:

- *agents of government*: die am Regieren – also am Festlegen von verbindlichen Regeln – beteiligten Institutionen wie Präsident, Regierung, Parlament und Parteien.
- *polity members* sind bereits als solche konstituierte kollektive Akteure, die über einen routinemäßigen Zugang zu den *agents of government* und ihren Ressourcen verfügen. Zu ihnen gehören große Unternehmen, die Interessensverbände der Wirtschaft, Berufsverbände, etc.. Ich werde sie im Folgenden die Insider des politischen Systems nennen.
- *challengers* sind bereits konstituierte kollektive Gruppen, die nicht über den routinemäßigen Zugang zu den *agents of government* verfügen. Ich werde sie im Folgenden auch die Outsider des politischen Systems nennen. In diese Kategorie gehören die meisten Bewegungsorganisationen.
- *subjects* sind Personen und Gruppen, die sich (noch) nicht als politische Akteure konstituiert haben.
- *outside political actors* umfassen alle politischen Akteure, die nicht im Wirkungsbereich des politischen Systems liegen. Dazu gehören internationale Institutionen (z.B. Weltbank, UNO) ebenso wie soziale Bewegungen in anderen Ländern oder die Regierungen anderer Staaten.

Nach diesem Modell konzentriert sich die politische Macht im großen und ganzen in den Händen der „*agents of government*“ und „*polity members*“. Ein Insider des politischen Systems zu sein, setzt ein bestimmtes Maß an Macht schon voraus und sichert darüber hinaus zusätzliche Macht. Wie in diesem Modell soziale Bewegungen zu verorten sind, ist keine ganz einfache Frage. Typischerweise gehören sie natürlich zu den Akteuren, die mit „*challengers*“ gemeint sind. Dagegen können einzelne Bewegungsorganisationen zu Insidern des politischen Systems gezählt werden. Sicherlich gehören sie jedoch auch nicht zu den bedeutsamsten In-

Politische Macht ist ungleich zwischen den politischen Akteuren verteilt

sichern, denn es sollte nicht vergessen werden, dass auch die Machtverteilung zwischen den Insidern des politischen Systems höchst ungleich ist.

### 3.2 Die politisch-strategischen Ressourcen sozialer Bewegungen

Soziale Bewegungen können ihre Taktiken aus einem großen Repertoire von Aktionsformen auswählen. Zu diesem Repertoire gehören Demonstrationen, Kundgebungen, Blockaden, Pressemitteilungen, Untersuchungen, Unterschriftensammlungen, Lobby-Gespräche, Flugblätter und vieles mehr. Doch diese Vielfalt täuscht leicht darüber hinweg, dass in Hinsicht auf politische Einflussnahme alle diese Aktionsformen letztlich nur auf die Mobilisierung einiger weniger politisch-strategischer Ressourcen abzielen (vgl. Lipsky 1968, Wilson 1961). Auf diesen politisch-strategischen Ressourcen basiert die politische Macht sozialer Bewegungen. Denn im Gegensatz zu anderen Interessensgruppen und gesellschaftlichen Akteuren verfügen soziale Bewegungen weder über ein ökonomisches Drohpotential, noch haben sie in der Regel einen privilegierten Zugang zu politischen Entscheidungsträger/-innen – Ressourcen aus denen andere Akteure ihre politische Macht beziehen. Diese politisch-strategischen Ressourcen sind auf einem wesentlich höherem Abstraktionsniveau angesiedelt, als der Typ von Ressourcen, den ich im *Abschnitt 2.3* behandelt habe. Wie ich später argumentieren werde, sind diese primären Ressourcen (z.B. Geld, Zeit, etc.) eine wichtige Grundlage für die Generierung politisch-strategischer Ressourcen. Im einzelnen unterscheide ich zwischen drei Arten politisch-strategischer Ressourcen:

Drei Arten politisch-strategischer Ressourcen sozialer Bewegungen

1. **Herstellung von Öffentlichkeit:** Die Fähigkeit veröffentlichte Meinung und Bevölkerungsmeinung zu bestimmen bzw. zu beeinflussen (vgl. Zaller 1992). Mit veröffentlichter Meinung wird bezeichnet, worüber Massenmedien berichten, mit Bevölkerungsmeinung ist das Aggregat individueller Einstellungen gemeint.
2. **Mobilisierung von Protest:** Die Fähigkeit Menschen zu mobilisieren, die einzeln oder kollektiv ihre Ablehnung oder Zustimmung zu bestimmten Politiken ausdrücken.
3. **Entwicklung und Verbreitung von Informationen, Ideen:** Die Fähigkeit zu beeinflussen, welche Informationen in der Öffentlichkeit und bei Entscheidungsträger/-innen bekannt sind. Damit verbunden ist die Fähigkeit zu beeinflussen, welche Ideen als ‚vernünftig‘, welche Konstruktionen der Wirklichkeit als ‚realistisch‘ und welche Forderung als ‚legitim‘ betrachtet werden.

Um an dieser Stelle die Diskussion auf ein anschaulicheres Niveau zu bringen, schlage ich vor, folgendes fiktives Beispiel zu betrachten:

### 3.2.1 Kampagne „Stopp dem Mülltod“

Die Bundesregierung plant unter Federführung des Wirtschaftsministeriums eine Überarbeitung des Abfallwirtschaftsgesetzes, das die thermische Abfallverwertung als einzigen Entsorgungsweg festschreiben würde. Der Gesetzesentwurf ist das Ergebnis der erfolgreichen Einflussnahme der Entsorgungswirtschaft, die auf den Neubau von Anlagen zur thermischen Abfallverwertung hofft. Zur öffentlichen Legitimierung führt die Bundesregierung ein Gutachten an, dass die thermische Abfallverwertung als ökologisch beste Alternative der Restmüllverwertung betrachtet. Die Bundeskoordination gegen Müllverbrennung (BgM) hat in den vergangenen Wochen mit Hilfe von Lobbying erfolglos versucht, den Gesetzesentwurf zu stoppen. Dabei ist sie bei den zuständigen Ministerialbeamten und Mitgliedern des Abfallausschusses weitgehend auf taube Ohren gestoßen. Um die Einbringung des Gesetzesentwurfs in den Bundestag doch noch zu stoppen, beschließt der Koordinierungskreis der BgM deshalb nach längerer Diskussion auf einen konfrontativeren Kurs einzuschwenken. Eine hitzige Diskussion entbrennt und viele Vorschläge schwirren durch den Raum: eine große Demonstration zum Wirtschaftsministerium, Protestbriefe an den Bundeskanzler, ein kritisches Gegengutachten, usw.. Am Ende steht eine lange Liste von Ideen, die zur Makulatur zu werden droht, als der Kassenwart in die Runde wirft, dass im Haushalt der BgM maximal 10.000 € zu holen seien. Die Diskussion gerät ins Stocken und eine Arbeitsgruppe wird beauftragt bis zum nächsten Treffen ein tragfähiges Aktionskonzept vorzulegen. Auf der nächsten Sitzung stellt die AG ein Aktionsprogramm vor, das auf drei Säulen basiert:

1. **Expertise:** Das Ökoinstitut wird beauftragt ein Konzept für eine alternative Abfallentsorgungsstrategie zu erarbeiten, das die Nachteile des Gesetzesentwurfs der Bundesregierung aufzeigt.
2. **Information:** Das Gutachten soll auf einer zentralen Pressekonferenz erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Um die Bekanntheit weiter zu steigern, sollen an den bereits bekannten Standorten für neue Müllverbrennungsanlagen Diskussionsveranstaltungen durchgeführt werden.
3. **Protest:** Es soll eine Unterschriftenaktion gegen den Vorschlag der Bundesregierung gestartet werden. Außerdem ruft die BgM zwei Wochen bevor der Gesetzesentwurf zur ersten Lesung in den Bundestag eingebracht wird, zu einer Demonstration auf, die in einer Besetzung des Wirtschaftsministerium enden soll.

Zur Finanzierung der Aktivitäten schlägt die AG vor, für das Gutachten bei der grünennahen Heinrich-Böll-Stiftung einen Antrag zu stellen. Die Unkosten für die restlichen Aktivitäten sollen über Spenden, die mit Hilfe der gesammelten Unterschriften gewonnen werden, finanziert werden.

Auch wenn es sich beim *Abschnitt 3.2.1* um ein rein fiktives Beispiel handelt, illustriert es die wesentlichen Implikationen des Konzeptes politisch-strategischer Ressourcen:

1. Zur Generierung von strategisch-politischen Ressourcen sind soziale Bewegungen unweigerlich auf primäre Ressourcen angewiesen. Denn ohne diese

lassen sich keine Bewegungsaktivitäten – egal ob Pressekonferenz, Demonstration oder Unterschriftenaktion – organisieren. Wie ausführlich in *Abschnitt 2.3* dargestellt, kann es sich dabei ebenso um die Bereitschaft an einem verregneten Sonntag an einer Aktion teilzunehmen handeln, wie um eine regelmäßige Geldspende oder Beisteuerung von Fachwissen und persönlicher Erfahrung. Dort habe ich auch den Umstand behandelt, dass diese Ressourcen einer sozialen Bewegung nicht automatisch zugute kommen, sondern in mühsamer Arbeit mobilisiert werden müssen.

2. Ausreichender Zugriff auf primäre Ressourcen sind allerdings nur eine notwendige und keinesfalls eine hinreichende Bedingung für die politische Macht sozialer Bewegungen. Notwendig ist ein Verständnis dafür, wann und warum welche politisch-strategische Ressourcen am erfolgversprechendsten zum Einsatz gebracht werden können. Einige Anhaltspunkte zur Beantwortung dieser Frage werde ich den *Abschnitten 3.3* und *3.4* liefern.

### 3.3 Formen politischer Auswirkungen sozialer Bewegungen

Politik ist mehr als die Verabschiedung von Gesetzen

Im vorangegangenen Abschnitt habe ich skizziert, dass soziale Bewegungen politisch-strategische Ressourcen generieren müssen, um die Macht zu erlangen und ihre politischen Ziele durchsetzen zu können. Wie bereits erwähnt, betrachte ich nur den Fall, dass sich diese Forderungen an Regierungen, Parlamente und Parteien richten, die ich im Politik-Modell aus *Abschnitt 3.1* „agents of government“ genannt habe. Soziale Bewegungen verfolgen diesem Verständnis nach die Strategie, die Fähigkeit der „agents of government“ allgemein verbindliche Regeln für alle gesellschaftlichen Akteure zu erlassen, zu nutzen - im Falle der Umweltbewegung also z.B. um Umweltschutz erreichen bzw. weitere Umweltzerstörung zu verhindern. Bei der Bewertung, ob sozialen Bewegungen diese Form der Machtausübung gelingt, konzentriert sich die Aufmerksamkeit oftmals auf die Frage, ob ein Gesetz bzw. eine politische Entscheidung gestoppt oder herbeigeführt werden konnte. Bezogen auf mein fiktives Beispiel der Bundeskoordination gegen Müllverbrennung, könnte die Frage des Erfolgs zugespitzt lauten: Wurde die Einbringung des Gesetzentwurfes gestoppt oder nicht? Diese Fokussierung greift aber zu kurz: *Erstens* hat Macht, wie ich dargestellt habe, drei unterschiedliche Dimensionen, von der die Herbeiführung einer Entscheidung nur eine berührt. *Zweitens* ist der politische Prozess komplex und besteht aus verschiedenen Teilprozessen, so dass die Reduzierung von Politik auf die eigentliche Entscheidung, eine unzulässige Verkürzung darstellt. So wird in der Politikwissenschaft allgemein argumentiert, dass der Politikprozess als aus vier relativ von einander unabhängigen Teilprozessen bestehend konzeptualisiert werden muss (vgl. Kingdom 1984). Im folgenden möchte ich diese Teilprozesse jeweils kurz charakterisieren:

1. „**Agenda-Setting**“ bezeichnet den Teil des Politikprozesses, innerhalb dessen sich entscheidet, welche politischen Interessen überhaupt thematisiert und folglich zur Bearbeitung auf die politische Tagesordnung gelangen und welche nicht (vgl. Burstein 1991). Damit berührt dieser Teil des Politikprozesses direkt die zweite Dimension von Macht – also die Fähigkeit von den Insidern des politischen System (zumindest teilweise), den Zugang zum politischen Prozess auf bestimmte Themen und Akteure zu beschränken. Aus dieser Perspektive wird deutlich, wieso es Sinn macht, von einem Erfolg zu reden, wenn

es einer sozialen Bewegung gelingt, ihre Themen auf die politische Agenda zu setzen. *Einerseits* trägt dies zur politischen Akzeptanz von Bewegungsorganisationen als legitime Akteure der Interessensartikulation und –vertretung bei. Dies ist wiederum eine wichtige Voraussetzung dafür, in den Politikprozess in einem bestimmten Politikfeld miteinbezogen zu werden und somit ein Schritt auf dem Weg vom Outsider zum Insider des politischen Systems zu werden (vgl. *Abschnitt 3.4.1*). *Andererseits* zeigt sich darin auch, dass es sich bei einem gesellschaftlichen Interesse um ein Thema handelt, für das die Politik ihre grundsätzlich Zuständigkeit einräumt. Damit ist eine Voraussetzung dafür geschaffen, dass diese Interessen Gegenstand politischer Entscheidungen werden. Eine von sozialen Bewegungen häufig eingesetzte Strategie Themen auf die politische Agenda zu setzen, ist, durch Mobilisierung von Protest, diese in die Massenmedien einzuspeisen. Da gesellschaftliche Interessen, die in Massenmedien Beachtung finden, längerfristig nicht von den „agents of government“ ignoriert werden können, ist dies auch eine effektive Strategie (vgl. Fuchs/Pfetsch 1996). Besonders einflussreich für den weiteren Verlauf einer Themenkarriere, ist die erste Thematisierung eines politischen Themas (vgl. Schetsche 1996: 21ff.). Im Rahmen der ersten Thematisierung werden die Symptome, Ursachen und Lösungen für einen gesellschaftlichen Misstand definiert (vgl. *Abschnitt 2.4* über Problemdeutungen). Wenn diese Problemdeutung von den Massenmedien aufgenommen wird, sind andere Akteure dem Druck ausgesetzt, im Rahmen, bzw. in Abgrenzung zu dieser Problemdeutung ihre eigenen Positionen und Forderungen zu formulieren.

Die Grundlagen politischer Konflikte werden beim „Agenda-Setting“ gelegt

2. Die **Entwicklung von Politik-Alternativen** ist der Teil des Politikprozesses, in dem verschiedene Alternativen zur Lösung des Problems entwickelt, modifiziert und verworfen werden. Im Gegensatz zum „Agenda-Setting“ vollzieht sich dieser Teilprozess weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit in relativ geschlossenen Politiknetzwerken. Ähnlich wie schon beim „Agenda-Setting“ versuchen die Insider des politischen Systems ihre Macht zu nutzen, um Lösungen durchzusetzen, die ihren Interessen entsprechen und Alternativen abzublocken, die ihren Interessen widersprechen. Es ist nicht einfach zu klären, warum sich ein bestimmter Politikvorschlag gegen viele alternative Politikvorschläge durchsetzen kann. Natürlich hat die Macht der Akteure darauf einen zentralen Einfluss. Soziale Bewegungen tun sich in dieser Phase besonders schwer, weil sie in der Regel nicht die Ressourcen haben gegen die Lobbyisten von Konzernen und Unternehmensverbänden anzuarbeiten, andererseits in dieser Phase auf ihre Ressourcen Protest und Öffentlichkeit weniger zurückgreifen können. Denn bereits die Tatsache, dass Lösungen für ein Problem entwickelt werden, nimmt dem Thema ein Teil des Konflikthaften und damit von der Medienaufmerksamkeit und der Bereitschaft von Anhänger/-innen einer Bewegung sich einzusetzen. Daneben wirken zwei Kräfte, die die Heterogenität der Politikentwürfe mindern können (Burstein 1991: 339): *Ers-* *tens* die Tendenz zum institutionellen Isomorphismus, d.h. die Bevorzugung von Lösungen, die der Tradition und Logik der bisherigen Regulierung in diesem Politikfeld entsprechen. *Zweitens* das Bewusstsein von Regierung und Abgeordneten, dass jeder Vorschlag zur Umsetzung eine Mehrheit bedarf und deshalb so geschaffen sein sollte, dass er eine realistische Chance auf diese Mehrheit hat.

Auf jedes Politikproblem gibt es mehrere möglichen Antworten

Wenn es zum Beschluss von Politiken kommt, ist es für soziale Bewegungen oft zu spät

**Beschluss von Politiken:** Dies ist der Teil des Politikprozesses, indem eine der Politik-Alternativen schließlich herausgegriffen wird und von den entsprechenden parlamentarischen Gremien verabschiedet wird. Diese Phase beginnt schon mit der Einbringung von Gesetzesentwürfen (1. Lesung) in den Bundestag, denn es wäre naiv zu glauben, dass sich zu diesem Zeitpunkt noch wesentliche Änderungen des Gesetzesentwurf durchsetzen lassen. Zur Veränderungen kommt es dann in der Regel nur noch, wenn ein zustimmungsbedürftiges Gesetz droht nicht durch den Bundesrat zu kommen, und selbst dann geht eine Regierung zunächst oft das Risiko einer Ablehnung ein, um dann ggf. im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat nach zu verhandeln. Leider beginnen Protestmobilisierung und die Aktivitäten sozialer Bewegungen gegen neue Gesetze erst in dieser Phase, obwohl der Zug dann in aller Regel bereits abgefahren ist, weil Zugeständnisse der Regierung dann nur noch mit einem öffentlichen Gesichtsverlust möglich sind. Die Ursache dafür liegt *einerseits* darin, dass soziale Bewegungen als Outsider des politischen Systems erst mit dem Erwachsen der öffentlichen Berichterstattung auf bestimmte Themen aufmerksam werden. Andererseits gibt es die ernüchternde Erfahrung, dass sich die Anhänger sozialer Bewegungen leichter zu Protesten mobilisieren lassen, wenn politische Entscheidungen mit ihren drohenden Folgen kurz bevorstehen und nicht schon Monate davor, wenn noch vieles im unklaren ist, aber die Möglichkeiten zur Einflussnahme ungleich größer sind.

Die Umsetzung von Politiken birgt Risiken und Chancen für soziale Bewegungen

3. **Umsetzung von Politiken:** Allein die formale Verabschiedung eines Gesetzes garantiert in keiner Weise, dass es in der Realität angewandt wird oder dass es, selbst wenn es angewandt wird, die gewünschte Wirkung entfaltet. Und es gibt sehr viele Beispiele dafür, dass es sich insbesondere bei einem erheblichen Teil von Politiken, die auf soziale Bewegungen zurückgehen in Wirklichkeit nur um einen Ausdruck „symbolischer Politik“ handelt (Meyer 1992). Der Erforschung dieser zunächst überraschend klingenden Behauptung hat sich seit den sechziger und siebziger Jahren eine eigene Theorierichtung in der Politikwissenschaft gewidmet (vgl. Edelman 1990). Auch in der Umweltpolitik wird immer wieder ein riesiges Implementationsdefizit beklagt (vgl. Mayntz 1983; Wollmann 1991). Dazu kam in den letzten Jahren ein weiterer Aspekt, der dieses Problem vergrößert hat. Ein Großteil der Umweltgesetzgebung hat seinen Ausgangspunkt mittlerweile auf der europäischen Ebene. Die dort verabschiedeten Richtlinien entfalten aber nicht unmittelbar ihre gesetzgeberische Wirkung auf nationaler Ebene, sondern sie müssen zunächst in nationales Recht umgesetzt werden. Abgesehen davon, dass dies erst oft mit vielen Jahren Verspätung passiert, bietet sich die Möglichkeit die europäischen Richtlinien teilweise drastisch zu verwässern. Als gutes Beispiel kann dafür die Umsetzung der Umweltinformationsrichtlinie der EU in Deutschland gelten (vgl. Stollmann 1994). In einem Satz: Der Kampf um politische Veränderung ist mit der Verabschiedung eines Gesetzes, von Richtlinien, etc. nicht beendet. Wenn soziale Bewegung hier nicht achtsam sind, können ihre Erfolge wieder zunichte gemacht werden. Andererseits bietet die Tatsache, dass Politiken umgesetzt werden müssen, auch Chancen. Als Paradebeispiel kann hier der Atom-Energie-Konflikt in Deutschland gelten (vgl. Kitschelt 1986). Der Anti-Atom-Bewegung ist es über Jahrzehnte hinweg nicht gelungen, die Bundesregierung zu einem Abrücken von ihrem Atomprogramm zu bringen. Trotzdem konnte die Umsetzung des Atomprogramms durch massive Proteste erheblich eingeschränkt werden, so dass in Deutschland weit weniger AKWs gebaut wurden, als ursprünglich geplant waren.

Dieses Modell des Politikprozesses impliziert, dass eine substantielle Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse nur eintritt, wenn alle vier Schritte des Politikprozesses erfolgreich durchlaufen werden. Dazu muss *erstens* ein gesellschaftliches Problem erkannt werden, *zweitens* muss eine politische Lösung dafür verfügbar sein, *drittens* muss diese Lösung in Form einer verbindlichen politischen Entscheidung (z.B. eines Gesetzes) beschlossen werden und *viertens* muss dieses Gesetz konsequent angewandt werden und die intendierte Wirkung entfalten. Es ist allerdings ein naheliegender und deshalb weit verbreiteter Irrglaube, dass der Politikprozess immer diesem Muster in seinem zeitlichen Verlauf folgt. Denn die vier Teilprozesse haben jeweils ihre eigenen zentralen Akteure und Gesetzmäßigkeiten und laufen deshalb auch ein Stück weit unabhängig voneinander. „Solutions are developed whether or not they respond to a problem. The political stream may change suddenly whether or not the policy community is ready or the problems facing the country have changed.” (Kingdom 1984: 88). Wenn z.B. wie jüngst geschehen, nach einem Schul-Massaker einige Bundesstaaten in den USA beschließen, wieder Bibelzitate in den Schulen aufzuhängen, um Gewalt vorzubeugen, wird dieses Nebeneinander im politischen Prozess offensichtlich. Niemand wird ernsthaft erwarten, dass Bibelzitate zur Gewaltprävention taugen. Aber für konservative Politiker stellte das Massaker einen guten Anlass dar, ihre schon lange gehegten Pläne umzusetzen. Doch auch Kingdom räumt ein, dass die Teilprozesse auch nicht völlig unabhängig voneinander sind. Beispielsweise sehen die Spezialisten, die für die Erarbeitung von politischen Lösungsvorschlägen zuständig sind, die politischen und finanziellen Bedingungen voraus, denen eine Lösung genügen muss, um Chancen auf Verabschiedung zu haben und suchen daher nach Lösungen, die diesen Bedingungen gerecht werden.

Der Politikprozess ist komplizierter und weniger gradlinig als es zunächst erscheint

Dass der Politikprozess in vier Schritte unterteilt gedacht werden kann, hat natürlich Folgen für die Strategieentwicklung sozialer Bewegungen: *Erstens* muss geklärt werden, welche der Stufen des Politikprozesses beeinflusst werden sollen, und *zweitens* muss geklärt werden, mit welcher Taktik dies geschehen soll. Auf manche der Teilprozesse ist leichter Einfluss zu nehmen als auf andere und nicht jede der vier politischen Ressourcen und damit der Taktiken ist gleichgut geeignet, auf jede der vier Stufen Einfluss zu nehmen. Die Arbeit von Paul Burstein (1993) über die Ausweitung von Bürgerrechten in den Vereinigten Staaten von Amerika schlägt vor, dass diese Fragen – der Beitrag einer sozialen Bewegung zu jedem Aspekt eines politischen Prozesses – einzeln beantwortet werden sollten, da “each stream of the policy process involves a different causal process.” (Burstein 1993: 119) Er argumentiert, dass der von den Bürgerrechtsbewegungen organisierte Protest wichtig für die Festlegung einer Agenda war, während er keinerlei Einfluss auf die Entwicklung verschiedener politischer Entwürfe hatte. Andererseits trug das Lobbying der Bürgerrechtsorganisationen zur Entwicklung eines solchen Entwurfs bei, hatte zunächst aber nicht das Thema Bürgerrechte auf die politische Agenda gebracht. In einem anderen Artikel zeigt Burstein (1991a), wie legale Mobilisierung als Taktik der Bewegung benutzt wurde, um die Einführung föderaler Gesetze für gerechte Beschäftigungspolitik (EEO) durchzusetzen. Die Konzeptualisierung des Politikprozesses in vier Stufen beinhaltet auch, dass die politischen Konsequenzen einer sozialen Bewegung gelegentlich nur manche der verschiedenen Aspekte betreffen.

Die Beeinflussung des Politikprozesses erfordert unterschiedliche Strategien

Konflikt- und Konsensbewegungen und der Politikprozess

Es lässt sich beobachten, dass verschiedene Arten von Bewegungen dazu neigen, nur auf die Beeinflussung einiger Schritte im politischen Prozess fokussiert zu sein. Konfliktbewegungen tendieren oft dazu, bestimmte Taktiken zu benutzen und politische Ressourcen zu mobilisieren, die gut geeignet sind, ihre Forderungen hoch auf der politischen Agenda zu platzieren und manchmal sogar die Entscheidungsträger dazu bringen, etwas zu tun (Schwartz/Paul 1992). Doch zur selben Zeit ist ihr Einfluss auf den konkreten Inhalt dieser Politik sehr schwach. Dagegen neigen Konsensbewegungen, die oft von Verbänden und Think Tanks dominiert werden, dazu, Taktiken zu nutzen und politische Ressourcen zu mobilisieren, die gut geeignet sind, den konkreten Inhalt einer Politik beeinflussen können aber nicht genug Macht haben, um sicher zu stellen, dass ihre Konzepte in der Gesetzgebung bedacht werden (Schwartz/ Paul 1992).

### 3.4 Mechanismen des politischen Einflusses

Während ich in den vorangegangenen Abschnitten einfach davon ausgegangen bin, dass soziale Bewegungen tatsächlich Macht haben, politische Veränderungen zu bewirken, werde ich in diesem Abschnitt zeigen, warum und wie diese Einflussnahme im Detail abläuft. Dazu werde ich sechs unterschiedliche Möglichkeiten - auch kausale Mechanismen genannt - vorstellen, die zeigen wie die Macht sozialer Bewegungen zu politischen Veränderungen führt. Diese kausalen Mechanismen zu analysieren und ihre spezifischen Stärken und Schwächen aufzuzeigen, ist ein komplexes Unterfangen. Bevor ich in den folgenden Abschnitten jeweils einen Mechanismus ausführlich behandelt werde, möchte ich diese zunächst skizzenhaft vorstellen:

Überblick über die Mechanismen des politischen Einflusses

1. *Zugang zum politischen Prozess:* Sozialen Bewegungen kann es passieren, dass die Umsetzung ihrer konkreten politischen Forderungen abgelehnt wird, aber dass ihnen alternativ Zugänge zum politischen Prozess eingeräumt werden, d.h. sie werden zu Insidern des politischen Systems (Rochon/Mazmanian 1993). Dieser Prozess lässt zwei gegensätzliche Lesarten zu: *Einerseits* kann dies als geschickter Versuch der politischen Eliten zur Integration und Neutralisierung des kritischen Potentials einer Bewegung angesehen werden - eine Interpretation, die sich aufdrängt, wenn Mensch sich die Praxis der Verbandsbeteiligung nach §29 Bundesnaturschutzgesetz betrachtet. *Andererseits* kann diese Integration langfristig Einflussmöglichkeiten erschließen, die zukünftige Politikergebnisse nachhaltig beeinflusst - eine Interpretation, die nahe liegt, wenn Mensch die positiven Folgen einer erhöhten Präsenz von Frauen oder Minderheitengruppen in Parlamenten betrachtet.
2. *Mobilisierung öffentlicher Unruhe:* Wenn soziale Bewegungen durch ihre Aktivitäten in der Lage sind, die öffentliche Ordnung und damit das Funktionieren grundlegender gesellschaftlicher Institutionen zu stören, kann dies Politiker/-innen zu politischen Zugeständnissen zwingen (Piven/Cloward 1979). Die Erfolge der Anti-Atom-Bewegung sind eines der anschaulichsten Beispiele für diesen Weg zu politischer Veränderung. Allerdings demonstriert dieses Beispiel auch die Beschränkung dieser Strategie: Die Reaktionen der politischen Eliten auf massive öffentliche Unruhe, zielen in erster Linie auf die Befriedung des Konflikts, was nicht nur durch die Erfüllung der Forderungen der Protestierer/-innen erreicht werden kann. Die Idee, an allen Kraftwerkstandorten dezentrale Zwischenlager einzurichten, um so Castor-Transporte zu ver-



meiden, ist dafür ein Beispiel. Weil die Anti-Atom-Bewegung Schwierigkeiten hat, jenseits von Castor-Transporten Protest zu organisieren, wurde sie durch diese Entscheidung geschwächt, ohne ihrem Ziel - der Stilllegung aller Atomanlagen - näher zu kommen.

3. *Veränderung öffentlicher Meinung:* Aufgrund ihres dominanten Interesses wiedergewählt zu werden, richten alle Politiker/-innen ihre Programme und ihr Handeln auch an der öffentlichen Meinung zu aktuellen Themen aus (Stimson et al. 1995). Damit bietet die Beeinflussung und Mobilisierung öffentlicher Meinung zu bestimmten Themen eine der wirkungsvollsten Möglichkeiten politischen Wandel herbeizuführen. Allerdings schränken insbesondere zwei Merkmale öffentlicher Meinung die Wirksamkeit dieses Weges erheblich ein: *Erstens* muss das Thema für viele Menschen so wichtig sein, dass es ihr Wahlverhalten zumindest potentiell beeinflusst. *Zweitens* sind die Einstellungen von Menschen zu komplexen politischen Themen so unspezifisch und verschieden, dass Politiker/-innen eine große Bandbreite von Möglichkeiten offen steht, auf die Themen zu reagieren. Ein gutes Beispiel von Macht und Beschränkung dieses Mechanismus ist die Umweltbewegung. *Einerseits* hat sie Umweltschutz zu einem zentralen gesellschaftlichen Wert befördert und ihm damit eine hohe Priorität in der Programmatik aller Parteien verschafft. *Andererseits* war sie oft nicht in der Lage – wie im Fall der Abfallpolitik (Stichwort: Duales System Deutschland) – diese generelle Stimmung in die Umsetzung wirklich progressiver Politikkonzepte umzumünzen.
4. *Konstruktion von Problemen und Lösungen:* Welche gesellschaftlichen Umstände als politische Probleme, d.h. als illegitim und zudem veränderbar begriffen werden, ist eine soziale Konstruktion. Welche Lösungen es für diese Probleme gibt, hängt wiederum zu großen Teilen von der Definition des Problems ab (Schetsche 1996). D.h. politische Kampagnen können durch den gezielten Einsatz von Ideen und Informationen und das Entlarven von Mythen zu politischen Veränderungen beitragen. Ein Beispiel dafür ist der Erfolg der Frauenbewegung, das Thema sexuelle Gewalt umzuinterpretieren. Die Gefahr für Frauen und Kinder geht jetzt nicht mehr von unbekanntem „Triebtätern“ aus, sondern die Täter sind meist Bekannte oder enge Familienmitglieder – vor allem Väter und Onkel. Dass Vergewaltigung in der Ehe mittlerweile Straftat ist, wäre ohne dieses Umdenken zumindest unwahrscheinlicher.
5. *Gerichtsentscheidungen:* Das Gerichtssystem in Deutschland funktioniert weitgehend unabhängig vom sonstigen politischen System. Damit birgt es die Möglichkeit, politische Entscheidungen juristisch zu Fall zu bringen – z.B. wenn sie dem Grundgesetz widersprechen – oder die Umsetzung von Politiken vor Verwaltungsgerichten zu behindern oder gerade durchzusetzen. So konnte die Verwirklichung des Atomprogramms in Deutschland durch juristische Aktivitäten so verzögert und verteuert werden, dass die ursprünglichen Planungen nie vollständig umgesetzt wurden und etliche Projekte aufgegeben werden mussten (Kitschelt 1986).
6. *Bumerang-Muster:* In Zeiten von Europäisierung und Globalisierung bildet der nationalstaatliche Rahmen nicht mehr den ultimativen Rahmen für politische Veränderung (vgl. Kolb 2000a). Dies ist im Negativen in der breiten Öffentlichkeit durchaus bekannt, was sich z.B. an dem Diskurs über den „Stand-

ort Deutschland« zeigt. Aber beide Prozesse können auch Chancen für soziale Bewegungen bieten, die im nationalstaatlichen Rahmen ihre Forderungen nicht durchsetzen können. Sie können sich dann an internationale Institutionen – wie die Europäische Kommission oder das Europäische Parlament – wenden und versuchen, diese für ihre Anliegen zu gewinnen. Dieses Prinzip wurde von zwei amerikanischen Politikwissenschaftlerinnen als Bumerang-Muster bezeichnet (Keck/Sikkink 1998).

### 3.4.1 Zugang zum politischen Prozess

Rochon und Mazmanian (1993) waren die ersten, die explizit beschrieben, wie eine soziale Bewegung bei der Durchsetzung ihrer politischen Ziele zwar scheitern kann, ihr aber Zugang zum politischen Prozess eingeräumt wird. Sie argumentieren, dass dies eine häufige Form der politischen Auswirkungen sozialer Bewegungen ist. „But movements that fail to alter particular policies may nonetheless have a significant impact by gaining access to the policy process.“ (Rochon/Mazmanian 1993: 76) Sie schlagen drei Wege vor, durch den der Zugang zum politischen Prozess realisiert werden kann: *Erstens* durch die Konsultation von Bewegungsorganisationen vor dem Fällen von politischen Entscheidungen. *Zweitens* durch die Einführung von institutionellen Routinen, um Unzufriedenheit frühzeitig festzustellen. *Drittens*, durch die Dezentralisierung von politischen Entscheidungen. Ferner legen sie dar, dass dieser neue Zugang langfristig eine positive Wirkung auf den Inhalt politischer Entscheidungen haben kann. Die zentrale Idee dieses Mechanismus ist, dass die Einbindung sozialer Bewegungen in den politischen Prozess unbeabsichtigter Weise zu politischen Veränderungen in der Zukunft führen kann. Aber ich stimme Rochon und Mazmanian zu, wenn sie einräumen, dass es nicht angebracht ist, diese Form der Einflussnahme auf den politischen Prozess zu idealisieren. Denn häufig ist das Hauptmotiv der Insider des politischen Systems, mit so wenig wirklichen Änderungen wie möglich, dem Protest die Spitze zu nehmen. Wichtig ist auch, sich bewusst zu machen, dass die Wahrscheinlichkeit für politische Veränderung von der konkreten institutionellen Einbindung der Bewegungsorganisationen in den politischen Prozess abhängt. Das Wissen über diese Prozesse ist noch zu begrenzt, um ein systematisches Modell für diese komplexen Zusammenhänge zu liefern. Aus diesem Grund möchte ich nur zwei empirische Beispiele anführen, um diesen Mechanismus zu stützen und zu illustrieren.

Die Umweltbewegung erlangt Zugang zum politischen Prozess

Rochon und Mazmanian (1993: 83ff.) beschreiben, wie die Mobilisierung der amerikanischen Umweltbewegung im Zusammenhang mit der Behandlung von Giftmüll dazu geführt hat, dass sich die Giftmüllpolitik aus geschlossenen Zirkeln von Regierungsstellen und Privatindustrie, hin zu einer Politik des öffentlichen Aufschreis und Protestes entwickelt hat. Die meisten Aktivist/-innen waren der Meinung, dass die Änderungen im Umweltverhalten, die durch neue Gesetze gefordert wurden, zu gering waren und zu spät kamen und darüber hinaus häufig nicht beachtet wurden. „Es wuchs die Überzeugung, dass Bewegungsaktivist/-innen eine aktive Rolle bei der Umsetzung dieser Gesetze spielen mussten und dies nicht Staatsdienern und Wirtschaftsbossen allein überlassen werden durfte.“ (op. cit.: 84, *Übersetzung RG*) Durch die Proteste der Umweltbewegung hat der politische Prozess seinen Charakter verändert. Das Leitbild ist nicht mehr eine Form repräsentativer Demokratie, in der organisierte Interessensgruppen die Politik in den entfernten Hauptstädten bestimmen, sondern eine Form dezentralerer

Demokratie, die die aktive Beteiligung von Bürger/-innen, die durch Bewegungen mobilisiert wurde, einschließt. Rochon und Mazanian kommen zu dem Schluss, dass das Ergebnis nicht nur in der Einbindung von Bewegungsorganisationen in den Regierungsprozess liegt, sondern ein Maß an Einfluss auf die Politik erreicht werden konnte, der die Möglichkeiten des ‚alles oder nichts‘ – Spieles beim Verhindern irgendeines einzelnen Projektes weit übertrifft.

Wahrscheinlich ist die wirkungsvollste Strategie, um einen größeren Einfluss auf den politischen Prozess zu gewinnen, die Anzahl der Anhänger/-innen oder Sympathisant/-innen einer sozialen Bewegung in den Parlamenten zu vergrößern. Die Frauenbewegung bietet hierfür ein besonders bedeutsames Beispiel. Eines ihrer Hauptziele war, die Vertretung von Frauen in Parlamenten und Regierungen zu erhöhen (vgl. Gelb/Hart 1999: 160f.). Mushaben (1998) legt dar, dass lange bevor Gruppen eine Anzahl von Sitzen bekommen, die ihrem Anteil in der Bevölkerung entspricht, „women can begin to exercise a qualitative, *self-sustaining* influence on the character and structure of decision-making.“ (Mushaben 1998: 57, Hervorhebungen im Original). Sie schlägt zudem eine Reihe von Faktoren vor, um diesen Einfluss zu erklären. *Erstens* ist bei Entscheider/-innen mit steigender Repräsentation ein Wechsel von negativen Reaktionen (oder zumindest neutralen) auf die Anwesenheit von Frauen in Entscheidungsgremien zu verzeichnen, hin zu Gesten, die den Input begrüßen. *Zweitens* verbessert sich „*performance and efficiency*“ der weiblichen Politikerinnen – u.a. durch die Bildung von Netzwerken, die den Lernprozess von Neueinsteigerinnen verkürzen. *Drittens* vollzieht sich eine allmähliche Veränderungen in der Kultur der politischen Institutionen, die zu einer Akzeptanz von Frauenbelangen als ein selbstverständlicher Teil der politischen Agenda führt. *Viertens* vollzieht sich eine allmähliche Transformation der wichtigsten politischen Diskurse. *Fünftens* findet eine wirkliche Verschiebung in den Politikgehalten und eine Annäherung der Entscheidungsfindung statt.

Der Zugang zum politischen Prozess kann also Bewegungsorganisationen die Möglichkeit verschaffen, einen realen Einfluss auf politische Entscheidungen auszuüben. Andererseits ist Einbindung in den politischen Prozess keine Garantie dafür, auch wirklich Einfluss zu haben, denn dieser hängt letztlich immer noch von der Macht einer sozialen Bewegung ab. Viele Umweltverbände stecken erhebliche Teile ihrer Energie in die Erarbeitung von Stellungnahmen nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes. So werden immer wieder Planungen in Detailfragen ökologisch vorteilhaft verändert, ohne dass aber Projekte die per se abzulehnen sind, gestoppt werden. Die notwendige Energie, diese auf anderem Wege zu stoppen, ist oft nicht mehr vorhanden. Die Einbindung in den politischen Prozess ist immer dann besonders erfolgversprechend, wenn die Bewegung gleichzeitig nicht die Fähigkeit zur Protestmobilisierung und massiven Beeinflussung öffentlicher Meinung verloren hat und damit noch über ein reales Sanktionspotential und somit politische Macht verfügt.

Zugang zum politischen Prozess bedeutet nicht unbedingt Einfluss auf wichtige Entscheidungen zu haben

### 3.4.2 Mobilisierung öffentlicher Unruhe

Wie ich im *Abschnitt 3.2* argumentiert habe, ist die Fähigkeit von sozialen Bewegungen Protest zu mobilisieren, ihre wichtigste politisch-strategische Ressource. Das liegt mit daran, dass je nach Form des Protests, dieser zwei verschiedene Wirkungen haben kann. *Erstens* kann die Mobilisierung von Protest als eine besonders effektive Taktik zur Beeinflussung öffentlicher Meinung angesehen wer-

den. Die Bedeutung von Protest in dieser Hinsicht werde ich im *Abschnitt 3.4.3* diskutieren. Aber Protest hat noch eine zweite Dimension, wenn - und nur dann - er entweder illegal ist und/oder sehr viele Menschen umfasst. Dann nämlich bedroht und unterminiert Protest durch sein disruptives Potential die öffentliche Ordnung. Die Wirkung von Protest in dieser Hinsicht gründet sich auf die Verantwortlichkeit des Staates für die Aufrechterhaltung von öffentlicher Ordnung und der Einhaltung von Gesetzen (McCarthy/McPhail 1998). Öffentliche Unruhe weist auf der einen Seite auf ein ungewöhnliches Maß an Unzufriedenheit hin, Auf der anderen Seite weist es darauf, dass die Menschen das Monopol des Staates auf den Gebrauch von Gewalt herausfordern. Demokratische Regierungen können solch eine Herausforderung nicht über einen längeren Zeitraum hinweg ignorieren. Aus diesem Grund reagieren sie normalerweise mit harter Repression auf jede Form von öffentlichem Aufruhr (della Porta/Reiter 1998). Aber wenn die Repression nicht wirkt oder nicht möglich ist, weil das Anliegen der Protestierer öffentliche Unterstützung genießt, ist es möglich, dass Regierungen gezwungen sind, die Forderungen der Protestierenden aufzunehmen und Zugeständnisse zu machen, um die öffentliche Ordnung wieder herzustellen. Piven und Cloward (1979) sind die bekanntesten Autoren, die diesen Mechanismus ins Zentrum der Erforschung der politischen Auswirkungen von sozialen Bewegungen gestellt haben. Aus diesem Grunde lohnt es sich, ihre Argumentation detailliert nachzuvollziehen. In ihrer Analyse gesellschaftlicher Macht kommen sie zu dem Schluss, dass aufgrund der Position der armen Bevölkerung in der Gesellschaftsstruktur ihre einzige verfügbare Ressource der Protest ist. Die folgenden Absätze fassen ihre Argumentation zusammen.

Proteste als die Ressource „der Machtlosen“

Massenproteste entstehen nur, wenn die sozialen Arrangements, die gemeinhin als gerecht und unabänderlich gelten, als ungerecht und veränderbar angesehen werden. Ein solcher Wandel in der Wahrnehmung findet normalerweise nur in Zeiten tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen oder während sozioökonomischer Krisen statt. Piven und Cloward folgern daraus, dass arme Bevölkerungsteile nur unter außergewöhnlichen Umständen die Möglichkeit haben, wirkungsvoll zu protestieren; allerdings sind diese Umstände selten. Nach Piven und Cloward ist es die alltägliche Erfahrung von Menschen, die ihrem Unmut eine Form, ihren Bedürfnissen einen Maßstab und ihrer Wut ein Ziel gibt. Dies bedeutet, dass die möglichen Protestformen durch die institutionelle Verortung der Menschen vorstrukturiert werden:

„Thus workers protest by striking. They are able to do so because they are drawn together in the factory setting, and their protest consists mainly in defying the rules and authorities associated with the workplace. The unemployed do not and cannot strike, even when they perceive that those who own the factories and businesses are to blame for their troubles. Instead, they riot in the streets where they are forced to linger, or storm the relief centers, and it is difficult to imagine them doing otherwise.“ (Piven/Cloward 1979: 21f.)

Wenn man diese Beschränkungen für den Gebrauch von Massenprotesten berücksichtigt, ist es nicht schwer, zu dem Schluss zu kommen, dass er generell wenig politische Wirkung hat, wenn er weder frei zu haben ist, noch seine Formen frei bestimmbar sind (Piven/Cloward 1979: 23). In erster Linie stammt die Macht von Massenprotesten von ihrer Fähigkeit, das normale Funktionieren gesellschaftlicher Institutionen zu stören; dabei wird die Unruhe schlicht als die Zurückweisung eines elementaren Beitrages angesehen, auf den andere angewiesen sind. Somit hängt der Einfluss der Unruhe davon ab, ob die verweigerte Zustimmung

von den anderen als elementar angesehen wird oder nicht, ob diejenigen, die von der Unruhe betroffen sind, die Möglichkeit haben, Zugeständnisse zu machen und ob die Störenfriede sich vor Repression schützen können. Aber was letztendlich zählt, ist die politische Wirkung dieser öffentlichen Unruhe. In normalen Zeiten können Machthaber die Unruhe ignorieren oder unterdrücken. Aber wie die Autoren darlegen, entstehen Massenproteste nur dann, wenn weitreichende Änderungen die politische Stabilität untergraben und diese Änderungen die Machthaber für Proteste anfällig machen, da die Beziehung zwischen den politischen Führern und ihrer Wählerschaft unsicher wird. Wenn eine politische Führung sich ihrer Unterstützung nicht mehr sicher ist, können selbst Störungen in peripheren Institutionen nicht mehr ohne weiteres ignoriert werden, denn der bloße Anschein von Aufregung und Unruhe ist bedrohlicher, wenn die politische Lage instabil ist (Piven/Cloward 1979: 28). Beim Abflauen der Proteste tendieren die Mächtigen dazu, alle Zugeständnisse zurückzunehmen, die ihnen nicht nützlich für ihre eigenen Interessen erscheinen. Daraus folgern Piven und Cloward: „*protesters win, if they win at all, what historical circumstances has already made ready to be conceded.*“ (1979: 36, Hervorhebungen im Original)

Das Machtpotential von durch Proteste hervorgerufene Unruhe wird auch von anderen Autoren in der Politikwissenschaft anerkannt. Zum Beispiel argumentiert Keeler (1993) in seinen Untersuchungen über politische Innovationen, dass ein außergewöhnliches Maß an sozialer Unruhe zu einer Krise führen kann, die ihrerseits auf verschiedenen Wegen zu einem politischen Wandel führt. Er legt dar, dass Krisen, die nicht nur durch ernste sozioökonomische Probleme gekennzeichnet sind, sondern auch durch ein hohes Maß an gesellschaftlicher Mobilisierung (z.B. Streiks, Demonstrationen, und/oder gelegentliche Gewalttaten), verbunden mit Forderungen nach Reformen, ein allgemeines Angstgefühl auslösen können, dass sich auf die Annahme stützt, dass Inaktivität Menschenleben und Eigentum gefährden oder sogar zu einer Revolution oder einem Staatsstreich führen kann (Keeler 1993: 441). Ein sehr gutes empirisches Beispiel zur Illustration dieses Mechanismus ist die politische Wirkung der Protestwelle, die im Mai 1968 Frankreich erschütterte (Tarrow 1998a). Obwohl es umstritten ist, wann der Protestzyklus wirklich begonnen hat, ist es sicherlich richtig, dass das Aufkommen der Proteste, die mit den Themen vom Mai verbunden waren, im Herbst 1967 begonnen haben und ihren Höhepunkt im Frühjahr 1968 erreichten, bevor sie plötzlich verebbten. Die unmittelbare Folge vom Mai 1968 war eine desorganisierte und beinahe zusammengebrochene Bewegung und eine gesplante und entmutigte Opposition. Aber eine mehr indirekte Wirkung war, dass schon im Herbst 1968 die gaullistische Regierung ein Gesetz zur Bildungsreform erließ. Wie können wir es erklären, dass die Bewegungen einen Einfluss auf solch eine politische Innovation haben konnte? Zwei Faktoren waren hauptsächlich verantwortlich für dieses „überraschende“ Ergebnis. *Erstens* gab es bereits eine länger anhaltende Experten-debatte über eine Reform der höheren Bildung, die den Protesten vom Mai 1968 um mehrere Jahre vorangegangen ist und mehrere Reformvorschläge hervorgebracht hatte. *Zweitens* befürchteten die Gaullisten, die die Wahlen im Juni 1968 gewonnen hatten, dass die Proteste nach den Sommerferien weitergehen könnten. Aus diesem Grunde und legitimiert durch das starke Wählermandat, entschieden sie sich, die höhere Bildung zu reformieren, um dem Protest die Spitze zu nehmen.

Wenn Proteste zu politischen Krisen führen, werden sie Katalysatoren politischen Wandels

Die Grenzen von Protest als politisch-strategische Ressource

Was die Macht von Proteste als politisch-strategische Ressource angeht, folgert Tarrow:

1. Obwohl Massenproteste helfen können, einen Reformprozess in Gang zu bringen, reichen sie nicht aus, um wesentliche Reformen durchzusetzen. Sie benötigen ebenso das Vorhandensein wie das Engagement von Reformier/-innen in den politischen Institutionen, die den Wunsch nach Veränderung in konkrete Vorschläge ummünzen und diese durch den politischen Prozess bringen.
2. Die zeitlich begrenzten politischen Koalitionen, die während einer Protestwelle entstehen, sind häufig zu kurzlebig, zu gespalten und zu vielstimmig, um die Reformier/-innen nachhaltig zu unterstützen, nachdem die Protestwelle abgeebbt ist.

### 3.4.3 Veränderung öffentlicher Meinung

Die zentrale Idee dieses Mechanismus, dass soziale Bewegungen durch die Beeinflussung öffentlicher Meinung Macht ausüben können, baut auf der Theorie demokratischer Repräsentation auf (Stimson/Mackuen/Erikson 1995). Die Theorie demokratischer Repräsentation geht davon aus, dass eine Änderung öffentlicher Präferenzen entsprechende Änderungen in der Politik nach sich ziehen wird. Jeder Politiker, der eine politischen Entscheidung zu treffen hat, muss zwei – sich eventuell widersprechende – Faktoren berücksichtigen: seine eigenen politischen Präferenzen und die Auswirkung der Entscheidung für sein nächstes Wahlergebnis. Letztere Abwägung folgt aus dem Wunsch die eigene Wahlkarriere vor einem ungewollten Ende zu bewahren. Daraus ergibt sich, dass politischer Wandel auf folgenden zwei Wegen passieren kann. *Erstens* können ein Politiker oder eine Regierung den richtigen Punkt verpassen, die Chancen zur Wiederwahl zu optimieren. Folglich werden er oder sie bei der nächsten Wahl durch eine andere Regierung ersetzt, die eine andere Politik verfolgt. *Zweitens* rechnen Politiker mit zukünftigen Wirkungen (insbesondere auf Wahlen) von aktuellen Präferenzen der Öffentlichkeit und handeln entsprechend. Diese Form von rationaler Vorwegnahme basiert auf der Annahme, dass Politiker ihre Entscheidungen rational treffen, d.h. sie treffen Entscheidungen in der Gegenwart, aber der Nutzen, den sie maximieren, liegt in der Zukunft. Für die Vorwegnahme der ungewissen Zukunft nutzen sie Informationen über die Präferenzen der Öffentlichkeit - die häufig öffentliche Meinung genannt werden (vgl. Fuchs/Pfetsch 1996). Die Wahrnehmung der öffentlichen Meinung wird durch die Kommunikation zwischen Politiker/-innen, Journalist/-innen, Kommentator/-innen und Wissenschaftler/-innen geformt. Das Endergebnis ist ein Konsens über die öffentliche Meinung, der Klarheit in ihren ursprünglich ambivalenten Charakter bringt (Stimson et al.: 545). Theorien über demokratische Repräsentation wurden im Kontext des amerikanischen Zweiparteiensystems entwickelt. Aus diesem Grund wird das Theorem des „Durchschnittswählers“ herangezogen, um die Position zu bestimmen, die die Regierung einnehmen sollte (Knopf 1998: 54). Aber wie Knopf (1998), Fuchs und Pfetsch (1996) überzeugend argumentieren, lässt sich dieser Mechanismus in allen repräsentativen Demokratien beobachten.

Die Theorie der demokratischen Repräsentation impliziert auch, dass der Einfluss sozialer Bewegungen auf den Politikprozess begrenzt ist, wenn ihre Ziele den Präferenzen der Öffentlichkeit widersprechen. In dieselbe Richtung argumentiert Paul Burstein (1999) in einem Artikel über die politischen Auswirkungen sozialer Bewegungen: „Je größer und beharrlicher die Mehrheit ist, die eine bestimmte Politik favorisiert, und je wichtiger das Thema der Mehrheit ist – in der Wahrnehmung der Gesetzgeber – um so geringer ist der direkte Einfluss von Interessengruppen auf den Gesetzgebungsprozess“ (9, *Übersetzung RG*). Aber natürlich ist diese Bedeutung der öffentlichen Meinung nicht nur eine Beschränkung für den Einfluss sozialer Bewegungen, sondern auch eine Chance. Ausgehend von der von Burstein (1999) entwickelten Hypothese und die Arbeiten von Rochon (1998) und Kollman (1998) einbeziehend, schlage ich drei verschiedene Strategien vor, die soziale Bewegungen anwenden können, um die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Der potentielle Einfluss sozialer Bewegungen hängt von der öffentlichen Meinung ab

1. *Signaling*: Wie schon erwähnt, zählt nicht die reale öffentliche Meinung, sondern was Entscheidungsträger/-innen als solche wahrnehmen. Sie sind also angewiesen auf Informationen über Massenpräferenzen oder genauer gesagt auf Informationen über Wählerpräferenzen. Politiker/-innen können diese Informationen aus Meinungsumfragen ziehen, aus der Berichterstattung der Massenmedien oder aus direktem Kontakt mit Bürger/-innen oder Vertreter/-innen von Interessensgruppen (Fuchs/Pfetsch 1996). Folglich können soziale Bewegungen versuchen den politischen Prozess zu beeinflussen, indem sie Politiker/-innen mit Informationen über die öffentliche Meinung versorgen – eine Strategie, der Kollman (1998) den Namen „*Signaling*“ gegeben hat. Burstein legt dar, dass „je mehr neue Informationen über die Präferenzen der Mehrheit den Gesetzgebern durch Interessenorganisationen zugeleitet werden, umso größer ist deren Einfluss auf den Gesetzgebungsakt; Informationen von Organisationen mit dem Ruf großer Glaubwürdigkeit haben einen besonderen Einfluss.“ (Burstein 1999: 12, *Übersetzung RG*) Er führt weiterhin schlüssig aus, dass viele politische Aktivitäten mit dem Zweck, die gewählten Vertreter/-innen zu beeinflussen (z.B. Demonstrationen, Lobbyarbeit, Briefaktionen) in dem Maße erfolgreich sind, wie sie diese mit Informationen darüber versorgen, was die Bürger/-innen von ihnen wollen. Allerdings ist die Lage anders, wenn soziale Bewegungen mit einer breiten Mitgliederbasis die Wahlentscheidungen der Mitglieder direkt beeinflussen können. Dann nimmt die Unterrichtung eines Kandidaten über Wahlpräferenzen mehr den Charakter der Aussage an: „Unsere Mitglieder werden bei der nächsten Wahl für Dich stimmen, wenn Du unsere Ziele unterstützt.“ Zu dieser Variante des „*Signaling*“ sind in der Bundesrepublik am ehesten die Gewerkschaften in der Lage.

Drei Strategien um öffentliche Meinung als politisch-strategische Ressource nutzen zu können

2. *Conflict expansion*: Weder Individuen noch Entscheidungsträger/-innen haben die Kapazität, sich gleichzeitig um viele Themen zu kümmern. Dies bedeutet, dass die Öffentlichkeit die Politik in den Bereichen wesentlich beeinflusst, die ihr auf den Nägeln brennen. Wenn sie die Aufmerksamkeit auf etwas anderes richtet, haben diejenigen, die mit dem Thema befasst bleiben (wie wichtige Interessensgruppen und Netzwerke), die Gelegenheit, wieder ihren alten Einfluss herzustellen (Burstein 1999: 6f.). Für soziale Bewegungen ist diese Situation nicht von Vorteil, da diese Prozesse für sie als Outsider des politischen Systems meist nicht zugänglich sind oder zumindest eine geringere Wirkung haben, als für mächtige Interessensverbände. Wenn eine soziale Bewegung annimmt, dass ihre Präferenz hinsichtlich eines politischen Themas mit der Präferenz der Öffentlichkeit übereinstimmt, kann sie versuchen, die Bedeutung des Themas besonders hervorzuheben.

Dies funktioniert natürlich nur, wenn eine Diskrepanz zwischen den Präferenzen der Öffentlichkeit und denen der Politik besteht. Soziale Bewegungen können zwischen verschiedenen Strategien wählen, um ein politisches Thema besonders öffentlich zu politisieren. Eine Strategie ist die Mobilisierung der Desinteressierten und somit eine Erweiterung des Konfliktes (Kollman 1998). „*Conflict expansion*“ bedeutet die Einbeziehung von Wählergruppen, die vorher nicht beteiligt waren. „*Conflict expansion*“ kann auch bedeuten, dass eine soziale Bewegung eine der Strategien anwendet, die Keck und Sikkink beschrieben haben (1998: 18ff.): *Erstens* können sie auf die Informationspolitik setzen. Dies bedeutet, dass eine soziale Bewegung Informationen unter Journalist/-innen und oder Politiker/-innen verbreitet und somit versucht, Probleme auf die Tagesordnung der Öffentlichkeit und Politik zu setzen. *Zweitens* können sie darauf setzen Politiker/-innen verantwortlich zu machen, d.h. dass sie öffentlich machen, dass deren Verhalten nicht den eigenen Normen und Prinzipien entspricht, um dadurch Empörung hervorzurufen.

3. *Value creation*: Wie ich oben dargelegt habe, erfordert jede Strategie der Heraushebung eines Themas, dass eine Meinungsverschiedenheit zwischen politischen Eliten und Bevölkerung in Bezug auf ein bestimmtes politisches Thema existiert. Manchmal aber finden sich soziale Bewegungen in einer Situation wieder, in der ihre eigenen Präferenzen nicht mit der der Öffentlichkeit übereinstimmen. In solch einer Situation hat eine soziale Bewegung nur die Möglichkeit der Beeinflussung der öffentlichen Präferenzen. Burstein zeigt zwei Wege, wie sie dies tun können: „Entweder durch eine Veränderung der Verteilung der Präferenzen hinsichtlich des gegenwärtigen Framings des Themas oder durch ein „Re-Framing“ des Themas – Verändern der Inhalte der Präferenzen.“ (Burstein 1999: 14, *Übersetzung RG*) In anderen Worten: es muss eine Veränderung in der Kultur stattfinden. Rochon (1998: Kap.3), der auf den Arbeiten von Snow und Benford aufbaut (1988, 1992), schlägt drei verschiedene Weisen vor, auf die eine solche Umgestaltung erfolgen kann. Umwandlung von Werten (*value conversion*) ist das Ersetzen existierender kultureller Werte durch neue Ideen zum selben Thema: darüber, was was wichtig, gerecht oder legitim ist. Wert-Schöpfung (*value creation*) ist die Entwicklung neuer Ideen, Konzepte, oder analytischer Kategorien auf Situationen, die bislang nicht Gegenstand expliziter kultureller Werte waren. Wert-Verbindung (*value connection*) ist schließlich die Entwicklung einer konzeptionellen Verbindung zwischen Phänomenen, von denen bislang gedacht wurde, dass nicht miteinander zusammenhängen oder in anderer Weise miteinander verbunden sind (Rochon 1998: 54).

Die Grenzen der Einflussnahme durch die Veränderung politischer Meinung

Aber es ist auch wichtig sich zu vergegenwärtigen, dass der Mechanismus *Veränderung öffentlicher Meinung* auch Begrenzungen unterliegt: zuerst und vor allem muss das fokussierte Thema von einer großen Zahl von Wähler/-innen als sehr wichtig angesehen werden (Burstein 1999: 6; Knopf 1998: 57f.). *Zweitens* haben die meisten Präferenzen der Öffentlichkeit zu einem bestimmten Thema nur einen sehr kleinen gemeinsamen Nenner - z.B. unterstützt die öffentliche Meinung die Forderung nach mehr Umweltschutz, ist sich aber in Bezug auf die notwendigen Maßnahmen uneinig, bzw. hat darüber überhaupt keine klaren Vorstellungen. Dies bedeutet, dass der Mechanismus *Veränderung öffentlicher Meinung* Politiker/-innen dazu bringen kann, ein Thema auf die Tagesordnung zu setzen und Gesetze zu erlassen, während sie relativ frei in der Wahl zwischen verschiedenen politischen Alternativen sind. In seiner Studie argumentiert Knopf (1998) in ähnlicher Weise, „that the electorate could exert pressure on arms control policy, but



only when the issue can be reduced to one dimension.” (op. cit.: 57) *Drittens* können Regierungen auf Versuche sozialer Bewegungen, durch öffentliche Unruhe ein Thema hervorzuheben, reagieren, indem sie einerseits die Bewegung unterdrücken und andererseits einige ideologische Bausteine in ihr Programm übernehmen. Nach Koopmans und Statham (1998: 236), die diese Strategie ‘Vorwegnahme’ nannten, passierte dies mit Bewegungen der politischen Rechten in Deutschland in den neunziger Jahren. *Viertens* nimmt die Theorie der demokratischen Repräsentation an, dass Politiker/-innen die Präferenzen der Öffentlichkeit voraussehen wollen, da sie ansonsten Wahlniederlagen fürchten. Aber falls es einen Konsens der Eliten über Parteigrenzen hinweg über ein politisches Thema gibt, ist der *Mechanismus der Präferenz der Öffentlichkeit* außer Kraft gesetzt. Dies kann unterschiedliche Folgen haben. Im Falle des Streits um den Einsatz von Atomenergie hat der Parteienkonsens zum Entstehen der Grünen Partei geführt (Kitschelt 1986). Im Falle der europäischen Währungsunion änderte sich die öffentliche Meinung, nachdem die Eliten übereingekommen waren.

### 3.4.4 Konstruktion von Problemen und Lösungen

Mit den Begriffen Interessen, Institutionen und Ideen werden die drei grundlegenden theoretischen Konzepte der vergleichenden Politikwissenschaft bezeichnet (Lichbach/Zuckerman 1997). Insbesondere die Rolle von Ideen in der Politik hat während des letzten Jahrzehnts zunehmend Aufmerksamkeit erlangt. Theorien, die Ideen eine bedeutende Rolle beimessen, unterscheiden sich in vielen, manchmal sogar fundamentalen Aspekten. Die vermutlich grundlegendste Auseinandersetzung betrifft die Frage, was eigentlich als eine Idee angesehen werden sollte - eine fast philosophische Kontroverse, auf die ich hier nicht eingehen kann. Eine andere Streitfrage – weitaus wichtiger für diese Diskussion – betrifft die Frage der Kausalität. Es geht um die Frage, ob Ideen das Handeln von Entscheidungsträger/-innen determinieren (z.B. Haas 1992) oder ob Entscheidungsträger/-innen Ideen einsetzen, um ihre aus Interessen folgenden Handlungen zu rechtfertigen (z.B. Garrett/Weingast 1993). Ich denke, dass beide Betrachtungen der Rolle von Ideen zutreffen können. Es hängt einfach von der Frage ab, über die entschieden werden soll, welche kausale Betrachtungsweise angemessen ist.

Ich versuche zu erklären, wie soziale Bewegungen einen Wechsel der Politik verursachen oder wenigstens dazu beitragen können. Daher bin ich in der Hauptsache an der Frage interessiert, wie soziale Bewegungen Ideen nutzen können um einen Politikwechsel zu verursachen. Um diese Fragen zu beantworten, will ich die Theorie der „punctuated equilibria in politics“ verwenden, die von Baumgartner und Jones (1993) in ihrem einflussreichen Buch „*Agendas and Instability American Politics*“ dargestellt wird. Ich werde ihr theoretisches Konzept zusammenfassen. Danach, auf dieser Theorie aufbauend, werde ich zwei verschiedene Wege vorschlagen, auf denen soziale Bewegungen die Mobilisierung von Ideen nutzen können, um politischen Wandel auszulösen.

Baumgartner und Jones (1993) entwickelten ein Model des politischen Wandels, das in der Lage ist, lange Perioden relativer Stabilität und kurze Perioden schneller Veränderungen zu erklären. Sie argumentieren, dass die Zeiten der Gleichgewichte durch die Macht politischer Monopole verursacht wurden, die den politischen Prozess in einem gegebenen Themenbereich dominieren. Allgemein gesprochen: politische Monopole sind strukturelle Arrangements, die von mächtigen

Politikmonopole als Ursache für Phasen langer politischer Stabilität und schnellen Wandels

Ideen gestützt werden. Sie haben zwei zentrale Charakteristika: *Erstens* eine definierbare institutionelle Struktur, die verantwortlich für politische Richtlinien ist. *Zweitens* eine machtvolle unterstützende Idee, die mit der Institution assoziiert ist (op.cit:7). Wie die verschiedensten Beispiele belegen, demonstrieren sie, dass politische Monopole oft in Zeiten geschaffen werden, in denen die Massenmedien sich begeistert einer neuen Industrie oder Technologie zuwenden (siehe Kapitel 4 und 5). In diesen Zeiten haben Politiker einen Anreiz, sich dem Programm zu widmen und es zu fördern, da die Aufmerksamkeit der Medien hoch ist, da die Stimmung des aufnehmenden Publikums positiv ist. Unter diesen Umständen haben Experten einen großen Vorteil. Sie argumentieren, dass die notwendigen technisch komplexen Entscheidungen ihnen überlassen werden sollten, und dass die politischen Führer des Landes am weisesten handeln, wenn sie relativ unabhängige, wenn nicht sogar selbstregulierte, Institutionen schaffen, die ein nennenswertes Budget kontrollieren (op.cit:67). So ist die Richtlinienkompetenz einer kleinen Gemeinschaft von Experten überlassen, die aus Interessensgruppen kommen und sich innerhalb von Institutionen befinden, die versuchen, sich aus der öffentlichen Kontrolle herauszunehmen, was zu einer verminderten Medienaufmerksamkeit führt. Was folgt, ist eine Periode, in der Politik durch unwesentliche Veränderungen gekennzeichnet ist. Inkrementalismus kann das Ergebnis eines bewussten Stils der Entscheidungsfindung sein, bei dem die Entscheidungsträger begrenzte und rücknehmbare Veränderungen vornehmen, weil ihre Möglichkeiten, die Auswirkungen ihrer Entscheidungen abzusehen, begrenzt sind. Inkrementelle Veränderungen in politischen Systemen können auch das Ergebnis von Gegenmobilisierungen sein. Wenn eine Gruppe politische Vorteile gewinnt, mobilisieren andere, um sich zu schützen. In solchen Situationen sind Mobilisierungen Gegenstand eines negativen Feed-Back-Prozesses, bei dem Veränderungen gegenüber dem Status Quo nicht groß sind.

Die Produktion von Verlierern schafft die Voraussetzung für Veränderung

Jedoch produziert dieses Arrangement ständig Verlierer, die irgendwann versuchen zu mobilisieren. Oftmals wählen Gruppen, die aus dem politischen Netzwerk ausgeschlossen sind, die Strategie der Konfliktausweitung, indem sie die Problemdeutung verändern. Manche Problemdeutungen mögen in einer politischen Arena gut aufgenommen werden, werden aber als unpassend angesehen, wenn sie in einer anderen politischen Arena auftreten (op.cit:32). Dies impliziert auch die Möglichkeit, dass, wenn eine Problemdeutung verändert wird, andere institutionelle Bereiche beginnen Verantwortlichkeit für dieses Thema der Politik zu reklamieren. Im Begriffssystem von Baumgartner und Jones wird eine interaktive Dynamik zwischen der sich verändernden Problemdeutung und verschiedenen Politikbereichen in Gang gesetzt. Dieser Prozess wird zu einem schnellen politischen Wechsel führen. Eine notwendige Bedingung für diesen Prozess ist, dass sich die Bewertung und der Umfang der Medienberichterstattung über dieses politische Thema verändern. Gruppen, die versuchen, das öffentliche Bild einer Politik zu ändern, benutzen meist eine Form sich nicht widersprechender Argumentation, die nicht das Zutreffen der Argumente des Opponenten herausfordert, sondern die versucht die Aufmerksamkeit auf einen anderen Aspekt zu richten. So argumentieren Gegner des Rauchens nicht, dass die Tabakindustrie dabei versagt Arbeitsplätze zu schaffen oder Profite für amerikanische Unternehmen zu erzeugen. Anstatt diese Fakten zu widerlegen, versuchen die Gegner die Aufmerksamkeit auf andere Fakten, wie Gesundheitsrisiken, erhöhte Krankenkassenbeiträge und andere Kosten, die mit der Branche verbunden sind, zu lenken (op.cit:108). So erhält die Berichterstattung in den Medien einen eher zunehmend negativen Unterton. Aber beim Wechsel des Tons wächst die Aufmerksamkeit und eine po-

sitive Rückkopplung wird in Gang gesetzt, mehr und mehr Aufmerksamkeit mit einem negativen Unterton wird auf die Politik gerichtet, und dadurch wiederum werden Politiker und Institutionen, die bisher nicht an der Ausarbeitung von Politikrichtlinien zu diesem Thema beteiligt waren, Verantwortlichkeit für diese Politik beanspruchen. Dies führt eventuell zur Zerstörung des früheren Politikmonopols.

Wie wir gesehen haben, ist die Schaffung und die Zerstörung eines Monopols in der Politik begleitet von zwei unterschiedlichen Prozessen des Zugangs zum Geschehen. Gemeinsam erzeugen beide Prozesse lange Perioden relativer Stabilität, die unterbrochen werden von kurzen Ausbrüchen dramatischen Wandels, was Baumgartner und Jones „punctuated equilibria in politics“ nannten. Auf ihrem theoretischen Rahmen aufbauend argumentierte ich, dass gesellschaftliche Bewegungen auf zweierlei Art und Weise zum politischen Wechsel beitragen können. *Erstens* durch die Konstruktion eines neuen öffentlichen Problems, was bestenfalls zu einem neuen Politikmonopol führen kann – dominiert durch eine soziale Bewegung und ihre Verbündeten. *Zweitens* durch die Schaffung einer Verlagerung in der Definition eines Problems und eines darauf folgenden Wechsels im politischen Bild, was bestenfalls zur Zerstörung eines Politikmonopols führen kann.

#### Die Lösung politischer Probleme durch die Schaffung von Politikmonopolen

„Social conditions do not automatically generate policy actions.“ (op.cit: 27). Gesellschaftliche Bedingungen werden nur dann ein öffentliches Politikproblem, wenn sie gesellschaftliche Normen oder Werte beschädigen. Jedoch müssen drei zusätzliche damit verwandte Bedingungen erfüllt sein (op.cit: 27f): *Erstens*, die Ursache des Problems muss im Menschen begründet sein, anstatt in Naturgesetzen. *Zweitens*, die Öffentlichkeit muss mehr die allgemeine, als die private Perspektive des Problems annehmen. Dies bedeutet, dass soziale Probleme nicht als privates Unglück der Betroffenen angesehen werden. Sie müssen als Versagen der Sozialpolitik betrachtet werden, damit die Aufmerksamkeit der Regierung gefordert werden kann. *Drittens*, es muss ein Bild oder ein Begreifen geben, welches das Problem mit einer möglichen Lösung durch die Regierung verknüpft. Dies bedeutet auch, dass das Wie der Definition eines öffentlichen Problems größtenteils bestimmt, wie die Politik, die sich mit dem Problem befasst, verstanden und diskutiert wird. An diesem Punkt gehe ich über den Rahmen, wie er von Baumgartner und Jones vorgeschlagen wird, hinaus: ebenso wie eine Industrie eine neue Technologie zur Lösung eines öffentlichen Problems präsentieren kann und Unterstützung der politisch Handelnden erhält, kann eine soziale Bewegung Unterstützung durch die Regierung erhalten, wenn sie ihr eine Lösung für ein öffentliches Problem vorschlägt (vgl. Knopf 1998: 60ff.). Und es kann durchaus sein, dass dieses öffentliche Problem durch die soziale Bewegung überhaupt erst geschaffen wurde.

Soziale Bewegungen als Agenten und Politikmonopole

Ein beeindruckendes Beispiel wird von der Bürgerrechtsbewegung geliefert, die das politische Bild der Rassentrennung über die Zeitspanne einer einzigen Generation fundamental veränderte: „Eine Struktur der Rassenverhältnisse, die noch 1930 als unvermeidlich und in gewisser Weise sogar natürlich angesehen wurde, wurde in den 60er Jahren als moralisch verwerflich betrachtet.“ (Rochon 1998: 58, *Übersetzung RG*). Die Politik der Rassentrennung ruhte auf einer rassistischen Ideologie, die im 19. Jahrhundert vorherrschend war, sich jedoch bis in die heuti-

gen Tage erhalten hat. Rochon (1998: 62ff) argumentiert, dass es die Bürgerrechtsbewegung war, welche die Ideen einer *kritischen Gemeinschaft*<sup>6</sup> verbreitete, wodurch rassistische Vorurteile bei der Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung vertrieben wurden. Er zeigt außerdem, dass dieser kulturelle Wandel die zentrale Vorbedingung war, damit das Oberste Gericht (= Supreme Court) in seinem berühmten *Brown vs. Board of Education*-Urteil die Rechtmäßigkeit der Rassentrennung in Frage zu stellen begann. Natürlich wäre es übertrieben zu behaupten, dass die Bürgerrechtsbewegung Mitglied eines politischen Monopols geworden ist. Jedoch hat sie mindestens einen bedeutenden Teil zu einem kulturellen Wandel beigetragen, der auch die politische Wahrnehmung und Bewertung der in der U.S.-amerikanischen Gesellschaft praktizierten Rassentrennung geändert hat.

### Verändern von Problemdeutungen

Sozialer Bewegungen als Zerstörer von Politikmonopolen

Der oben beschriebene Weg zur politischen Veränderung ist nur einer von mehreren Wegen, wie soziale Bewegungen Ideen mobilisieren können, um die Politik zu ändern und wahrscheinlich der am wenigsten übliche. Oftmals beginnen soziale Bewegungen eine neue Kampagne als Reaktion auf bestehende Politiken, die durch ein mächtiges Politikmonopol geschützt werden. So können sie versuchen die Problemdeutung zu verändern, indem sie die Aufmerksamkeit auf einen Aspekt verlagern, der vorher vernachlässigt worden ist und versuchen vorher uninteressierte Wählergruppen zu mobilisieren (Baumgartner/Jones 1993:16). Dies kann einen Rückkoppelungsprozess zwischen oben beschriebenen „image and venue“ in Gang setzen.

Das beste Beispiel um diesen interaktiven Prozess anschaulich zu machen, ist der Fall des Politikmonopols der Atomenergie, das mit Hilfe der US-amerikanischen Anti-Atom-Bewegung zerstört wurde (Baumgartner/Jones: Kapitel 4). Während der 1940er und 1950er führte das Versprechen der Atomenergie sicher, sauber und vor allem zu billig sein, zum Aufbau eines machtvollen Politikmonopols rund um die Atomenergie. Extrem positive Einschätzungen der Atomenergie waren verbunden mit institutionellen Veränderungen, die es Befürwortern dieser Industrie erlaubten, deren Ausweitung komplett zu kontrollieren. Nach der Schaffung dieses Politikmonopols legte sich wie erwartet die Aufmerksamkeit. Als das Thema aber in den 60er und 70er Jahren erneut auf der öffentlichen Tagesordnung auftauchte, hatte sich der Ton der Aufmerksamkeit von Enthusiasmus zur Kritik verschoben. Mit dieser Veränderung des Images kamen Veränderungen in der Zuständigkeit, als Kongressausschüsse, Regierungen von Bundesstaaten und gewählte Vertreter die Gesetzgebungskompetenz über nukleare Fragen beanspruchten (Baumgartner/Jones 1993: 59). Die Rolle, die die Anti-Atom-Bewegung in diesem Prozess innehatte, war das allgemein verständlich und anschaulich Machen dieser Fragen, Probleme und Konflikte, die rundum dieses Politikmonopol aufgetreten waren (cf. Kitschelt 1986).

### 3.4.5 Gerichtsentscheidungen

Der *Mechanismus der Rechtsprechung* ist nur auf den ersten Blick der einfachste der politischen Mechanismen, die ich hier präsentiere. Natürlich können soziale

<sup>6</sup> Rochon definiert *kritischen Gemeinschaften* „als Netzwerke von Leuten, die intensiv über ein bestimmtes Problem nachdenken und die mit der Zeit ein von allen geteiltes Verständnis entwickeln, wie das Problem zu betrachten sei“ (Rochon 1998: 24f)

Bewegungen die Gerichte anrufen, die in der Verfassung vorgesehen sind – wie den Supreme Court in den USA oder das Bundesverfassungsgericht in Deutschland – um die Verfassungsmäßigkeit einer Politik zu überprüfen. Beispielsweise spielte der Rechtsstreit am Supreme Court eine wichtige Rolle im politischen Ausgang des Abtreibungskonfliktes in den USA (Woliver 1998). Aber natürlich entscheiden Gerichte nicht notwendigerweise im Sinne der Interessen sozialer Bewegungen (McCann 1998). Obwohl es offensichtlich scheint, dass Entscheidungen von Verfassungsgerichten weitreichende Folgen auf politische Ergebnisse haben, haben Studien über die politischen Wirkungen sozialer Bewegungen diese nicht systematisch in ihre Erwägungen einbezogen (cf. Burstein 1991a: 1204). Ich werde daher auf diesen Bereich nicht weiter eingehen und mich stattdessen dem zuwenden, was McCann (1998) die „policy implementation battles“ genannt hat, in denen Gerichte auch eine deutliche Rolle spielen können. Ich behaupte, dass soziale Bewegungen Gerichtsverfahren auf zwei Arten nutzen können, um Druck auf die korrekte Umsetzung von Urteilen oder von ihnen favorisierte Politiken auszuüben, bzw. die Umsetzung von Urteilen oder von ihnen abgelehnten Politiken zu verlangsamen. Als Beispiel für den letzten Punkt bietet sich die Anti-Atom-Bewegung an. Studien über die politischen Wirkungen der Anti-AKW-Bewegung haben gezeigt, wie die legale Mobilisierung die Durchführung eines gesamten Politikprogramms behindern kann (Kitschelt 1986, Kriesi et al. 1995). In den Vereinigten Staaten und in Deutschland hat die Unterbrechung der Bautätigkeit während der Gerichtsverfahren zu gigantischen Verzögerungen beim Bau geführt, die wiederum die Kosten der Atomenergie anhoben.

### 3.4.6 Bumerang-Muster

Die Bezeichnung und die grundlegende Idee für den *Bumerang-Mechanismus* ist angelehnt an die Arbeit von Keck und Sikkink (1998) über transnationale Advocacy-Netzwerke. Sie behaupten, dass wenn eine soziale Bewegung mit einem politischen System konfrontiert ist, welches nicht gewillt ist, ihren Forderungen zuzustimmen, sie nach Verbündeten außerhalb des Staates suchen kann: nationale NGOs umgehen ihren Staat und suchen nach internationalen Partnern, um von außen Druck auszuüben. (Keck/Sikkink 1998: 12). Sie beschreiben beispielsweise, wie argentinische Menschenrechtsgruppen im Jahre des Militärputsches im März 1972 signifikante externe Kontakte entwickelten (Keck/Sikkink 1998: 103ff). Die Menschenrechtsgruppen dokumentierten Verletzungen der Menschenrechte und informierten internationale Organisationen wie Amnesty International sowie Menschenrechtsgruppen in den USA und Europa. Internationaler Druck, zumindest teilweise durch diese Gruppen mobilisiert, half nationale Beobachter/-innen zu schützen und öffnete Möglichkeiten für Protest. Internationale Gruppen verbreiteten sowohl die Informationen als auch die symbolische Politik der nationalen Gruppen und projizierten sie auf die internationale Bühne, von wo aus sie zurück nach Argentinien schallte (op.cit:107). Obwohl dieses und andere von Keck und Sikkink verwendete Beispiele suggerieren, dass der Bumerang-Mechanismus nur von Gruppen in südlichen Ländern verwendet wird, behaupte ich, dass das Bumerang-Verfahren auch durch soziale Bewegungen in westlichen Ländern ausgelöst werden kann. Während der langen Periode der Tory-Regierung in den 1980ern und 1990ern war beispielsweise die britische Frauenbewegung mit einem extrem feindlichen politischen Umfeld konfrontiert und mit einer Regierung, die nicht gewillt war, größere Gleichberechtigung der Geschlechter zu fördern. Durch bestehende bindende europäische Regelungen, die Gleichberechti-

gung forderten, war die Frauenbewegung in der Lage, die nationale Regierung zu umgehen, indem sie direkt den Europäischen Gerichtshof anriefen (EGH) (Geld/Hart 1999: 166f).

### 3.5 Der politische Kontext

In den vorhergehenden Abschnitten habe ich so getan, als würden soziale Bewegungen und ihre Aktivitäten in einer Art politischem Vakuum stattfinden. Diese Vereinfachung war hilfreich, um das Funktionieren der Mechanismen aufzuzeigen, durch die die Aktivitäten sozialer Bewegungen zu politischen Veränderungen führen können. Aber offensichtlich kann das Funktionieren dieser Mechanismen nicht vom politischen Kontext, in dem die Auseinandersetzung zwischen sozialer Bewegung und ihren Gegner abläuft, getrennt werden. In diesem Abschnitt möchte ich deshalb mein Modell weiter an die gesellschaftliche Realität anpassen, indem ich drei Konzepte einführe, die helfen diesen politischen Kontext abzubilden.

#### 3.5.1 Das Allianz- und Konfliktsystem sozialer Bewegungen

Wie Burstein und seine Kollegen (1995) argumentieren, kann die Macht einer sozialen Bewegung, d.h. ihre Fähigkeit durch verschiedene Taktiken politische Veränderungen hervorzurufen, nur im Bezug auf die Macht ihrer Gegner und ihrer Verbündeten analysiert werden. Sie betrachten die Ergebnisse von Bewegungen nicht als das bloße Ergebnis der Charakteristika der Bewegung und deren Aktivitäten, sondern als das Ergebnis von Interaktionen zwischen Bewegungsorganisationen, den Organisationen, deren Verhalten jene zu beeinflussen versuchen und relevanten Akteuren im weiteren Umfeld, die alle versuchen, Ressourcen zu mobilisieren und sie zu ihrem größten Vorteil gegenüber den anderen einzusetzen (Burstein et al. 1995: 277).

Der politische Einfluss sozialer Bewegungen hängt auch von ihren Gegnern und Verbündeten ab

Dies bedeutet, dass soziale Bewegungen nicht als isolierte Einheiten in ihrem Kampf für politische Reform angesehen werden können. *Einerseits* können sie auf die Unterstützung anderer Organisationen oder Institutionen bauen. *Andererseits* sind sie mit u.U. mächtigen Gegenspielern konfrontiert. Um mit Bert Klandermans zu sprechen, soziale Bewegungen sind eingebettet in einem multi-organisationellem Umfeld, welches er als die absolute Zahl möglicher Organisationen definiert, mit denen die Bewegungsorganisation spezifische Verbindungen eingehen könnte (Klandermans 1992:95). Klandermans nennt den unterstützenden Sektor eines multi-organisationellen Bereiches *Allianz-System* und nennt den Bereich der politischen Gegner *Konflikt-System*. Das *Allianz-System* besteht aus Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen, die Ressourcen für die Bewegung zur Verfügung stellen. Das *Konfliktsystem* besteht aus dem politischen Gegner und dessen Verbündeten und unter Umständen einer Gegenbewegung (Meyer/Staggenborg 1996). Allgemein wird angenommen, dass ein starkes Allianz-System einer sozialen Bewegung dabei hilft, eine Wirkung auf öffentlichen Politiken zu haben, während ein starkes Konfliktsystem es weniger wahrscheinlich macht, dass eine soziale Bewegung eine Wirkung auf die Politik hat. Beide Hypothesen werden durch empirische Studien der politischen Auswirkungen sozialer Bewegungen generell gestützt. In einer Studie über den Einfluss Niederländischer Umweltgruppen auf Planung und Umsetzung von 15 nationalen Autobahnprojek-

ten, belegte Huberts (1989) die Bedeutung von Verbündeten und Gegnern als erklärende Variablen. Er kam zum Schluss, dass der Einfluss von Umweltorganisationen negativ zusammenhing mit der Zahl der privaten Akteure, die sich für den Autobahnbau einsetzten. Dagegen stellte er fest, dass Allianzen mit lokalen Regierungen oder denen der Provinzen und insbesondere Allianzen mit Teilen der Bürokratie, begünstigende Faktoren für den Einfluss der Bewegung waren.

### 3.5.2 Politische Möglichkeitsstrukturen

Im *Abschnitt 2.2* habe ich bereits das Konzept der politischen Möglichkeitsstrukturen eingeführt, um die Entstehung und Entwicklung sozialer Bewegungen zu erklären. Im Folgenden will ich das Konzept der politischen Möglichkeitsstrukturen nun anwenden, um zu zeigen, welchen Einfluss die politischen Möglichkeitsstrukturen auf das Funktionieren der im *Abschnitt 3.4* beschriebenen Mechanismen haben.

1. Der Grad der Wahrscheinlichkeit, mit der soziale Bewegungen *Zugang zum Politikprozess* gewinnen und so Mitglieder einer Politikgemeinschaft werden können, hängt von der Inputseite der politischen Möglichkeitsstruktur ab (vgl. Kitschelt 1986, Koopmans/Stathan 1999, Rochon/Mazmanian 1993). Je mehr eine einbeziehende Strategie gegenüber „*challengers*“ vorherrscht, um so leichter ist es für eine soziale Bewegung Zugang zum Politikprozess zu erlangen.
2. Die potentielle Wirkung *öffentlicher Unruhe* auf Politikergebnisse ist begrenzt, wenn nicht wenigstens eine der folgenden Bedingungen erfüllt ist (cf. Piven/Cloward 1977):
  - 1) Die Ziele einer sozialen Bewegung werden von einem großen Teil der Öffentlichkeit geteilt.
  - 2) Die Eliten sind uneins über die anstehende Frage; der eine Teil der Eliten kann die öffentliche Unruhe als Begründung nutzen, um Reformen durchzusetzen.
  - 3) Instabilität im Zusammenhang mit Wahlen schafft Unsicherheit und steigert so die Bereitwilligkeit der Regierung für politische Reformen.
3. Die *Veränderung der öffentlichen Meinung* ist eine potentiell machtvolle Strategie, um Politiken in jedem demokratischen Land zu ändern (Knopf 1998: 257). Jedoch hängt die Fähigkeit eine Wirkung auf Politiken auszuüben von der Wahlgesetzgebung (z.B. dem Bestehen einer 5 %-Hürde) und von den Eigenschaften des Parteiensystems (z.B. der Stärke der Parteidisziplin) ab. Jedoch scheint eine gewisse Uneinigkeit innerhalb der Eliten eine Vorbedingung für das Auftreten von Meinungs-Verschiedenheiten zwischen politischen Eliten und breiter Öffentlichkeit zu sein. Es hat sich nämlich gezeigt, dass dort, wo sich Experten/-innen und Politiker/-innen über ein bestimmtes Thema einig sind, es unwahrscheinlich ist, dass sich eine abweichende öffentliche Meinung entwickelt (Midttun/Rucht 1994). Andererseits, wenn stabile Parteienformationen bestehen, wie von Banzak (1996) angeführt, haben die Entscheider die Öffentlichkeit nicht zu fürchten: „Wegen der Stabilität der Schweizer Wählerschaft und dem Charakter der Regierungskoalitionen waren die Schweizer Parteien von herausfordernde Parteien nicht so bedroht und haben daher länger gebraucht,

das Frauenwahlrecht zu akzeptieren.“ (Banaszak 1996: 98, Übersetzung RG). Aber wie die Parteienforschung gezeigt hat, hat sich der Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Parteipräferenzen über die letzten Jahrzehnte vermindert. Dies liegt daran, dass die Größe dieser sozioökonomischen Gruppen verringert und die Mikroverbindung zwischen individuellen und Parteivorlieben schwächer wird (Niedermayer 1997). So können wir gegenwärtig erwarten, dass die Bindungen zwischen Wähler/-innen und Parteien nicht (mehr) stark genug sind, um Regierungen das Ignorieren öffentlicher Meinungen zu gestatten.

4. Der *Mechanismus der Konstruktion von Problemen und Lösungen* hängt nicht so sehr von der politischen Möglichkeitsstruktur ab, als von zwei anderen Faktoren, die ich hier auch erwähnen will. Der Mechanismus des politischen Images beinhaltet das Schaffen neuer Ideen – eine Aufgabe, die eine soziale Bewegung nicht auf sich allein gestellt schaffen kann. Daher ist die Existenz entweder einer kritischen Gemeinschaft (Rochon 1998) oder die Unterstützung durch Teile der Elite eine notwendige Bedingung. Die Überlebenschancen einer Idee hängen selbstverständlich von einer *diskursiven Möglichkeitsstruktur* (Koopmans/Stathan 1999) ab. Bis jetzt gibt es jedoch keine allgemeinen Kriterien dafür, wann eine diskursive Möglichkeitsstruktur offen ist oder wann geschlossen.
5. Der *Bumerang-Mechanismus* könnte im Prinzip auf jedes Land zutreffen. Aber die potentielle Wirkung hängt von mehreren Eigenschaften des internationalen politischen Systems ab und nicht in der Hauptsache von denen der nationalen politischen Möglichkeitsstruktur. Ich schlage die folgenden zwei Faktoren vor: 1) der Grad der Integration in supranationale Institutionen. Je mehr ein Land in bindende internationale Regime oder Institutionen eingebettet ist, um so größer ist die Chance, dass soziale Bewegungen den Bumerang-Mechanismus aktivieren können. 2) Je mehr ein Land vom Wohlwollen und (insbesondere finanzieller) Unterstützung anderer Länder abhängig ist, um so größer ist die Chance, dass soziale Bewegungen den Bumerang-Mechanismus aktivieren können.
6. Der *Mechanismus der Rechtsprechung* funktioniert nur in Ländern mit einer fragmentierten Implementationsstruktur und mit unabhängigen Gerichten (Kitschelt 1986: 79).

Anzumerken ist allerdings, dass es eine grobe Vereinfachung ist, so zu tun, als gebe es eine einheitliche politische Möglichkeitsstruktur für das gesamte politische System. Die Struktur und die Eigenschaften von Politiknetzwerken in unterschiedlichen Politikfeldern sind teilweise sehr unterschiedlich und entsprechend kann es auch Unterschiede zwischen verschiedenen Politikfeldern geben.



### 3.5.3 „Windows for reform“

Indem ich den Ausdruck *windows for reform* verwende, behaupte ich, dass die Bedingungen für Wechsel in der Politik im Zeitverlauf große Schwankungen aufweisen können, obwohl das Allianz- und Konfliktsystem, in das die soziale Bewegung eingebettet ist und die allgemeine politische Möglichkeitsstruktur, sich nicht verändern. Einfach ausgedrückt: Zeit zählt - eine Tatsache, die von mehreren Autor/-innen, die sich mit den Ergebnissen sozialer Bewegungen beschäftigt haben, erkannt wurde: Bereits Piven und Cloward argumentierten in ihrer Studie über Armen-Bewegungen, dass umfassende Veränderungen, die die politische Stabilität unterminieren, eine Vorbedingung für den Erfolg der Bewegungen Armer sind. Jack Goldstones (1980) Befunde weisen in eine ähnliche Richtung. Er analysierte ein zweites Mal Daten über 53 US-amerikanische Oppositionsgruppen, die von Gamson (1975) gesammelt worden waren und fand heraus, dass der Erfolg der sozialen Bewegungen an kurze Perioden gebunden waren, die durch Spannungen und Aufruhr gekennzeichnet waren (Goldstone 1980: 1038ff). Sidney Tarrow (1983: 43ff) führte den Begriff *Reformzyklen* ein, um zu betonen, dass der Zeitpunkt der Aktivitäten einer sozialen Bewegung eine wichtige Wirkung auf die Erfolgchancen einer Bewegung hat.

Der Zeitpunkt der Aktivitäten hat eine wichtige Wirkung auf die Erfolgchancen

Während Bewegungsforscher/-innen eine Korrelation zwischen verschiedenen erklärenden Variablen vorschlugen, z.B. weitreichende gesellschaftliche Veränderungen und die Erfolgchancen sozialer Bewegungen, haben sie es versäumt diese Verbindung zu erklären. John Keeler (1993) entwickelte einen theoretischen Ansatz, der gut geeignet ist, diese Lücke zu füllen (vgl. Helfferich/Kolb 2001). Keelers zentrale Behauptung ist, dass erfolgreiche Politikinnovationen nur möglich sind, wenn die verschiedenen Widerstände, die normalerweise einen Politikwechsel verhindern, einem Politikfenster weichen. In der Sprache sozialer Bewegungen heißt das: Veränderungen in den dynamischeren Teilen der politischen Möglichkeitsstruktur – mitunter die Konfiguration der Macht genannt – weichen einem *Reformfenster*. Keeler argumentiert, dass zwei Arten von Faktoren getrennt oder kombiniert wirksam werden können, um ein *Politikfenster* zu öffnen. Seine Größe wird bestimmt durch die Größe des Mandats der Regierung und der Schwere einer Krise während der Wahl einer potentiellen Reform-Regierung und derer ersten Monate im Amt.

Er erklärt den Einfluss der Größe des Mandats auf die Möglichkeit von Politikinnovationen mit drei kausalen Mechanismen:

- a) Der *Autorisierungs-Mechanismus* lässt die Regierung als durch die Öffentlichkeit autorisiert erscheinen, ihr Programm umzusetzen und reduziert so die politische und institutionelle Opposition gegen politische Erneuerung.
- b) Der *Gesetzgebungsmechanismus* ermächtigt eine Regierung ihr Programm mit Hilfe einer großen legislativen Mehrheit für die Regierungspartei oder -Parteien.
- c) Der *Druck-der-Partei-Mechanismus* könnte soviel Druck durch Parteiaktivist/-innen schaffen, die erwarten, dass die Versprechungen durch die Regierung erfüllt werden, so dass Reformen politisch unvermeidbar werden.

Warum Krisen Politikfenster öffnen können

Keeler definierte eine Krise als eine Situation großer öffentlicher Unzufriedenheit oder sogar Angst aufgrund weitreichender ökonomischer Probleme und/oder einem ungewöhnlichen Grad sozialer Unruhe und/oder einer Bedrohung der nationalen Sicherheit. Dies meint, dass man sich Krisen vorstellen kann, welche ohne

jeden Beitrag einer sozialen Bewegung entstehen (vgl. Opp/Roehl 1994), aber es ist auch möglich, dass soziale Bewegungen eine Krise entstehen lassen (vgl. Tarrow 1998a). Um den Einfluss einer Krise auf die Möglichkeit politischer Innovationen zu erklären, verwendet Keller auch drei kausale Mechanismen:

- a) Der *Krisen-Mandat-Mechanismus* ermächtigt und autorisiert eine neue Regierung weitreichende Reformen in Kraft zu setzen.
- b) Der *Dringlichkeits-Mechanismus* kann ein Gefühl der Dringlichkeit erzeugen, basierend auf der Annahme, dass bereits ernste Probleme durch Nichtstun verstärkt würden.
- c) Der *Angst-Mechanismus* kann ein Gefühl echter Angst schaffen, basierend auf der Annahme, dass Untätigkeit Leben und Besitz gefährdet oder sogar in einer Revolution oder einem Staatsstreich enden könnte.

Politische Veränderungen können vergänglich sein

Keeler argumentiert, dass Situationen, in welchen der Dringlichkeits- oder der Angst-Mechanismus ins Spiel kommen, oft die radikalsten Erneuerungen produzieren, nicht nur weil die Regierung getrieben wird sofort tätig zu werden, sondern auch, weil die politische Opposition zu eingeschüchtert ist, um Widerstand zu leisten. Maßnahmen, die nur mit Hilfe des Dringlichkeits- oder des Angst-Mechanismus verabschiedet wurden, sind jedoch oftmals verwässert oder sogar zurückgenommen worden, nachdem die Krise vorüber war. Die Arbeiten von Piven und Cloward (1979) und Tarrow (1998) unterstützten diese Annahme. Beispielsweise argumentieren Piven und Cloward:

„Wenn sich der Protest legt, können Zugeständnisse zurückgenommen werden. Wenn also die Arbeitslosen fügsam werden, wird die staatliche Unterstützung gekürzt, auch wenn noch viele arbeitslos sind; wenn das Ghetto ruhig wird, werden die Räumungen wieder begonnen. Der Grund ist sehr einfach. Weil die Armen nicht mehr drohen, öffentlichen Unruhe zu stiften, haben sie kein Druckmittel mehr gegenüber der politischen Führung; es gibt damit keinen Grund zur Schlichtung.“ (Piven/Cloward 1979: 34f., *Übersetzung RG*)

### 3.6 Gewalt und politischer Wandel

Die teilweise gewalttätigen Proteste in Göteborg und Genua haben im Sommer 2001 eine alte Debatte wieder neu aufleben lassen - die Frage nach der politischen Wirksamkeit von Gewalt. Die Diskussion war geprägt von engagierten Stellungnahmen, die oft mehr den Charakter eines Glaubensbekenntnisses hatten, als den einer politisch begründeten Überzeugung. In diesem Abschnitt entwickle ich deshalb fünf Thesen, die - so hoffe ich - helfen, eine größere argumentative Klarheit in die Debatte zu bringen.

These 1: Politische Gewalt ist kein objektiver Tatbestand, sondern ein relatives Konzept

Was eigentlich ist politische Gewalt? Nur scheinbar eine einfache Frage. Mensch muss sich nur folgendes Beispiel vor Augen führen, um vom Gegenteil überzeugt zu werden. Mitte der 90er Jahre erlebte Deutschland eine Welle von Protesten, mit denen Kurden/-innen auf ihre Unterdrückung und Verfolgung in der Türkei aufmerksam machen wollten. Unter anderem blockierten sie mehrmals Autobahnen – „politische Gewalt“ war das einhellige Urteil in den meisten Medien, die über diese Proteste berichteten. Als dagegen LKW-Fahrer die Brenner-Autobahn blockierten, so waren dies nach der Bewertung in den Medien legitime, wenn auch illegale, Proteste. Dieses Beispiel zeigt, dass politische Gewalt kein objektiver Tatbestand, sondern ein relatives Konzept ist (Kaase/Neidhardt 1990). Ob näm-

lich politische Proteste als gewalttätig wahrgenommen werden, bzw. ob ihnen von den Medien dieses Attribut verliehen wird, hängt nicht nur davon ab, was passiert, sondern auch wer, wie, warum protestiert. Diese hier angerissene Relativität der Gewaltzuschreibung soll aber nicht davon ablenken, dass die physische Gewaltanwendung gegen Menschen, ebenso wie massive Sachbeschädigungen nahezu immer als Gewalt wahrgenommen werden.

Zentrales Argument derjenigen, die politische Gewalt als hilfreich für die Realisierung der politischen Ziele sozialer Bewegungen halten, ist die Behauptung, dies sei der einzige oder zumindest beste Weg, öffentliche Beachtung und Zustimmung für die eigenen politischen Anliegen zu erreichen. Gestützt wird diese These durch die Beobachtung, dass friedliche Aktionen in der öffentlichen Wahrnehmung oft untergehen, während sich gewaltsame Proteste großer öffentlicher Aufmerksamkeit sicher sein können. Es wäre absurd, diesen perversen Mechanismus unserer Mediengesellschaft zu leugnen. Das Etikett „Gewalt“ beschert Protesten einen Nachrichtenwert, der mit Faktoren wie Masse, Neuheit und Kreativität nicht leicht zu übertreffen ist.

Allerdings wäre es töricht, umfangreiche Berichterstattung gleichzusetzen mit politischer Wirksamkeit. Viele Studien haben gezeigt - und Göteborg und Genua belegen dies erneut -, dass das Auftreten von Gewalt die Berichterstattung über Inhalte und Anliegen von Protestierenden in den Hintergrund drängt (Kliment 1996). Berichtet wird dann weniger über Ausbeutung und Hunger in der sog. Dritten Welt oder über die Macht transnationaler Konzerne, sondern vor allem über Protestformen, Verletzte und Polizeiübergriffe. Was im Hinblick auf die Berichterstattung in Genua ein Novum bildete, war die Selbstreflexion der Medien über diesen Mechanismus. So wurde allgemein bedauert, dass die berechtigten Anliegen der Demonstrant/-innen in den Hintergrund treten, um dann in vielen Fällen trotzdem über den sogenannten „Schwarzen Block“ statt über Armutsbekämpfung, Tobin-Steuer und die Macht multinationaler Konzerne zu berichten.

Nun lässt sich gegen diese Kritik an politischer Gewalt leicht das Argument ins Feld führen: „besser eine gewaltfixierte Form der Berichterstattung als gar keine Berichterstattung“, denn ganz lässt sich die Erwähnung von Inhalten, Forderungen und Motiven der Protestierenden nie vermeiden. Und auch dieses Argument ist nicht völlig von der Hand zu weisen. Es basiert allerdings auf einer falschen Annahme, nämlich in gewalttätigen Aktionen den einzigen Weg zu einer breiten öffentlichen Wahrnehmung zu sehen. Die Frage, ob Medien über Proteste berichten oder nicht, hängt primär nicht von der Frage der Gewalt, sondern von der Frage des Nachrichtenwertes ab. So wird über eine friedliche, langweilige „Latschdemo“ eher berichtet, wenn 100.000 und nicht nur 1.000 Menschen an ihr teilnehmen.

Hinter Gewalt steht der Nachrichtenwert des Verbotenen. Positiv gewendet heißt dies, dass sich auch mit anderen Aktionsformen ein ähnlich großes Maß an Öffentlichkeit erreichen lässt. Notwendig dazu sind aber Regelverletzungen im Sinne des zivilen Ungehorsams. Das Beispiel von X-tausendmal quer - einer großen gewaltfreien Sitzblockade gegen Atommülltransporte - zeigt, dass sogar eine einfache Ordnungswidrigkeit, begangen durch viele tausend Menschen, mehr Öffentlichkeit erzeugen kann, als militante Aktionen.

These 2: Die Berichterstattung über politische Gewalt verdrängt die Inhalte des Protests

These 3: Politische Gewalt ist nicht der einzige Weg zu öffentlicher Aufmerksamkeit

These 4: Politische Gewalt ist kein Weg gesellschaftliche Mehrheiten zu gewinnen

Bislang unbeachtet blieb noch ein anderer Aspekt. Soziale Bewegungen erzielen öffentliche Aufmerksamkeit nicht als Selbstzweck, sondern um Druck für politische Veränderungen zu erzeugen und weitere Unterstützer/-innen zu gewinnen. Nun können regelverletzende Aktionen - sofern sie eine gewisse Intensität und Regelmäßigkeit aufweisen - schon per se einen Druck zur Veränderung kreieren. Denn die massive Ablehnung der Regierungspolitik, die sich in diesen Aktionen zeigt und die Unfähigkeit von Regierungen die öffentliche Ordnung zu gewähren, können ihre politische Autorität untergraben. Dies aber nur, wenn es sich um sehr viele Menschen handelt, die somit nicht allzu leicht als Extremisten, Anarchisten oder einfach Gewalttäter abgestempelt werden können. Wenn dem nicht so ist, können regelverletzende Aktionen leicht den Ruf nach einem „starken Staat“ verstärken und die Repression von politischem Protest legitimieren. Die Geschichte der RAF dürfte als extremes Beispiel genügen.

Proteste können aber noch über einen zweiten, wirkungsmächtigeren Mechanismus Druck für politische Veränderung erzeugen. Nämlich dann, wenn soziale Bewegungen durch ihre Aktionen die breite Öffentlichkeit von der Richtigkeit und Dringlichkeit ihrer Forderungen überzeugen. Auch wenn dies leicht übersehen wird: was Menschen denken - sofern es nur viele sind und insbesondere, wenn Wahlen anstehen - beeinflusst die Politik von Regierungen und Parteien (Burstein 1999). Sicher ist vieles von dem Rhetorik, trotzdem sollte man bei aller Kritik an der parlamentarischen Demokratie, die Bedeutung dieser Verbindung nicht unterschätzen. Politische Gewalt jedenfalls mindert die Chance öffentliche Mehrheiten zu gewinnen in doppelter Hinsicht: Wie sollen Menschen überzeugt werden, wenn nur noch über die Formen des Protestes und nicht mehr über die Inhalte berichtet wird? Politische Gewalt wird in Deutschland vom überwiegenden Teil der Bevölkerung als unnötig, schlecht, hässlich und gefährlich bewertet. Wer mit Gewalt assoziiert wird, verspielt schnell die Chance, Zustimmung zu seinen Positionen zu finden.

These 5: Polizeigewalt kann sozialen Bewegungen politisch helfen

Das brutale und menschenverachtende Verhalten der Polizei in Genua lenkt die Aufmerksamkeit auf die andere Seite politischer Gewalt: politische Gewalt, ausgeübt durch Polizei und andere Sicherheitskräfte. Sie dient nicht nur der unmittelbaren Kontrolle und Unterbindung von Protesten, sondern signalisiert der Öffentlichkeit die vermeintliche Subversivität und Gefährlichkeit der Demonstrierenden. Der Einsatz von Gewalt gegen Demonstrant/-innen ist aber nur solange politisch wirkungsvoll, wie er noch Zustimmung in der Öffentlichkeit hervorruft (della Porta/Reiter 1998). Dabei hängt die Zustimmung nicht alleine vom Maß der Dosierung ab, sondern vielmehr vom Verhalten der Demonstrant/-innen – sind diese völlig friedlich, erscheint Polizeigewalt absurd und illegitim; erscheinen sie dagegen als extrem gewalttätig, so erscheint auch die Polizeigewalt als legitim. Weiterhin wird die Akzeptanz polizeilicher Gewalt dadurch beeinflusst, inwieweit sich der/die durchschnittliche Bürger/-in mit den Protestierenden und ihren Forderungen identifizieren kann.

Wenn polizeiliches Verhalten auf öffentliche Ablehnung stößt, kann es leicht passieren, dass weitere gesellschaftliche Gruppen, die davor unbeteiligt waren, sich mit den Protestierenden solidarisieren und in den Konflikt einmischen. Wenn es sich dabei um einflussreiche Gruppen - z.B. Gewerkschaften und Kirchen - handelt, gewinnen zudem die Ziele und Anliegen der Demonstrant/-innen an Legimität. Ebendies passierte nach Genua, wo Stück für Stück bekannt wurde, in wel-

chem Umfang Demonstrant/-innen misshandelt, ja gar gefoltert wurden. Die bereits zitierte, tief in der Öffentlichkeit verankerte Ablehnung von Gewalt als ein Mittel der politischen Auseinandersetzung, bezieht sich ebenso auf die Polizei. Akzeptiert wird sie allerdings dann, wenn sie zur Aufrechterhaltung des staatlichen Gewaltmonopols als unumgänglich erscheint.

Welche strategische Bedeutung für die Politik sozialer Bewegungen haben diese fünf Thesen? Meiner Ansicht nach unterstreichen sie vor allem die Bedeutung eines Dilemmas, mit dem alle sozialen Bewegungen, in ihrem Bestreben nach Wandel, konfrontiert sind: Aktivitäten zu entwickeln, die öffentliche Aufmerksamkeit hervorrufen sowie politischen Druck erzeugen und dennoch beim Rest der Gesellschaft Sympathie und Zustimmung hervorrufen. Oder in den Worten von Ralph Turner aufgedrückt: Soziale Bewegungen müssen mit ihren Aktionsformen die Balance zwischen ‚appeal and threat‘ (Turner 1969) wahren.

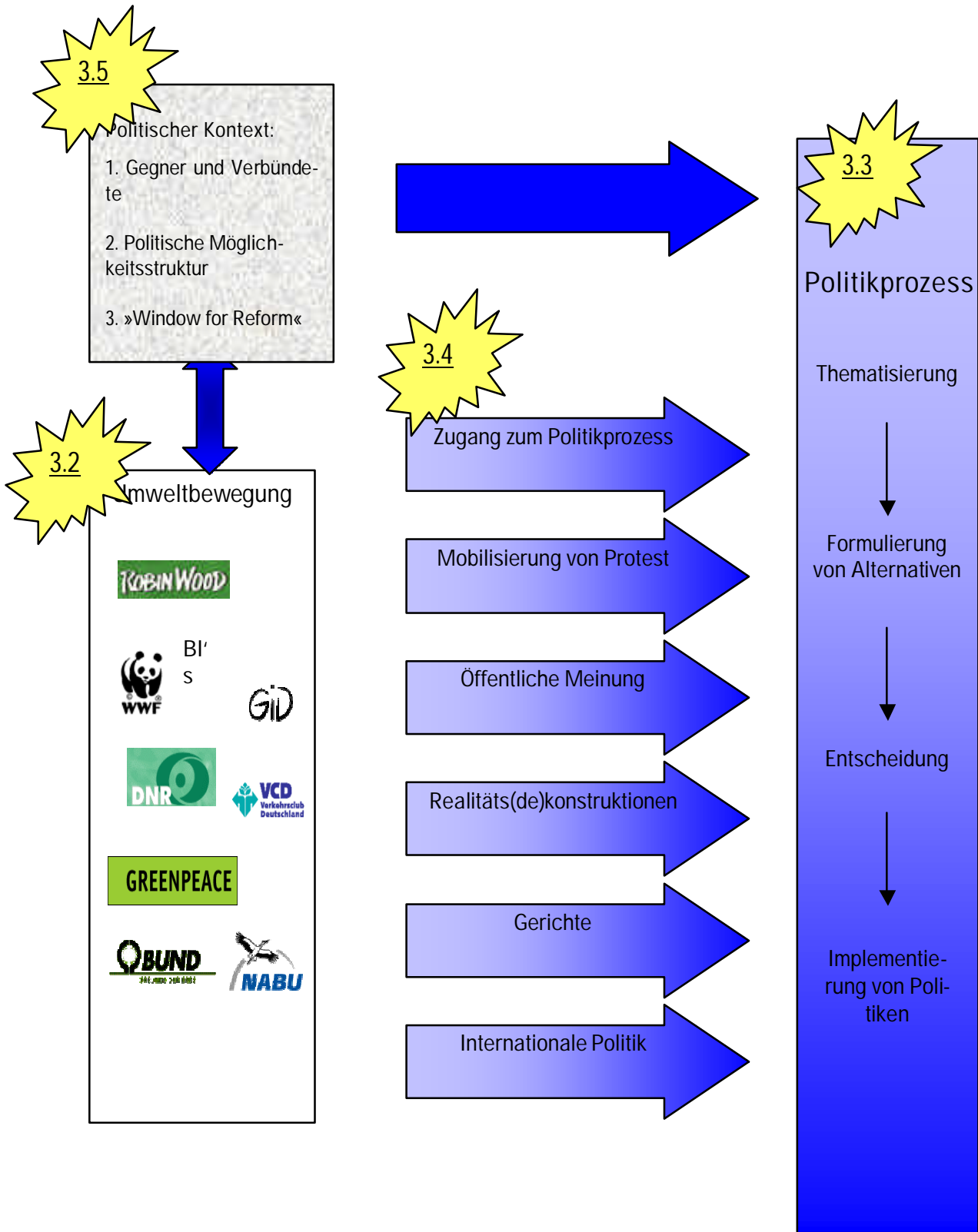
Soziale Bewegungen müssen lernen, die Balance zwischen ‚appeal and threat‘ zu wahren

Weil eben politische Gewalt aber auf so große öffentliche Ablehnung stößt, wird diese Balance immer verfehlt, wenn bei der Berichterstattung über Proteste die politische Gewalt im Vordergrund steht. Dies lässt sich natürlich nicht immer vermeiden. Einerseits wegen der in 1) beschriebenen Relativität von politischer Gewalt und andererseits wegen der Gewohnheit mancher Medien (z.B. Die Welt, Focus), bei Protesten immer – und geradezu reflexhaft – den Gewaltaspekt zu betonen – sei er auch noch so klein.

### 3.7 Zusammenfassung

Kommen wir jetzt auf das Modell der politischen Auswirkungen sozialer Bewegungen zurück, das ich im ersten Absatz als Antwort auf die Frage nach den Gründen für die Fähigkeit sozialer Bewegungen zu politischer Veränderung angekündigt habe. Es ist mit Sicherheit theoretisch anspruchsvoller und komplizierter als andere Versuche, das Verhältnis von sozialen Bewegungen und politischem Wandel zu analysieren (z.B. Eberhard et al. 1998, Moyer 1989, Shaw 1996). Dafür kommt es der Komplexität der Realität aber auch näher und bietet deshalb ein größeres Potential den politischen Einfluss sozialer Bewegungen zu vergrößern. Doch auch hinter komplexen Modellen stehen einige zentrale Gedanken. Die vier zentralen Überlegungen auf denen mein Modell basiert möchte ich hier kurz zusammenfassen:

1. Die Macht, die soziale Bewegungen benötigen, um politische Veränderungen durchzusetzen, erlangen sie durch die Mobilisierung von drei grundlegenden politisch-strategischen Ressourcen.
2. Soziale Bewegungen können an ganz verschiedenen Punkten den Politikprozess beeinflussen. Unterschiedliche Strategien sind für jeden dieser Schritte im Politikprozess unterschiedlich gut geeignet.
3. Die Aktivitäten sozialer Bewegungen können über sechs verschiedene Pfade bzw. kausale Mechanismen Einfluss auf den Politikprozess ausüben.
4. Das Zusammenwirken von politischen Ressourcen, den Pfaden und dem Politikprozess wird durch den politischen Kontext bestimmt.



**Abbildung 3: Politischer Einfluss der Umweltbewegung**

## Abkürzungsverzeichnis

AKW	Atomkraftwerk
BNFL	British Nuclear Fuel
BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
DNR	Deutscher Naturschutzring
GNS	Gesellschaft für Nuklearservice
NABU	Naturschutzbund Deutschland
NIMBY	"Not in my backyard" (Nicht in meinem Hinterhof)
MVA	Müllverbrennungsanlage
PKA	Pilot-Konditionierungsanlage
SBO	soziale Bewegungsorganisation
SMO	social movement organization
WAA	Wiederaufarbeitungsanlage
WEED	World Economy, Ecology & Development

## Literaturverzeichnis

- AHLEMEYER, HEINRICH W. (1989): "Was ist eine soziale Bewegung?" In: Zeitschrift für Soziologie 18, Heft 3, 175-191
- BANASZAK, LEE ANN (1996): *Why Movements Succeed or Fail: Opportunity, Culture, and the Struggle for Women Suffrage*. Princeton: Princeton University Press
- BAUMGARTNER, FRANK R. / JONES, BRYAN. D. (1993): *Agendas and Instability in American Politics*. Chicago: University of Chicago Press
- BRUNSSON, NILS (1982): *The Irrationality of Action and Action Rationality: Decision, Ideologies and Organizational Action*. In: Journal of Management Studies 19, Heft 1, 29-44
- Bundesministerium für Umwelt: <http://www.bmu.de/fset1024.php>
- BURSTEIN, PAUL (1991): *Policy Domains: Organization, Culture, and Policy Outcomes*. In: Annual Review of Sociology 17, 327-350
- BURSTEIN, PAUL (1991a): *Legal Mobilization as a Social Movement Tactic*. In: American Journal of Sociology 96, Heft 5, 1201-1225
- BURSTEIN, PAUL (1993): *Explaining State Action and the Expansion of Civil Rights: The Civil Rights Act of 1964*. in: Research in Political Sociology 6, 117-137
- BURSTEIN, PAUL (1999): *Social Movements and Public Policy*. In: GIUGNI, MCADAM, TILLY (Hrsg.), *How Movements Matter?* Minneapolis: University of Minnesota Press, 3-21
- BURSTEIN, PAUL / EINWOHNER, RACHEL L. / HOLLANDER, JOCELYN A. (1995): *The Success of Political Movements: A Bargaining Perspective*. In: Jenkins, Klandermans (Hrsg.): *The Politics of Social Protest. Comparative Perspectives on States and Social Movements*. Minneapolis: University of Minnesota Press, 275-295
- DELLA PORTA, DONATELLA; REITER, HERBERT (Hrsg.) (1998): *The Policing of Mass Demonstrations in Contemporary Democracies. Minnesota*: University of Minnesota Press
- EBERHARD, ULLA; JOSTES MONIKA; MILAN U.A. (1998): *Die Organizer-Spirale. Eine Anleitung zum Mächtig-Werden für Kampagnen, Initiativen, Projekte*. Bonn: Stiftung Mitarbeit
- EDELMAN, MURRAY (1990): *Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns*. Frankfurt/M./New York: Campus.
- EHMKE, WOLFGANG (1991): *15 Jahre Widerstand gegen Gorleben: Zwischen Alltäglichkeit und Auszehrung*, in: Forschungsjournal NSB, 4. Jg., Heft 4/91, S. 32-39
- EHMKE, WOLFGANG (1994): „Die Bewegung ist tot ... es lebe der Widerstand“, in: atom, 18. JG, Nr. 41, S. 15-16
- EHMKE, WOLFGANG (1995): *Aus dem Jungbrunnen gehüpft? Ein Bericht über das Befinden der Anti-Atom Bewegung*, in: Restrisiko - Zeitung aus der Anti-Atom-Bewegung, Nr. 1
- EHMKE, WOLFGANG (1996a): *Das war eine Chance - in Gorleben gab es keine Zäune*, in: Frankfurter Rundschau vom 22.05.96
- EHMKE, WOLFGANG (1996b): *Ein Grund zum Jubeln? 1996 wird kein weiterer Castorbehälter mehr nach Gorleben rollen*, in: Restrisiko, Nr. 5, vom 2.11.96
- EHMKE, WOLFGANG (1997): *Der Gorlebenkonflikt: Geschichte wird gemacht*, in: Redaktion Atom Express (Hrsg.) a.a.O., 180-211
- EHMKE, WOLFGANG (2000): *Ausstiegsillusionen*, In: Blätter für deutsche und internationale Politik 45, Heft 3, 283-287
- EHMKE, WOLFGANG (2001): *Nach dem Castor ist vor dem Castor*, In: Blätter für deutsche und internationale Politik 46, Heft 5, 528-532
- EISINGER, PETER K. (1973): *The Conditions of Protest Behavior in American Cities*. In: American Political Science Review 67, 11-28
- ESKOLA, KAISA / KOLB, FELIX (2002): *Attac. Erfolgsgeschichte einer transnationalen Bewegungsorganisation*. In: FJ NSB 15, Heft 1, 27-33
- ESSER, HARTMUT (1993): *Soziologie. Allgemeine Grundlagen*. Frankfurt/M., New York: Campus



FREEMAN, JO (1979): *Resource Mobilization and Strategy: A Model for Analyzing Social Movements Organization Actions* in: Zald, M.D./McCarthy, J.D. (ed.): *The Dynamics of Social Movements*, Cambridge Mass, 167-189

FUCHS, DIETER; PFETSCH, BARBARA (1996): *The Observation of Public Opinion by the Governmental System*. Discussion Paper FS III 96-105, Berlin: WZB

GAMSON, WILLIAM A. (1975): *The Strategy of Social Protest*. Homewood, IL: Dorsey Press

GARRETT, GEOFFREY; WEINGAST, BARRY (1993): *Ideas, Interests and Institutions: Constructing the European Community's Internal Market*. In: Goldstein, Keohane (Hrsg.): *Ideas and Foreign Policy - Beliefs, Institutions and Political Change*. Ithaca, London: Cornell University Press, 173-206

GELB, JOYCE / HART, VIVIEN (1999): *Feminist Politics in a Hostile Environment: Obstacles and Opportunities*. In: Giugni, McAdam, Tilly (Hrsg.): *How Movements Matter?* Minneapolis: University of Minnesota Press, 149-181

GERHARDS, JÜRGEN/ RUCHT, DIETER (1992): *Mesomobilization: Organizing and Framing in Two Protest Campaigns in West Germany*, in: *American Journal of Sociology* 98, S. 555-595

GIUGNI, MARCO G. (1998): *Was it Worth the Effort? The Outcomes and Consequences of Social Movements*. In: *Annual Review of Sociology* 98, 371-393

GOEZTE, DIETER (1990): *Neue soziale Bewegungen*, In: Robert Hettlage (Hrsg.): *Die Bundesrepublik: Eine historische Bilanz*, München: Beck, 167-181.

Goldstone, Jack (1980): *The Weakness of Organization: A New Look at Gamson's The Strategy of Social Protest*. In: *American Journal of Sociology* 85, Heft 5, 1017-1042

GUSFIELD, JOSEPH R. (1981): *Social Movements and Social Change: Perspectives of Linearity and Fluidity*. In: Kriesberg (Hg.): *Research in Social Movements, Conflicts and Change. A Research Annual*. Greenwich and London: JAI Press, 317-339

HAAS, PETER M. (1992): *Introduction: epistemic communities and international policy coordination*. In: *International Organization* 46, 1-35

HELFFERICH, BARBARA/KOLB, FELIX (2001): *Multilevel Action Coordination in European Contentious Politics*. The case of the European Women's Lobby. In: Imig, Doug/Tarrow, Sidney (Hg.): *Contentious Europeans: Protest and Politics in an Integrating Europe*. Lanham: Rowmann & Littlefield, 143-162

HELLMANN, KAI-UWE (1998): *Paradigmen der Bewegungsforschung*. Forschungs- und Erklärungsansätze - ein Überblick. In: Hellmann, Koopmans (Hrsg.) 1998

HIRSCH, HELMUT (1984): *Atom- und Entsorgungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland*. Historischer Abriß und derzeitige Trends, In: Bartmann/Hess/Wilberg (Hrsg.): *Atomare Wiederaufarbeitungsanlagen. Vom Dilemma einer Großtechnologie*, Köln, 9-41

HUBERTS, LEO (1989): *The Influence of Social Movements on Government Policy*. In: Klander-mans (Hrsg.): *Organizing for Change: Social Movement Organizations in Europe and the United States*. Greenwich, CT: JAI Press, 395-426

JAPP, KLAUS P. (1984): *Selbsterzeugung oder Fremdverschulden*. Thesen zum Rationalismus in den Theorien sozialer Bewegungen. In: *Soziale Welt* 35, 313-329

JENKINS, CRAIG J. (1998) : *Channelling Social Protest: Foundation Patronage of Contemporary Social Movements*. In: Powell / Clemens (Hrsg.): *Private Action and the Public Good*. New Haven: Yale University Press, 206-216

KAASE, MAX / NEIDHARDT, FRIEDHELM (1990): *Politische Gewalt und Repression: Ergebnisse von Bevölkerungsumfragen*. Berlin

KECK, MARGARET E. / SIKKINK KATHRYN (1998): *Activists Beyond Borders*. Advocacy Networks in International Politics. Ithaca and London: Cornell University Press

KEELER, JOHN T. S. (1993): *Opening the Window for Reform: Mandates, Crises, and Extraordinary Policy-Making*. In: *Comparative Political Studies* 25, Heft 4, 433-486

KINGDOM, JOHN (1984): *Agendas, Alternatives, and Public Policies*. Boston: Little, Brown

KITSCHOLT, HERBERT (1986): *Political Opportunity Structures and Political Protest: Anti-Nuclear Movements in Four Democracies*, in: *British Journal of Political Science* 16, 57-85

- KLIMENT, TIBOR (1996): *Kollektive Gewalt und Massenmedien*. Anmerkungen zur aktuellen Forschungslage, in: Forschungsjournal NSB, 9. JG., Heft 1, S. 46-58
- KNOFF, JEFFREY W. (1998): *Domestic Society and International Cooperation*. The Impact of Protest on US Arms Control Policy. Cambridge: Cambridge University Press
- KOLB, FELIX (1997): *Der Castor-Konflikt oder das Comeback der Anti-AKW-Bewegung*. In: FJ NSB 10, Heft 3, 16-29
- KOLB, FELIX (2000): *Social Movements and Policy Outcomes*. Theory Building in a Comparative Perspective. Unveröffentlichte Diplomarbeit. Bremen.
- KOLB, FELIX (2000a): *Die EU: Chance oder Bedrohung für soziale Bewegungen?* In: FJ NSB 13, Heft 4, 81-87
- KOLLMAN, KEN (1998): *Outside Lobbying*. Public Opinion and Interest Group Strategies. Princeton: Princeton University Press
- KOOPMANS, RUUD (1996): *Asyl: Die Karriere eines politischen Konflikts*. In: VAN DEN DAELE, NEIDHARDT (Hrsg.): *Kommunikation und Entscheidung*. Politische Funktionen öffentlicher Meinungsbildung und diskursiver Verfahren. Berlin: edition sigma, 167-192
- KOOPMANS, RUUD / STATHAM, PAUL (1999): *Ethnic and Civic Conceptions of Nationhood and the Differential Success of the Extreme Right in Germany and Italy*. In: Giugni, McAdam, Tilly (Hrsg.): *How Movements Matter?* Minneapolis: University of Minnesota Press, 225-251
- KRIESI, HANSPETER / KOOPMANS, RUUD / DUYVENDAK, JAN W. / GIUGNI, MARCO G. (1995): *New Social Movements in Western Europe*. A Comparative Analysis. Minneapolis: University of Minnesota Press
- KURZMAN, CHARLES (1996): *Structural Opportunity and Perceived Opportunity in Social Movement Theory: The Iranian Revolution of 1979*. in: American Sociological Review 61, 153-170
- LICHBACH, MARK IRVING / ZUCKERMAN, ALAN S. (Hrsg.) (1997): *Comparative Politics. Rationality, Culture, and Structure*. Cambridge: Cambridge University Press
- LIPSKY, MICHAEL (1968): *Protest as a Political Resource*. In: American Political Science Review 62, 1144-1158
- LUKES, STEVEN (1974): *The three-dimensional view of power*. London: MacMillan
- MCADAM, DOUG (1994): *Taktiken von Protestbewegungen*. Das „Framing“ der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung, in: Neidhardt (Hrsg.), a.a.O., S. 393-412
- MAYNTZ, R. (Hrsg.): *Implementation politischer Programme II*. Ansätze zur Theoriebildung, Opladen 1983
- MCADAM, DOUG (1996): *Conceptual Origins, Current Problems, Future Directions*. In: McAdam / McCarthy / Zald (Hrsg.), a.a.O., 23-40
- MCADAM, DOUG / MCCARTHY, JOHN D. / ZALD, MAYER N. (1996): *Comparative Perspectives on Social Movements*. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings. Cambridge: Cambridge University Press
- MCADAM, DOUG / TARROW SIDNEY / TILLY, CHARLES (2001): *Dynamics of Contention*. Cambridge: Cambridge University Press
- MCCANN, MICHAEL W. (1998): *Social Movements and the Mobilization of Law*. In: Costain, McFarland (Hrsg.): *Social Movements and American Political Institutions*. Oxford: Rowman&Littlefield, 201-215
- MCCARTHY, JOHN D. / ZALD, MAYER (1977): *Resource Mobilization and Social Movements: A Partial Theory*, in: American Journal of Sociology 82, S. 1212-1241
- MCCARTHY, JOHN D. / MCPHAIL, CLARK (1998): *The Institutionalization of Protest in the United States*. In: Meyer, Tarrow (Hrsg.), a.a.O., 83-110
- MEYER, DAVID S.; STAGGENBORG, SUZANNE (1996): *Movements, Countermovements, and the Structure of Political Opportunity*. In: American Journal of Sociology 101, Heft 6, 1628-1660
- MEYER, DAVID S. / TARROW, SIDNEY (1998): *The Social Movement Society*. Contentious Politics for a New Century. Oxford: Rowman & Littlefield
- Meyer, Thomas (1992): *Die Inszenierung des Scheins*. Voraussetzungen und Folgen symbolischer Politik. Frankfurt/M.: edition suhrkamp

- MIDTTUN, ATLE; RUCHT, DIETER (1994): *Comparing Policy Outcomes of Conflicts over Nuclear Power: Description and Explanation*. In: Flam (Hrsg.): *States and Anti-Nuclear Movements*. Edinburgh: Edinburgh University Press, 371-403
- MOYER, BILL (1989): *Aktionsplan für soziale Bewegung: Ein strategischer Rahmenplan erfolgreicher sozialer Bewegungen*. Kassel: Verlag Weber, Zucht & Co.
- MUSHABEN, JOYCE MARIE (1998): *The Politics of Critical Acts: Women, Leadership and Democratic Deficits in the European Union*. In: *The European Studies Journal* XV, Heft 2, 51-91
- NIEDERMAYER, OSKAR (1997): *Das gesamtdeutsche Parteiensystem*. In: GABRIEL, NIEDERMAYER, STÖSS (Hrsg.): *Parteiendemokratie in Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 106-130
- OLIVER, PAMELA E. / MARWELL, GERALD (1992): *Mobilizing Technologies for Collective Action*. In: Morris, Mueller (Hrsg.): *Frontiers in Social Movement Theory*. New Haven, CT: Yale University Press, 251-272
- OPP, KARL-DIETER (1996): *Aufstieg und Niedergang der Ökologiebewegung in der Bundesrepublik*. In: KZfSS Sonderheft 36, 350-379.
- PAUL, REIMAR (1997): *Die Anti-AKW-Bewegung: Was sie wurde was sie ist*. In: Red Atom-Express (Hrsg.): *... und auch nicht anderswo!: die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung*. Göttingen: Verlag die Werkstatt, 11-33
- PAUL, REIMAR (1997a): *Chronologie der Bewegung*, in: Red. Atom-Express (Hrsg.), a.a.O., S. 46-161
- PETERS, BERNHARD (1998): *Identity Questions*. In: IIS-Arbeitspapier Nr. 10/98, Bremen
- PIVEN, FRANCES FOX / RICHARD CLOWARD (1979): *Poor People's Movements: Why they Succeed, How They Fail*. New York: Vintage.
- RALF (1997): *Der Weg zum Erfolg?*, in: anti atom aktuell, Nr. 77, S. 4-9
- RASCHKE, JOACHIM (1987): *Zum Begriff der sozialen Bewegung*. In: ROTH, RUCHT (Hrsg.): *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*. Frankfurt/M., New York: Campus Verlag, 19-29
- Republik Freies Wendland* (1996): *Erklärung zur Einlagerung der Glaskokillen*, Flugblatt
- ROCHON, THOMAS R. (1998): *Culture Moves: Ideas, Activism and Changing Values*. Princeton: Princeton University Press
- ROCHON, THOMAS R. / MAZMANIAN, DANIEL A. (1993): *Social Movements and the Policy Process*. In: *ANNALS* 528, 75-87
- ROTH, ROLAND (1989): *Neue soziale Bewegungen als politische Institution - Anregungen für einen theoretischen Perspektivenwechsel*. In: Forschungsgruppe (Hrsg.): *40 Jahre Soziale Bewegungen: Von der verordneten zur erstrittenen Demokratie*. Wiesbaden, 33-51
- RUCHT, DIETER (1990): *Campaigns, Skirmishes and Battles: Anti-Nuclear Movements in the USA, France and West Germany*. In: *Industrial Crisis Quarterly* 4, 193-222
- RUCHT, DIETER (1994): *Öffentlichkeit als Mobilisierungsfaktor für soziale Bewegungen*, in: Neidhardt (Hrsg.), a.a.O., S. 337-358
- RUCHT, DIETER (1996): *Multinationale Bewegungsorganisationen. Bedeutung, Bedingungen, Perspektiven*. In: *FJ NSB* 9, Heft 2, 30-41
- RUCHT, DIETER (1998): *Komplexe Phänomene - komplexe Erklärungen. Die politischen Gelegenheitsstrukturen der neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik*. In: Hellmann / Koopmans (Hrsg.), a.a.O., 109-127.
- RUCHT, DIETER/NEIDHARDT, FRIEDHELM (1993): *Auf dem Weg in die „Bewegungsgesellschaft“? Über die Stabilisierbarkeit sozialer Bewegungen?*, in: *Soziale Welt* 44, 3. Heft, S. 305-326
- RUCHT, DIETER; BLATTERT, BARBARA; RINK, DIETER (1997): *Soziale Bewegungen auf dem Weg zur Institutionalisierung: Zum Strukturwandel „alternativer“ Gruppen in beiden Teilen Deutschlands*. Frankfurt/New York: Campus
- RYAN, CHARLOTTE (1991): *Prime Time Activism. Media Strategies for Grassroots Organizing*. Boston: South End Press
- SCHATTSCHEIDER, E. E. (1960): *The Semi-sovereign People*. New York: Holt

- SCHETSCHKE, MICHAEL (1996): *Die Karriere sozialer Probleme*. Soziologische Einführung. München, Wien: Oldenbourg
- SCHWARTZ, MICHAEL; PAUL, SHUVA (1992): *Resource Mobilization versus the Mobilization of People*. Why Consensus Movements Cannot Be Instruments of Social Change. In: MORRIS, MUELLER (Hrsg.): *Frontiers in Social Movement Theory*. New Haven, CT: Yale University Press, 205-223
- SHAW, MARTIN (1994): *Civil Society and Global Politics: Beyond a Social Movements Approach*. In: *Millennium* 23, Heft 3, 647-667
- SHAW, RANDY (1996): *The Activist's Handbook. A Primer of the 1990s and Beyond*. Berkeley: University of California Press
- SNOW, DAVID A. / ROCHFORD, E. BURKE / WORDEN, STEVEN K. / BENFORD, ROBERT D. (1986): *Frame Alignment Processes, Micromobilization, and Movement Participation*. In: *American Sociological Review* 51, 464-481
- STAY, JOCHEN (1994): ... *und sie bewegt sich doch!* Anti-AKW-Bewegung 1994, in: *atom*: 18 Jg, Nr. 41, S. 17-20
- STIMSON, JAMES A. / MACKUEN, MICHAEL B. / ERIKSON, ROBERT S. (1995): *Dynamic Representation*. In: *American Political Science Review* 89, 543-565
- STOLLMANN, F., 1995: *Umweltinformation im Verwaltungsverfahren – zwischen europäischem Anspruch und deutscher Umsetzung*. *Neue Verwaltungszeitschrift* (2):146-148.
- TARROW, SIDNEY (1983): *Struggling to Reform: Social Movements and Policy Change During Cycles of Protest*. Western Societies Program, Occasional Paper No. 15., Ithaca, N.Y.
- TARROW, SIDNEY (1995): *The Europeanisation of Conflict: Reflections from a Social Movement Perspective*. In: *West European Politics* 18, Heft 2, 223-251
- TARROW, SIDNEY (1998): *Power in Movement. Social Movements and Contentious Politics*. Cambridge: Cambridge University Press
- TARROW, SIDNEY (1998a): *Social Protest and Policy Reform*. May 1968 and the Loi d'Orientation in France. In: Giugni, McAdam, Tilly (Hrsg.): *From Contention to Democracy*. Lanham: Rowman & Littlefield, 31-56
- TEMPEL, KATJA/ STAY JOCHEN (Hrsg.) (1995): *Castor-das Buch*. Bilder vom Widerstand gegen den Castor-Transport nach Gorleben, 1. Auflage, Lüchow
- TEMPEL, KATJA/ STAY JOCHEN (Hrsg.) (1997): *Wir stellen uns quer*. Bilder vom Widerstand gegen die Castor-Transporte nach Gorleben: *Castor-Buch* 2, 1. Auflage, Jeetzel
- TURNER, R. (1969): *The Public Perception of Protest*. In: *American Sociological Review* 34, Heft 6, 815-831
- TRAUGOTT, MARK (Hrsg.) (1995): *Cycles and Repertoires of Collective Action*. Durham and London: Duke University Press.
- WAHL, PETER (2000): *WTO-Protteste in Seattle*. In: *FJ NSB* 13, Heft 2, 100-103
- WOLIVER, LAURA R.(1998): *Social Movements and Abortion Law*. In: Costain, McFarland (Hrsg.): *Social Movements and American Political Institutions*. Oxford: Rowman & Littlefield, 233-247
- WOLLMANN, H.: *Implementationsforschung/Evaluationsforschung*, in: Nohlen, D. (Hrsg.): *Wörterbuch Staat und Politik*, München 1991
- WILSON, JAMES Q. (1961): *The Strategy of Protest: Problems of Negro Civic Action*. In: *Journal of Conflict Resolution* 5, Heft 3, 291-303
- X-TAUSENDMAL QUER – ÜBERALL (1998): *Aufrufflugblatt*, 3. Auflage, Nov. 1998
- X-TAUSENDMAL QUER – ÜBERALL (2000): *Rundbrief im August 2000*
- ZALLER, JOHN R. (1992): *The Nature and Origins of Mass Opinion*. Cambridge: Cambridge University Press

## Kommentierte weiterführende Literaturempfehlungen

### Umweltbewegung Sammelbände

FINGER, MATTHIAS (1992): *The Green Movement Worldwide*. Greenwich, Conn.: JAI.

PRINCEN, THOMAS; FINGER, MATTHIAS (Hrsg.) (1994): *Environmental NGOs in world politics: Linking the Local and the Global*. London, New York: Routledge.

ROOTES, CHRISTOPHER (Hrsg.) (1999): *Environmental Movements. Local, National and Global*. London: Frank Cass. Sehr aktueller Sammelband mit Beiträgen von den führenden Autor/-innen in diesem Feld.

### Deutschland

BRAND, KARL-WERNER (1999): *Dialectics of Institutionalisation: The Transformation of the Environmental Movement in Germany*. In: Rootes (Hrsg.), a.a.O., S. 38-58  
Informativer aber weitgehend deskriptiver Artikel über die Entwicklung der Umweltbewegung in Deutschland.

GREENPEACE (Hrsg.) (1996): *Das Greenpeace-Buch*. München: C.H. Beck  
Instruktiver Sammelband über Arbeit von Politikverständnis von Greenpeace.

KRÜGER, CHRISTIAN (1996): Greenpeace Politik der symbolischen Konfrontation. In: FJ NSB 9, Heft 4, S. 39-47. Aufschlussreicher Artikel von einem Greenpeace-Insider über die strategische Ausrichtung ihrer Kampagnen.

OPP, KARL-DIETER (1996): *Aufstieg und Niedergang der Ökologiebewegung in der Bundesrepublik*. In: KZfSS, Sonderheft 36, S. 350-379. Theoretisch fundierter Text über den Wandel der Umweltbewegung von der Massenbewegung zur Verbändebewegung.

RUCHT, Dieter (1987): *Von der Bewegung zur Institution? Organisationsstrukturen der Ökologiebewegung*. In: Roth, Rucht (Hrsg.): *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*. Frankfurt/M., New York: Campus Verlag. Mittlerweile fast historischer Text über die Entwicklung der Organisationsstrukturen der Umweltbewegung.

RUCHT, DIETER/ROSE, JOCHEN (1999): *The German Environmental Movement at a Crossroad?* In: ROOTES (Hrsg.), a.a.O., S. 59-80. Sehr aktueller Text über den Stand der Umweltbewegung in Deutschland und Hinweisen auf die zukünftigen Herausforderungen.

### Europa und der Rest der Welt

DALTON, RUSSELL (1994): *The Green Rainbow: Enviromental Groups in Western Europe*. Princeton: Princeton University Press. Sehr umfassende aber leider etwas ältere Studie über Umweltgruppen in Europa.

HEY, CHRISTIAN; BRENDDEL, UWE (1994): *Umweltverbände und EG: Strategien, politische Kulturen und Organisationsformen*. Opladen: Westdeutscher Verlag. Leider veraltete Studie über die Arbeitsweise von deutschen Umweltverbänden gegenüber der EG.

LONG, TONY (1998): *The Environmental Lobby*. In: Lowe, Ward (Hrsg.): *British Environmental Policy and Europe: Politics and Policy in Transition*. London: Routledge. 105-118. Guter Artikel über die Entwicklung der Umweltverbände in Brüssel vom Geschäftsführer des WWF Büros in Brüssel.

ROSE, FRED (2000): *Coalitions Across the Class Divide*. Ithaca, NY: Cornell University Press. Sehr interessantes Buch über die Entstehung von Allianzen über Klassengrenzen hinweg.

RUCHT, DIETER (1997): *Limits to Mobilization: Environmental Policy for the European Union*. In: SMITH, CHATFIELD, Pagnucco (Hrsg.): *Transnational Social Movements and Global Politics: Solidarity Beyond the State*. Syracuse, NY: Syracuse University Press. Sehr guter Text über Schwierigkeiten der umweltpolitischen Mobilisierung in Brüssel.

RUCHT, DIETER (1999): *The Impact of Environmental Movements in Western Societies*. In: GIUGNI, MCADAM, TILLY (Hrsg.): *How Movements Matter?* Minneapolis: University of Minnesota Press, S. 331-361. Guter Versuch die Stärke der Umweltbewegung und weiterer Faktoren systematisch mit der Entwicklung der Umweltqualität in Verbindung zu setzen.

RUCHT, DIETER (2001): *Lobbying or Protest? Strategies to Change EU Environmental Policies*. In: IMIG, TARROW (eds.): *Contentious Europeans: Protest and Politics in an Integrating Europe*. Boulder, Co.: Rowman & Littlefield. Diskutiert die Frage, warum die Umweltbewegung im Gegensatz zu Bauern und Gewerkschaften auf EU-Ebene Protest kaum als Ressource einsetzt.

SHEMTOV, RONIT (1999): *Taking Ownership of Environmental Problems: How Local NIMBY Groups Expand their Goals*. *Mobilization* 4, Heft 1, S. 91-106. Zeigt wie und warum „Not in my Backyard“-Initiativen einen politischen Anspruch entwickeln.

WALK, HEIKE; BRUNNENGRÄBER, ACHIM (2000): *Die Globalisierungswächter*. NGOs und ihre transnationalen Netze im Konfliktfeld Klima. Münster: Westfälisches Dampfboot. Umfassende Untersuchung über die Rolle von Umweltgruppen in der internationalen Klimapolitik.

## **Anti-Atom-Bewegung Sammelbände**

FLAM, HELENA (Hrsg.) (1994): *States and Anti-Nuclear Movements*. Edinburgh: Edinburgh University Press. Fokus sind das konflikthafte Wechselspiel von Staat und Anti-AKW-Bewegung. Fallbeispiele zu zahlreichen Ländern.

REDAKTION ATOM EXPRESS (Hrsg.) (1997): *... und auch nicht anderswo! die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung*. Göttingen: Verlag die Werkstatt. Die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung aus Bewegungssicht. Ausführliche Chronologie, viele Bilder.

## Deutschland

EHMKE, WOLFGANG (1991): *15 Jahre Widerstand gegen Gorleben: Zwischen Alltäglichkeit und Auszehrung*. In: FJ NSB 4, Heft 4, S. 32-39. Interessanter Rückblick auf 15 Jahre Widerstand im Landkreis Lüchow-Dannenberg.

KOLB, FELIX (1997): *Der Castor-Konflikt oder das Comeback der Anti-AKW-Bewegung*. In: FJ NSB 10, Heft 3, S. 16-29. Erklärt mit Hilfe unterschiedlicher Theorien der Bewegungsforschung die Entstehung der Anti-Castor-Bewegung.

KRETSCHMER, WINFRIED (1988): *Wackersdorf: Wiederaufarbeitung im Widerstreit*. In: LINSE, FALTER, RUCHT, KRETSCHMAR (Hrsg.): 165-218 Von der Bittschrift zur Platzbesetzung. Konflikte um technische Großprojekte. Bonn: Diez. Analyse des Widerstandes gegen die nie gebaute Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf.

RUCHT, DIETER (1980): *von Wyhl nach Gorleben*. Bürger gegen Atomprogramm und nukleare Entsorgung. München: C.H. Beck. Buch über die Entstehung und Frühphase der bundesdeutschen Anti-AKW-Bewegung.

SCHULZ, WINFRIED; BERENS, HARALD; ZEH, REIMAR (1998): *Der Kampf um Castor in den Medien*. Konfliktbewertung, Nachrichtenresonanz und journalistische Qualität. München: Reinhard Fischer. Von der Konrad-Adenauer-Stiftung beauftragte Studie, die trotzdem einige interessante Einsichten in die Muster der Medienberichterstattung über den Castor erlaubt.

## Europa und der Rest der Welt

KITSCHOLT, HERBERT (1986): *Political Opportunity Structures and Political Protest: Anti-Nuclear Movements in Four Democracies*. In: British Journal of Political Science 16, S. 57-85. Erklärt die Entwicklung von Anti-AKW-Bewegungen und das Ergebnis des Atomkonfliktes in vier Ländern anhand der politischen Möglichkeitsstrukturen in diesen Ländern.

RÜDIG, WOLFGANG (1990): *Anti-Nuclear Movements: A World Survey of Opposition to Nuclear Energy*. Essex: Longman. Leider vergriffene umfangreiche Untersuchung über die Anti-Atom-Bewegung mit weltweitem Fokus.

## Politischer und gesellschaftlicher Wandel Rolle sozialer Bewegungen

BANASZAK, LEE ANN (1996): *Why Movements Succeed or Fail: Opportunity, Culture, and the Struggle for Women Suffrage*. Princeton: Princeton University Press. Vergleichende Studie über die Rolle der Frauenbewegung bei der Einführung des Frauenwahlrechts in den USA und in der Schweiz

GAMSON, WILLIAM A. (1975): *The Strategy of Social Protest*. Homewood, IL: Dorsey Press. Umfangreiche Studie über die Erfolgsbedingungen 52 amerikanischer „challenging groups“.

GIUGNI, MARCO G. (1998): *Was it Worth the Effort? The Outcomes and Consequences of Social Movements*. In: Annual Review of Sociology 98, S. 371-393. Zur Einführung ins Thema gut geeigneter Review-Artikel.

GIUGNI, MARCO/ MCADAM, DOUG/ TILLY, CHARLES (1999): *How Movements Matter?* Minneapolis: University of Minnesota Press. „State of the art“-Sammelband über die Auswirkungen sozialer Bewegungen.

GOLDSTONE, JACK (1980): *The Weakness of Organization: A New Look at Gamson's The Strategy of Social Protest*. In: *American Journal of Sociology* 85, Heft 5, S. 1017-1042. Stellt zentrale Ergebnisse von Gamson's Studie in Frage und stellte einen alternativen Erklärungsansatz vor.

KATZENSTEIN, MARY FAINSOD (1998): *Faithful and Fearness. Moving Feminist Protest inside the Church and the Military*. Princeton: Princeton University Press. Buch beschreibt und erklärt die Wirkung der Frauenbewegung innerhalb der amerikanischen Militärs und der Kirche.

KNOPF, JEFFREY W. (1998): *Domestic Society and International Cooperation. The Impact of Protest on US Arms Control Policy*. Cambridge: Cambridge University Press. Versucht den Einfluss von Protest der Friedensbewegung auf die amerikanische Rüstungskontrollpolitik zu erklären und zu belegen.

KRIESI, HANSPETER/ KOOPMANS, RUUD/ DUYVENDAK, JAN W./ GIUGNI, MARCO G. (1995): *New Social Movements in Western Europe. A Comparative Analysis*. Minneapolis: University of Minnesota Press. Ein Kapitel dieses Buches widmet sich den politischen Auswirkungen der neuen sozialen Bewegungen in Deutschland, Niederlanden, Frankreich und der Schweiz.

PIVEN, FOX FRANCES/ CLOWARD, RICHARD (1979): *Poor People's Movements: Why they Succeed, How They Fail*. New York: Vintage. Kontroverses Analyse über das Scheitern und den Erfolg der „Poor People's Movements“ in den USA.

ROCHON, THOMAS R. (1998): *Culture Moves: Ideas, Activism and Changing Values*. Princeton: Princeton University Press. Entwickelt ein Modell, dass kulturellen Wandel aus dem Zusammenreffen von kritischen Gemeinschaften und sozialen Bewegungen erklärt.

RUCHT, DIETER (1994): *Modernisierung und neue soziale Bewegungen*. Frankfurt/M.; New York: Campus. In einem Kapitel werden die Auswirkungen von Protestkampagnen (Atom und Abtreibung) in Deutschland, Frankreich und den USA erklärt.

## Theorien politischen und sozialen Wandels

BAUMGARTNER, FRANK R./ JONES, BRYAN. D. (1993): *Agendas and Instability in American Politics*. Chicago: University of Chicago Press. Entwickelt ein Modell, das das Zustandekommen langer Perioden politischer Stabilität in Politikfeldern, die durch kurze Perioden des Wandels unterbrochen werden, erklärt.

KEELER, JOHN T. S. (1993): *Opening the Window for Reform: Mandates, Crises, and Extraordinary Policy-Making*. In: *Comparative Political Studies* 25, Heft 4, S. 433-486. Erklärt die Entstehung und Wirkungsweise von „windows for reform“.

KINGDOM, JOHN (1984): *Agendas, Alternatives, and Public Policies*. Boston: Little, Brown. Entwickelt Theorie des Politikprozesses.



SCHETSCHKE, MICHAEL (1996): *Die Karriere sozialer Probleme*. Soziologische Einführung. München, Wien: Oldenbourg. Gut zu verstehendes Einführung, die trotzdem theoretisch exzellent ist und zudem viele praktische Rückschlüsse für die politische Arbeit ermöglicht.

SABATIER, PAUL A. (Hrsg.) (1999): *Theories of the Policy Process*. Boulder, Co.: Westview Press. „State for the Art“-Sammelband.

ZALLER, JOHN R. (1992): *The Nature and Origins of Mass Opinion*. Cambridge: Cambridge University Press. Standardwerk über die Dynamik und Entstehung öffentlicher Meinung.

### **Legitimation Zivilen Ungehorsams**

BEDAU, HUGO ADAM (Hrsg.) (1991): *Civil Disobedience in Focus*. London and New York: Routledge. Exzellenter Sammelband mit den wichtigsten Beiträgen der amerikanischen Debatte.

DWORKIN, RONALD (1984): *Ethik und Pragmatik des zivilen Ungehorsams*. In: Meyer, Müller, Strasser (Hrsg.): *Widerstandsrecht in der Demokratie. Pro und Contra*. Köln: L'80 Verlagsgesellschaft, S. 24-42. Beitrag der verschiedene Fälle zivilen Ungehorsams unterscheidet und verschiedene Rechtfertigungen dafür anführt.

KING, MARTIN LUTHER JR. (1991): *Letter From Birmingham City Jail*. In: Bedau (Hrsg.), a.a.O., S. 68-84. Wundervoller Text, der die Grundlage für viele spätere Diskussionen bildete.

KOMITEE FÜR GRUNDRECHTE UND DEMOKRATIE E.V. (Hrsg.) (1992): *Ziviler Ungehorsam*. Traditionen, Konzepte, Erfahrungen, Perspektiven. Sensbachtal: Eigenverlag. Sammelband mit Beiträgen recht unterschiedlicher Qualität.

OFFE, CLAUS (1984): *Politische Legitimation durch Mehrheitsentscheidung*. In: Meyer, Müller, Strasser (Hrsg.), a.a.O., S. 103-119. Rechtfertigung zivilen Ungehorsams auf Basis der Verfahrensmängel von Mehrheitsentscheidungen.

RAWLS, JOHN (1994): *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt/M.: Suhrkamp. Im Rahmen der Entwicklung einer umfassenden Gerechtigkeitstheorie (1971) wird eine Theorie zur Rechtfertigung zivilen Ungehorsams entwickelt. Diese hat ebenso wie die gesamte Theorie auch noch auf die heutige Diskussion großen Einfluss.